Dienstag, 13. November 1984 - D ★★★

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 — Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 267 - 46.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Neues Programm: Die SPD will sich bis 1988 eine neues Grundsatzprogramm geben. Es soll das geltende Programm, das gestern vor 25 Jahren in Bad Godesberg verabschiedet wurde, weiterentwickeln, ohne dessen Grundsätze wesentlich zu verändern. (S. 10)

Spitzengespräch: Über den Standort der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage wird es demnächst zu einem Spitzengespräch zwischen Kanzler Kohl und Ministerpräsident Strauß kommen. Strauß will den Kanzler bitten, sich für den bayerischen Standort Wackersdorf einzusetzen. (S. 5)

Südwest-FDP: Nach dem ersten Schock über den Rückzug des Landes- und Fraktionsvorsitzenden Morlok regt sich an der Basis Widerstand gegen den Versuch, als Nachfolger Hinrich Enderlein (Fraktion) und Georg Gallus (Landeschef) von oben zu „verordnen". (S. 5)

Grenzzwischenfall: Österreich verstärkte die Überwachung der Grenze zur CSSR, nachdem vergangene Woche ein CSSR-Bürger bei einem Fluchtversuch erschossen worden war.

Zimbabwe: Regierungschef Mugabe hat die letzten beiden Minister entlassen, die der oppositionellen ZAPU Joshua Nkomos angehören.

Polen: 19 Anhänger der Untergrundgewerkschaft „Solidarität" sind in den vergangenen drei Jahren direkt von der polnischen Polizei umgebracht worden oder nach Polizeiverhören gestorben, teilte das Brüsseler Koordinierungsbüro der „Solidarität" im Ausland mit. Nicht mitgezählt seien jene, die bei Demonstrationen getötet wurden. (S. 6)

Gandhi: Der neue indische Regierungschef ist gestern auch zum Präsidenten der regierenden Kongreß-I-Partei gewählt worden.

Popularitäts-Tief: Frankreichs Präsident Mitterrand ist in der Gunst des Volkes auf den tiefsten Stand gesunken, den je ein Präsident seit Gründung der Fünften Republik 1958 erreicht hatte. Nur noch 26 Prozent sprachen sich in einer Umfrage für ihn aus.

China: Die mit 4,2 Millionen Mann größten Streitkräfte der Welt sollen personell verkleinert werden. Überzähliges Personal wird zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes eingesetzt. (S. 6)

Nach Peking: Als höchster sowjetischer Besucher seit 20 Jahren will der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Archipow noch vor Jahresende nach Peking reisen. Im Mittelpunkt seiner Gespräche sollen Wirtschaftsfragen stehen.

ZITAT DES TAGES

» Ihm wird viel Unrecht getan «

Der neue Bundesminister im Kanzleramt, Wolfgang Schäuble, gegenüber dem „Offenburger Tageblatt" zu der Kritik an Staatssekretär Waldemar Schreckenberger (S. 10) FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

WIRTSCHAFT

Zinsen: Die Banken sehen Spielraum für Zinssenkungen. Bundesverbands-Vorsitzender Schroeder-Hohenwarth erklärte, ein gemäßigtes Wirtschaftswachstum und günstige Preisperspektiven sprächen für ein freundliches Zinsklima 1985. (S. 11)

Philipp Holzmann: Der größte deutsche Baukonzern erwartet für 1984 ein „noch befriedigendes" Gesamtergebnis. In den ersten neun Monaten konnte die Bauleistung im In- und Ausland um 3,7 Prozent auf 6,18 Milliarden DM gesteigert werden. (S. 15)

Lomé III: Das Abkommen wird voraussichtlich am 7. Dezember unterzeichnet. Bis dahin sind jedoch noch zahlreiche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Beteiligten über die finanzielle Ausstattung auszuräumen. (S. 11)

Luftfahrt: Die Privatisierung der europäischen Linienfluggesellschaften fordert der DIHT. (S. 11)

Börse: Zum Wochenbeginn gerieten vor allem die Autoaktien unter Druck. WELT-Aktienindex 157,4 (158,2). Am Rentenmarkt hielten sich die Anleger zurück. Dollar-Mittelkurs 2,9548 (2,9655) Mark. Goldpreis je Feinunze 345,75 (346,80) Dollar.

KULTUR

Moltke: Durch die Siege bei Königgrätz und Sedan erwarb der preußische Generalfeldmarschall Helmuth Graf Moltke internationalen Ruhm. Doch über den Menschen Moltke und seinen Hintergrund erfuhr man so gut wie nichts. Einen ausgezeichneten Einblick gibt eine neue Biographie von Franz Herre. (S. 19)

Literatur: Zwei Frauen wurden gestern in Paris der „Goncourt" und der „Renaudot" zugesprochen, mit denen der jährliche Reigen französischer Literaturpreise eröffnet wird. Den „Goncourt" erhielt Marguerite Duras für ihren Roman „Der Liebhaber", den „Renaudot" Annie Ernaux für den Roman „Der Platz". (S. 19)

SPORT

Fußball: Der Rechtsanwalt Reinhard Rauball kandidiert für das Präsidentenamt des Bundesliga-Klubs Borussia Dortmund. Rauball ist Interimsvorsitzender des Dortmunder Notvorstandes.

Olympia: Das NOK für Deutschland wird eine Olympia-Kandidatur des Ruhrgebiets für 1992 nicht unterstützen. Das würde die Aussichten von Berchtesgaden auf die Winterspiele 1992 schwächen.

AUS ALLER WELT

Neue Morde: Die Serie von Morden an älteren Frauen im Pariser Gebiet um den Montmartre (siehe WELT vom 12. November) hat jetzt bereits neun Opfer gefordert. Gestern wurden erneut zwei Frauen tot aufgefunden.

Europlakette: Sorgen bereiten dem österreichischen Zoll die E-Spuren an den Übergängen. Unter dem Schutz der „Europlakette", die ungehinderte Einreise gewährleisten soll, blüht der Schmuggel. (S. 20)

Wetter: Heiter und trocken, gebietsweise Nebel. Bis 11 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Weinberger: Nicaragua darf kein zweites Kuba werden

Washington trifft „Vorbereitungen" / Sandinisten bauten ihre Streitkräfte aus

DW. Washington

Die USA wollen nicht hinnehmen, daß Nicaragua zu einem „zweiten Kuba" wird. Mit Blick auf den „ungeheuer verstärkten Zustrom sowjetischer Waffen nach Nicaragua" und die Entwicklung Kubas zum militärischen Verbündeten Moskaus sagte US-Verteidigungsminister Weinberger: „Es ist leicht erkennbar, welche Auswirkungen ein weiteres Kuba haben würde. Ein Kuba ist ein Problem, und ein zweites Kuba wäre ein doppeltes Problem." Er fuhr fort, Washington sei auf eine Reihe von Möglichkeiten zur Unterbindung der Waffentransporte vorbereitet. Auf die Frage, ob eine US-Intervention in Nicaragua geplant sei, antwortete Weinberger ausweichend. Sein Ministerium treffe Vorbereitungen für „alle Arten von Notfällen", aber diese seien „bei weitem nicht abgeschlossen." Wie es heißt, denkt Washington über eine Blockade nicaraguanischer Häfen nach. Außerdem sollen verstärkte Manöver im mittelamerikanischen Raum im Gespräch sein, mit deren Hilfe Washington offensichtlich Druck auf Managua ausüben will.

Unterdessen hat Washington hundert Fallschirmjäger der 82. Heeresdivision, die an der Intervention in Grenada beteiligt waren, auf den honduranischen Militärstützpunkt Palmerola verlegt. Vermutungen, daß sie an einer Intervention in Nicaragua teilnehmen könnten, wies der Sprecher der US-Botschaft in Honduras als „absurd" zurück.

Mit dem Thema Mittelamerika befaßt sich auch die Konferenz der Organisation Amerikanischer Staaten, die gestern in Brasilia begann.

*

WERNER THOMAS, Miami

Amerikanische Regierungsvertreter gewinnen der Aufregung um die mysteriösen Kisten des sowjetischen Frachters „Bakuriani" auch einen positiven Aspekt ab. Sie hätten, so heißt es in Washington, den Blick der Weltöffentlichkeit auf die massive Aufrüstung Nicaraguas gerichtet. Tatsächlich verfügt das Nicaragua der Sandinisten über mehr Uniformträger als die anderen sechs Staaten Mittelamerikas zusammen. Nach Pentagon-Schätzungen wuchs die Armee in den vergangenen zwölf Monaten von 48 800 auf 61 800 Soldaten. Diktator Somoza hatte am Ende seiner Herrschaft 11 000 Bewaffnete.

Nirgendwo auf dem lateinamerikanischen Halbkontinent dominieren Uniformtäger so sehr das Straßenbild wie in Nicaragua. Fast alle sind mit dem sowjetischen Schnellfeuergewehr AK-47 (Kalaschnikow) bewaffnet.

Die Aufrüstung begann bereits wenige Monate nach der Machtübernahme der Sandinisten im Juli 1979. Im Herbst jenes Jahres reiste eine Comandante-Delegation nach Moskau, um die ersten Verträge über Waffenlieferungen zu schließen. Ende 1979 waren schon die „Kalaschnikows" in Managua zu sehen.

Nach Schätzungen des Pentagons rollen in Nicaragua 150 sowjetische Panzer und 200 sowjetische Panzerfahrzeuge. Außerdem verzeichneten die USA 200 Luftabwehrwaffen und mehr als 300 Boden-Luft-Raketen, darunter Sam-7-Geschosse. Die antisandinistischen Rebellen berichten, daß ihr Feind immer häufiger schwere Kanonen und Stalinorgeln gegen sie einsetze.

Die Luftwaffe ist dagegen weniger eindrucksvoll. Das Pentagon spricht von 45 Flugzeugen und 17 Hubschraubern. Keines der Flugzeuge, die alle aus dem Westen stammen wie

● Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Europas Flanke

JÜRGEN LIMINSKI

Die Krisengefahr wegen der sowjetischen Aufrüstung Nicaraguas betrifft nicht nur die Vereinigten Staaten. Sie ist eine Gefahr für die Allianz, für die Europäer vielleicht noch bedrohlicher als für die USA. Man erinnere sich: Als die Vereinigten Staaten Nazideutschland den Krieg erklärten, versenkte eine Handvoll deutscher U-Boote im Karibischen Becken innerhalb von sechs Monaten 144 Schiffe, mehr Tonnage, als die gesamte deutsche Flotte im Nordatlantik auf den Meeresgrund legte. Die Schiffahrt war frei, die Flanke ungedeckt. Erst der massive Einsatz amerikanischer Kriegsschiffe sicherte die Lebensadern zwischen Amerika und Europa.

Die Amerikaner haben daraus gelernt. Auch heute sind die Windward-Passage zwischen Kuba und Haiti und die Straße von Florida Lebensadern der Atlantischen Allianz. Der republikanische US-Senator Jesse Helms zum Beispiel hat mehr als einmal darauf hingewiesen, daß mehr als die Hälfte des Nachschubs für die europäischen NATO-Partner im Krisenfall in den Häfen im Golf von Mexiko eingeschifft und durch das Karibische Becken geführt werden müßte, vorbei an Kuba, im Schatten sowjetischer Kampfflugzeuge mit Landeplätzen in Nicaragua. Angesichts der Überlegenheit der konventionellen Streitkräfte des Warschauer Pakts in Europa könnte jede Verzögerung des Nachschubs entscheidend sein – für Europas Niederlage oder den Einsatz nuklearer Verteidigungsmittel.

Darum: Wer in der Karibik und in Mittelamerika den sowjetischen Einfluß eindämmen hilft, der macht einen Ersteinsatz nuklearer Waffen in Europa unwahrscheinlicher. Das ist die Sache mit den kommunizierenden Röhren, die manche freilich schon in der Schule nicht verstehen wollten, weil der Lehrer (in diesem Fall Reagan oder Weinberger) es sagte.

Natürlich schützt Washington nicht nur europäische, sondern auch eigene, vitale Interessen. Mehr als 90 Prozent der Mineralien Kobalt, Mangan, Titan oder Chrom, die unter anderem für Rüstung und Industrie und auch für die hochmoderne Technologie unentbehrlich sind, gelangen durch die Karibik in die USA, fast zwei Drittel des gesamten Seehandels der Vereinigten Staaten werden auf dem Seewege durch dieses Becken und den Golf von Mexiko abgewickelt.

Amerika braucht sich diese Gefährdung nicht gefallen zu lassen, und die Europäer täten gut daran, im eigenen Interesse, ihren Standort rechtzeitig zu markieren – auch wenn der Schauplatz weit entfernt zu liegen scheint.

Isoliert Bonn „DDR"-Flüchtlinge?

Bundesregierung: Nur Ost-Berlin hat Schlüssel für menschliche Lösung in der Hand

DW. Bonn/Prag

Bewohner der „DDR", die in Botschaften der Bundesrepublik Zuflucht suchen, schaden nach Meinung des parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Ottfried Hennig, anderen Antragstellern, die sich um eine Ausreise bemühen. Hennig sagte gestern im Deutschlandfunk, dieser nicht gangbare Weg aus der „DDR" schade objektiv deutschen Interessen. Im Hinblick auf die „DDR"-Einwohner, die sich schon in Missionsgebäuden befinden, verfüge allein Ost-Berlin über den Schlüssel zu einer menschlichen Lösung.

65 der „DDR"-Bewohner, die in die Bonner Botschaft in Prag geflüchtet waren, haben am Wochenende das Gebäude verlassen. Weitere 50 waren ebenfalls dazu bereit. Dies verlautete aus gut unterrichteter Quelle in Prag. Die 55 letzten Flüchtlinge, von denen einige schon seit sechs Wochen die Ausreise in die Bundesrepublik verlangen, weigern sich, in die „DDR" zurückzukehren. Dort wurde ihnen zwar Straffreiheit zugesagt, jedoch nicht die Ausreise versprochen.

In den Vertretungen der Bundesrepublik in Warschau, Budapest und Bukarest halten sich insgesamt etwa 35 Flüchtlinge auf. Nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) wird die Bukarester Botschaft von rumänischer Polizei abgeschirmt. Der Zutritt zum Botschaftsgelände werde nur noch Personen gestattet, die einen gültigen Reisepaß vorweisen können. Die IGfM verwies darauf, daß der ungehinderte Zutritt zu ausländischen Botschaften eines der wesentlichen Ergebnisse der Madrider KSZE-Folgekonferenz gewesen sei.

Die in Frankfurt ansässige IGfM hat im Zusammenhang mit der „Flüchtlingsproblematik" die Bonner Regierung beschuldigt, eine „Kontaktsperre" gegen die „DDR"-Flüchtlinge in der Prager Botschaft verhängt zu haben. Die Gesellschaft warf der Bundesregierung „schwere Versäumnisse" vor und äußerte den Verdacht, sie habe mit dieser Kontaktsperre „gegen geltendes Recht verstoßen". Es sei unglaublich, daß die Regierung über „schließlich nicht inhaftierte Deutsche" ein Verbot des Kontakts zu Rechtsanwälten und sogar zu Familienangehörigen verhänge. Die IGfM hielt der Bundesregierung außerdem vor, sie habe wiederholt gebotene Möglichkeiten nicht genutzt, aus der innerdeutschen Sackgasse herauszukommen.

Die Bundesregierung hat sich gegen die ihrer Meinung nach „haltlosen" Vorwürfe der Gesellschaft verwahrt. Regierungssprecher Jürgen Sudhoff kritisierte gestern auch das „unangemessene Vokabular": Vor allem die Wahl des Wortes „Kontaktsperre" sei nicht akzeptabel.

VW-Vertrag mit der „DDR" ist perfekt

dos. Wolfsburg

Die Verhandlungen zwischen der Volkswagenwerk AG und der „DDR" über eine Lizenz-Motorenfertigung und die Lieferung von VW-Transportern sind erfolgreich abgeschlossen worden. Gestern wurde in Ost-Berlin nach Angaben eines VW-Sprechers das Vertragswerk unterzeichnet. Einzelheiten zum Vertrag kann VW aus Abstimmungsgründen noch nicht mitteilen.

Im Frühjahr wurde das Volumen auf rund 600 Millionen DM geschätzt. Vorgesehen war, daß VW die im hannoverschen Werk seit 1974 installierte Motorenfertigungsstraße demontiert und in der „DDR" wieder aufbaut. Damit verbunden war eine bis 1993 befristete Lizenz für den Bau von Motoren mit einer Leistung von 40 PS und 55 PS, die sowohl als Otto- wie als Diesel-Version gebaut werden können.

Selbständige länger im Berufsleben

DW. Wiesbaden

Nur die wenigsten Bürger der Bundesrepublik Deutschland arbeiten bis zum „Rentenalter" von 65 Jahren, wobei Selbständige im Durchschnitt wesentlich später aus dem Erwerbsleben ausscheiden als Arbeitnehmer. Das geht aus einer Sonderauswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 hervor, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht hat. Danach waren im Januar 1983 38 Prozent der Männer im Alter von 55 bis unter 65 Jahren „nicht oder nicht mehr erwerbstätig beziehungsweise arbeitslos". Selbständige gäben hingegen im Durchschnitt wesentlich später das Erwerbsleben auf als Arbeitnehmer. Das gehe daraus hervor, daß in der Altersgruppe der 55- bis 57jährigen Männer nur etwa jeder sechste selbständig tätig gewesen sei, von den 64jährigen jedoch fast jeder zweite.

Seite 20: Fast jeder zweite

Bergleute provozieren Straßenschlacht

DW. London

Tausende streikender Bergleute haben gestern in Nordengland und Wales mit Brandsätzen und Steinen der Polizei stundenlange Straßenschlachten geliefert. Ein Polizeibeamter in Yorkshire, dem Brennpunkt der Krawalle, sprach vom schlimmsten Ausbruch von Gewalt seit Beginn des Streiks im März. 31 Beamte und sechs Streikende seien verletzt worden, mehr als 30 Streikende habe man festgenommen.

Die Ausschreitungen an den Streikpostenlinien haben in den vergangenen zwei Wochen an Heftigkeit zugenommen, während einige Bergleute wieder an die Arbeitsplätze zurückkehrten. Die staatliche Kohlebehörde hat den Bergarbeitern, deren Familien unter dem Ausstand zunehmend zu leiden haben, für die Wiederaufnahme der Arbeit ein Weihnachtsgeld von umgerechnet mehr als 5000 Mark versprochen.

Hat die RAF ihr Waffenarsenal aufgefrischt?

WERNER KAHL, Bonn

Eine Sonderkommission der Abteilung „Terrorismus" des Bundeskriminalamtes untersucht seit dem Wochenende einen schweren Raubüberfall auf ein Waffengeschäft bei Ludwigshafen. Nach vorläufigen Ermittlungen haben vermutlich Mitglieder der linksterroristischen „Rote Armee Fraktion" (RAF) 21 großkalibrige Faustfeuerwaffen und zwei Repetiergewehre mit etwa 3000 Schuß Munition erbeutet. Das Kommando benutzte anscheinend drei Pkw, zwei Leihwagen und einen gestohlenen Audi 80, der ein gefälschtes Kennzeichen hatte. Das Bundeskriminalamt hat inzwischen die Bevölkerung im Raum Ludwigshafen/Mannheim und im Raum Bad Kreuznach zur Mitfahndung aufgerufen.

Bei dem Überfall, der sich bereits am 5. November in Maxdorf, etwa 15 Kilometer von Ludwigshafen-Oggersheim, dem Wohnsitz von Bundeskanzler Helmut Kohl, entfernt abspielte, hatten zwei Täter den Inhaber des Waffengeschäftes gefesselt und geknebelt. Auf einen terroristischen Hintergrund des Verbrechens stieß die Polizei einige Tage später, als die Autoverleiher den Verlust ihrer Wagen anzeigten. Der Ausweis, den eine Frau zum Anmieten benutzt hatte, trug denselben Namen wie ein Studentenausweis, den die Polizei bei der Verhaftung von sechs RAF-Mitgliedern im Sommer in der Bergerstraße in Frankfurt sichergestellt hatte. Die RAF könnte nun annähernd ihren alten Ausrüstungsstand wieder erreicht haben. Ende 1982 waren 17 Waffendepots entdeckt worden.

Parteispenden: Thema für oberste Gerichte

STEFAN HEYDECK, Bonn

Mit den Strafprozessen wegen den Parteispendenaffären werden sich die obersten deutschen Gerichte befassen. Davon geht Bundeskanzler Helmut Kohl aus. „Mit Sicherheit" würden in den Verfahren, die zum Beispiel gegen die beiden früheren Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs und Otto Graf Lambsdorff (beide FDP) und den ehemaligen Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch wegen Bestechlichkeit beziehungsweise Bestechung anhängig sind, „die nächsten Instanzen" angerufen. Bei seiner Prognose, so betonte der Kanzler gestern, handele es sich nicht um eine „Gerichtsschelte". Denn niemand habe das Recht, „Vorverurteilungen" auszusprechen oder die Gerichte zu „beeinflußen".

Kohl äußerte die Erwartung, daß die Bundestagsdebatte am Freitag über die Parteienfinanzierung „in ruhiger und angemessener Weise" stattfinden werde. Es solle nicht nur „mit dem Finger" auf den politischen Gegner gezeigt werden. Es dürfe nicht vergessen werden, daß alle Parteien in der Vergangenheit „Fehler" gemacht hätten. Er ließ offen, ob mit der Debatte ein „Schlußstrich" gezogen werden soll: „Das weiß ich nicht."

Wie vergangene Woche vor dem Flick-Untersuchungsausschuß betonte der Kanzler, er habe „nicht den geringsten Zweifel" daran, daß der ehemalige Bundeskanzler Schmidt und die damals zuständigen Fachminister von SPD und FDP bei der Entscheidung über die Steuerbefreiung für den Konzern nicht „nach Recht und Gesetz" entschieden hätten.

Keine „ungezügelte Steuerdiskussion"

HEINZ HECK, Bonn

Das Karlsruher Urteil über die Nichtigkeit der Zwangsanleihe belastet zunehmend die Bonner Koalition. Der FDP-Vorsitzende und Außenminister Hans-Dietrich Genscher ist gestern mit Nachdruck Forderungen aus der CDU „nach einer Ergänzungsabgabe oder nach anderen leistungs- und investitionshemmenden Steuerexperimenten" entgegengetreten. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die „ungeliebte Investitionszwangsanleihe" dürfe es nicht zu einer Verunsicherung von Verbrauchern und Investoren durch die Entfachung einer ungezügelten Steuerdiskussion kommen. Das Gebot der Stunde laute: nicht Steuererhöhungen, sondern Steuersenkungen.

Genscher reagierte damit offenbar auch auf Äußerungen von Finanzminister Gerhard Stoltenberg, der am Sonntag in einem Rundfunk-Interview zwar – wie zuvor sein Parlamentarischer Staatssekretär Hansjörg Häfele im Bundestag – erklärt hatte, daß er keine Ergänzungsabgabe vorschlagen werde. Er hatte jedoch offen gelassen, welche Folgerungen innerhalb der Koalition aus dem Karlsruher Spruch gezogen werden.

Die Sozialausschüsse der CDU haben bereits unmittelbar nach Bekanntwerden des Urteils eine Ergänzungsabgabe oder aber Korrekturen am Steuertarif bei der geplanten Steuerreform 1986/88 zu Lasten der Besserverdienenden in entsprechendem Umfang gefordert. Dem Vernehmen nach wird Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) am Freitag diese Vorstellungen in der Kommission vortragen, die über die Konsequenzen aus dem Karlsruher Urteil zu beraten hat. Dagegen war Genscher vor dem Regierungswechsel im Herbst 1982 allen Forderungen der SPD nach Einführung einer Ergänzungsabgabe entschieden entgegengetreten und hatte sie schließlich „töter als tot" genannt.

Unterdessen dauerten auch gestern die Beratungen der Finanzministerien von Bund und Ländern über die Rückgaberegelungen noch an, während man zunächst bereits am Freitag mit einem Abschluß gerechnet hatte. Wie berichtet (WELT vom 12. November), ist auch für die 83er Zahlungen an eine möglichst unbürokratische Regelung gedacht. Allerdings warnte Paul Courth, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, gegenüber der WELT vor übertriebenen Erwartungen hinsichtlich des Rückzahlungstempos: Es sei „ganz falsch", noch vor Weihnachten mit dem Geld zu rechnen, wenn bereits rechtskräftige Steuerbescheide vorlägen.

Auch die Frage der Verzinsung beschäftigt die Gemüter. Nach Meinung des Bundes der Steuerzahler sollte allein schon „aus Gründen der Fairness" in analoger Anwendung von Paragraph 236 Abgabenordnung eine Verzinsung aller Zahlungen erfolgen (und nicht nur bei rechtsanhängigen Verfahren), da sich alle Betroffenen gegen die Zahlung gewandt hätten, erklärte ein Sprecher gegenüber der WELT. Vor allem Großfirmen berichten von erheblichen organisatorischen Belastungen bei der Rückzahlung der 84er Beträge.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Neid-Steuer

Von Peter Gillies

Einst war sie „töter als tot" (Genscher), heute scheint sie lebendiger denn je zu sein: die Ergänzungsabgabe, jene Zusatzsteuer für sogenannte Betuchte. Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Zwangsanleihe für rechtswidrig und nichtig erklärte, beschäftigen sich Koalitionspolitiker mit ihr – begehrlich und ausweichend die einen, mit unterschiedlicher Härte dementierend die anderen.

Wie erinnerlich, war die Ergänzungsabgabe ein Sargnagel der letzten Bundesregierung. Die heutige Debatte belegt, daß sie unvereändert einen klassischen Schnittpunkt der Politik darstellt. Ihre Befürworter halten es für ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, den Besserverdienenden, die bereits die höchsten Steuern zahlen, noch mehr abzuzwacken. Dabei unterstellen sie, daß deren Leistungs- und Risikobereitschaft dadurch nicht berührt wird. Die Gegner der Ergänzungsabgabe bezeichnen sie als eine Neidsteuer, die nicht näher definierte Verteilungsziele über das zentrale Problem – Abbau der Arbeitslosigkeit – stellt.

In den CDU-Sozialausschüssen wird erwogen, die erzwungene Rückzahlung der Investitionsabgabe zwar nicht in eine Ergänzungsabgabe umzuwandeln, aber in die Steuerreform 1986/88 einzubauen. Das bedeutete, ein befristete Steuer in eine Dauerbelastung für jene umzuwandeln, von denen man vor allem Aufschwung, Elan und neue Arbeitsplätze erwartet. Dabei haben noch keine Erhöhung von Mutterschafts- oder Kindergeld oder andere Ausschüttungen je einen Arbeitsplatz erbracht. Sie gefährden ihn eher.

Genscher hat diese Glaubwürdigkeitslücke einer Volkspartei gewittert und – wie seinerzeit – sofort reagiert. Nicht Steuererhöhungen, sondern Steuersenkungen seien das Gebot der Stunde, meinte er und warnte vor einer „ungezügelten Steuerdiskussion" (an der er sich ausgiebig beteiligt).

Die Koalitionsparteien täten gut daran, sich auf ihren Wählerauftrag zu besinnen, die Staatsfinanzen zu sanieren und neue, rentable Arbeitsplätze zu schaffen. Eine wie auch immer getarnte Ergänzungsabgabe verletzte beide Ziele und zerstörte Vertrauen, dessen Verbreitung sich für diese Regierung ohnehin als recht mühsam erweist.

Hier rasch für Klarheit zu sorgen, mag eine Aufgabe für den neuen Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble sein. Sein Sachverstand kann der zuständigen Kommission nützen.

Der König droht

Von Rolf Görtz

Das ist schon kein Staatsmann mehr – das ist ein Gott." Mit einer Mischung aus Bewunderung und Ironie lobten Delegierte der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) so manches Mal des marokkanischen Königs Gabe, die Organisation immer wieder vor dem Zerfall zu retten. Heute fühlt sich der König allerdings genötigt, selber mit dem Austritt aus der OAU zu drohen.

Er befürchtet nämlich, daß die Organisation dieser Tage in Addis Abeba der RASD, der Demokratischen Arabischen (Volks)Republik Sahara, Sitz und Stimme im Rat der fünfzig afrikanischen Staaten einräumt. Bis ins Vorzimmer der OAU drang die RASD bereits vor. Dreiunddreißig Stimmen sind nötig, diesem nur im algerischen Exil und vorschnellen Welt-Almanach existierenden Wüstenstaat den Sitzungssaal zu öffnen. Offenbar fehlen nur noch wenig Stimmen zu dieser Zweidrittelmehrheit.

Seit sich König Hassan und Oberst Khadhafi zusammentaten, weiß niemand so recht, wie sich der libysche Revolutionsführer bei der Tagung in Äthiopien verhalten wird. Nur soviel steht fest: Ein RASD-Staat kann niemals selbständig existieren. 130 000 Menschen, meist Nomaden, genügen nicht, um den strategisch bedeutenden Wüstenstreifen am Atlantik, größer noch als die Bundesrepublik Deutschland, zu beherrschen.

Den „nützlichen" Teil mit seinem großen Phosphatvorkommen, dem Hafen und den meisten Bewohnern hat sich Marokko bereits einverleibt. Die Polisario-Front, eine sozialistische Rebellenarmee, deren Führer in vielen Fällen gar nicht aus der Sahara stammen, kämpft mit sowjetischen Waffen aus algerischen Basen für die Verwirklichung des RASD-Staates – und also für sowjetische und algerische Interessen an der afrikanischen Atlantikküste. So paßt es durchaus ins Bild, wenn der äthiopische Präsident Mengistu sich in Addis Abeba für die RASD stark macht.

Urlaub mit dem Löffel

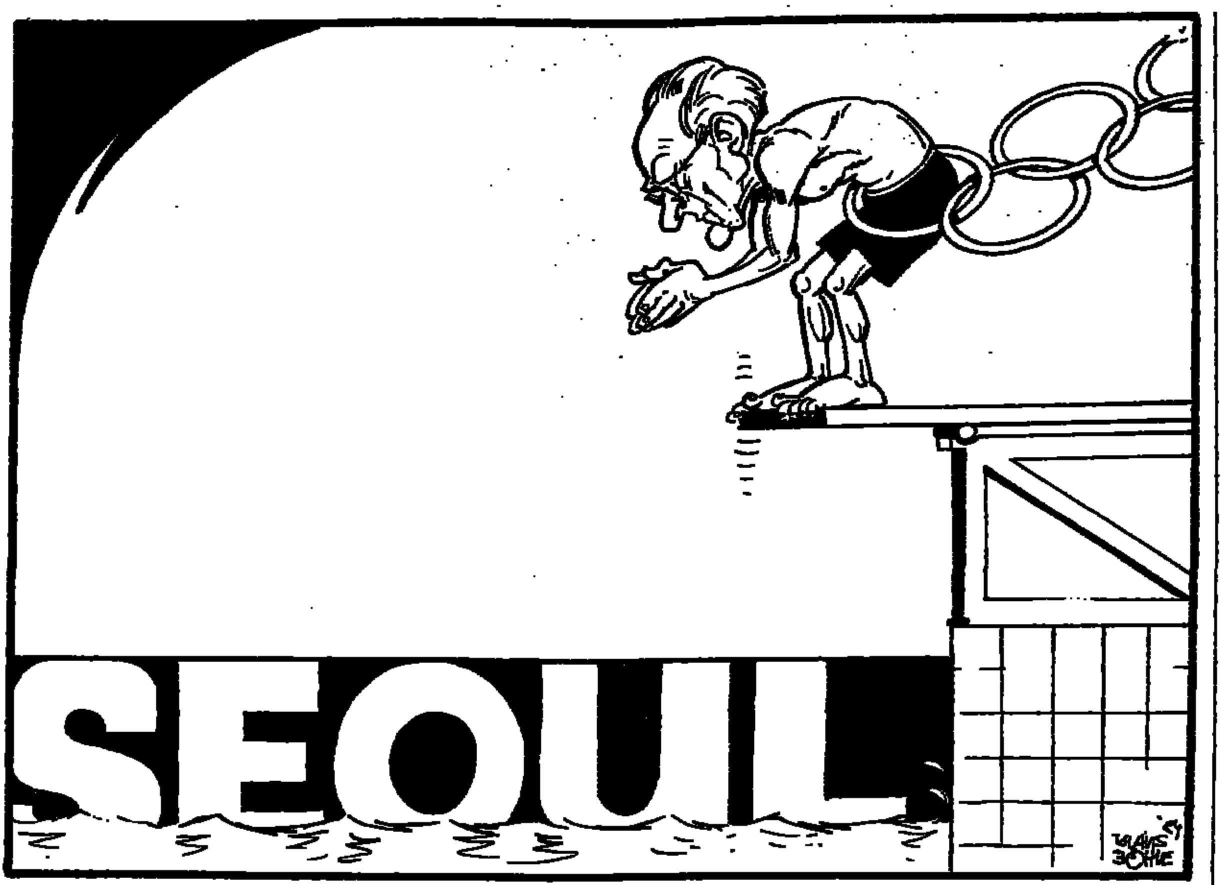
Von Günter Zehm

Gleich zweimal wartete das Fernsehen zum letzten Wochenende mit Gefängnisfilmen auf, in denen Häftlinge unter unendlichen Mühen und unter Beachtung schier unmenschlicher Vorsichtsmaßregeln aus ihrem Gefängnis ausbrachen. Am Samstag im Ersten gab es aus Amerika „Die Flucht von Alcatraz" mit Clint Eastwood, am Sonntag zog das Zweite nach mit dem französisch-italienischen Streifen „Das Loch".

Keine schlechten Filme alle beide; besonders der Amerikaner zeigte, wie gut man drüben Spannungselemente und ernsthaftes soziales Anliegen zu einem populären Reißer mit anspruchsvoller Ästhetik vereinigen kann. Aber merkwürdig: Der Zuschauer blieb irgendwie unbefriedigt, und das lag nicht an der Ästhetik. Vielmehr drängte sich die Frage auf: Warum beantragen diese Super-Knastologen, die da unbedingt an die frische Luft wollen, nicht einfach Urlaub auf Ehrenwort?

Die Beispiele sind doch allgemein bekannt und dürften sich auch in Ganovenkreisen längst herumgesprochen haben. In Hamburg-Fuhlsbüttel etwa, wie einst Alcatraz eine Anstalt für schwere Fälle, streut die zuständige Senatorin Urlaubsgenehmigungen aus „sozialer Verantwortung" geradezu wahllos unters Häftlingsvolk, und die schweren Jungs denken so manches liebe Mal nicht daran, sich ordentlich vom Urlaub zurückzumelden, sie machen immer wieder die Mücke, obwohl sie doch ihr Ehrenwort gegeben haben. Weshalb also noch mit der Löffelkelle ein Loch in die Wand graben? Weshalb sich noch mit dem Problem herumschlagen, wie man den herausgeräumten Mörtel in der Zelle verstecken soll?

Der Vorgang zeigt wieder einmal, wie weit die moderne Kunst doch im allgemeinen hinter der Wirklichkeit herhinkt. Wann werden sich die Filmemacher in Bezug auf Knastverhältnisse auf die progressive Gegenwart einstellen? Probleme bringt auch die noch genug, zum Beispiel für die unschuldigen neuen Opfer der Urlaubsgänger. Doch das ist wohl ein zu heißes Eisen für einen durchschnittlichen, durchschnittlich progressiven Kulturschaffenden. Und der Durchschnitt hat nun einmal das Sagen, auch und gerade im Film.



KLAUS BÖHLE

Die peinliche Hauptsache

Von Klaus Blume

Sport, die schönste Nebensache der Welt? Nicht im Osten; da ist sie eine Haupt- und Staatssache. „Die DDR war hier als sozialistischer Staat noch sehr wenig bekannt. Aber ich denke, Millionen Kanadier wissen jetzt besser als früher, was DDR und was RDA und GDR – so bezeichnen sie die DDR in ihrer Landessprache – heißt." Das sagte Manfred Ewald, der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees der „DDR", anläßlich der Olympischen Sommerspiele 1976 in Montreal. Seit ihrer Gründung ist es die erklärte Absicht der „DDR", mit Hilfe des Mediums Sport ihre internationale Reputation zu verbessern. Mehr internationale Siege, mehr Leute in die internationalen Sportgremien, das ist das Rezept.

Unter diesem Gesichtspunkt, wie wichtig der Sport im ersten deutschen Arbeiter- und Bauernparadies ist, muß jetzt auch die Abgrenzung Ost-Berlins gegenüber Moskau gesehen werden. Ost-Berlin hat auf den Tagungen der olympischen Gremien in Mexiko erklärt, man werde sich einem Boykott-Beschluß der Olympischen Sommerspiele 1988 in Seoul auf keinen Fall anschließen.

Wenn die „DDR" so etwas erklärt, hat dies eine andere Qualität als der vorherige gleichlautende Beschluß Havanas oder Rumäniens jüngstes Ausscheren in Richtung Los Angeles. Nicht nur, weil die „DDR" eine Sport-Weltmacht ist. Sondern weil sie zu einem Imperium gehört, in dem ein Widerspruch gegen eine Leitlinie bisher nicht vorkam – oder mit Waffengewalt beendet wurde.

Und hier ist der Widerspruch an Deutlichkeit nicht zu überbieten. Denn der sowjetische Sportminister Marat Gramow hatte – klotzen, nicht kleckern – vorher schwerstes Geschütz aufgefahren: „Kein anständiger Mensch kann nach Seoul gehen". Dahinter stand ein großes Kalkül: Südkorea als Diktatur in die Ecke zu stellen und die USA als Gönner dieser Diktatur dazu; Moskau als Vorreiter des Anstands. Umso schwerer wiegt der Fehlschlag: Die „DDR" bekennt sich öffentlich dazu, für die Sowjets als unanständig dazustehen.

Der neue Weg der „DDR" – auch wenn ihre Medien noch zu der internen Revolte schweigen – ist freilich auch eine logische Folge des Klassenkampfes zwischen den Klassenbrüdern. Sehr zum Leidwesen des großen Bruders haben die „DDR"-Medien bei Olympischen Spielen stets eine ganz subjektive Auswertung der Medaillen und Plazierungen vorgenommen, um auf diese Weise ihre Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion nachzuweisen. Sowjetischen Hinweisen, dies sei wider den olympischen Geist, wurde damit begegnet, das geschehe aus der Tradition des deutschen Arbeitersports und habe nichts mit Nationalismus zu tun. Als bei den Olympischen Spielen 1976 die Goldmedaille im Diskuswerfen der Frauen an die hohe sowjetische Favoritin Faina Melnik zu gehen schien, protestierte die „DDR"-Mannschaftsführung; Faina Melnik wurde wegen eines technischen Fehlers vom zweiten auf den vierten Platz zurückgestuft, die „DDR" erhielt Gold und Bronze.

Ein weiteres Symptom ist Gramows Klage, der sportwissenschaftliche Austausch zwischen der „DDR" und der UdSSR verlaufe allzu schleppend. Um die mühsam mit unerhörtem Aufwand erreichte Position im Welt-Sport zu halten oder gar weiter auszubauen, gibt der „DDR"-Sport seine wissenschaftlichen Erkenntnisse innerhalb des sozialistischen Lagers nur verzögert und unvollständig weiter. Zudem wird deutlich Differenzierung geübt: Rumänien und die CSSR erhalten nur zweitrangige sportwissenschaftliche Informationen oder gar nur unbrauchbares Spielmaterial. Die Sowjetunion kriegt mehr, aber oft langsam und lückenhaft.


Die Revolte der Genossen provoziert: Gramow FOTO: AP

Weil die „DDR" zum Zweck der Selbstdarstellung ausschließlich auf den olympischen Sport gesetzt hat, war man dort schon mit dem Boykott-Beschluß vor Los Angeles bitter unzufrieden. Auf den Sitzungen der osteuropäischen Sportführer enthielt sich die „DDR" seinerzeit der Stimme. Auf der Tagung der östlichen Sportfunktionäre vor vier Wochen in Prag wandte sich Ost-Berlin dann ganz entschieden gegen die Idee Moskaus, in Seoul nicht an den Start zu gehen. Gleichzeitig unterbreitete Manfred Ewald Vorschläge, wie man in Seoul antreten könne, ohne dabei das Gesicht zu verlieren: Ausdehnung der olympischen Wettbewerbe auf nordkoreanisches Gebiet, Bildung einer gesamt-koreanischen Mannschaft und, als leuchtendes Vorbild wider das olympische Gezänk, einen grenzüberschreitenden Marathonlauf zwischen Nord- und Südkorea.

Soll das als Symbol der neuen olympischen Sportpolitik der „DDR" verstanden werden? Man sieht Vorschlägen über näherliegende Gesamt-Mannschaften und Grenzüberschreitungen mit Interesse entgegen. Zunächst aber ist festzuhalten, daß erstmals in der Geschichte des Warschauer Paktes ein Mitglied des engsten Kreises offen gegen eine offene sowjetische Forderung antritt. Das ist ein Signal, das weit über den Sport hinauswirkt. Es macht Honecker nicht zum Neutralisten oder Menschenrechtler, aber es macht Risse im angeblichen Monolithen erkennbar, die längst keine Haarrisse mehr sind. Die Sowjetunion hätte die öffentliche Bloßstellung vermeiden können, wenn sie rechtzeitig einen gesichtswahrenden Rückzug angetreten und gemeinsam mit den anderen Ost-Staaten die Teilnahme zugesagt hätte. Nun steht sie vor aller Welt da als jemand, der sein Imperium nicht in die olympische (und womögliche sonstige) Disziplin zu nehmen vermag. Das kann Folgen haben, das kann neue Weitsprünge ermutigen.

IM GESPRÄCH Georg Gallus

Kein Duckmäuser

Von Hans-Jürgen Mahnke

Georg Gallus, der designierte Landesvorsitzende der FDP in Baden-Württemberg und Parlamentarische Staatssekretär im Bundesernährungsministerium, gehört nicht zu den Lautstarken in Bonn. Dennoch verschafft er sich überall Gehör. Er bestimmt nicht die agrarpolitische Diskussion, aber setzt Akzente, scheut nicht den Widerspruch, lockt ihn häufig geradezu heraus. Zwiespältig ist daher das Urteil. Wer ihn über längere Zeit beobachtet hat, bei dem überwiegt die Sympathie.

„Ich sage, was ich denke, auch wenn es manchen nicht paßt", ist sein Credo. An den vielen Duckmäusern werde der Staat noch einmal zugrunde gehen, sagte er Ende der siebziger Jahre in einem Gespräch mit der WELT. In der FDP, in der er im Stammland des Liberalismus das bürgerlich-konservative Element verkörperte, hatte er damals keinen leichten Stand, wie er selber betonte. Als er 1974 zum ersten Mal zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt wurde, stempelten ihn Delegierte als „Schwarzen" ab. Und das, obwohl an seiner liberalen Gesinnung kein Zweifel besteht – und schon gar nicht an seinem Pedigree; seine Ahnentafel führt zurück auf den Dichter Ludwig Uhland.

Inzwischen haben sich die Verhältnisse in seiner Partei geändert. Er gehörte von Anfang an zu den Verfechtern der politischen Wende in Bonn, er wollte sie früher und in einer anderen Art und Weise. Daraus hat der 1927 in Hattenhofen, Kreis Göppingen, als Sohn eines Landwirts geborene evangelische Schwabe keinen Hehl gemacht.

Nach der Kriegsgefangenschaft und einer landwirtschaftliche Lehre absolvierte Gallus die Ingenieurschule für Landbau in Nürtingen. Den 25 Hektar großen Hof hat er inzwischen seinem Sohn übergeben. Schon früh widmete er sich der Verbands- und Parteiarbeit. Er rückte bis zum Vizepräsidenten des Bauernverbandes Baden-Württemberg auf. Außerdem wurde er in mehrere Aufsichts- und Verwaltungsräte landwirtschaftlicher Organisationen berufen. Als er im Januar 1977 zum Staatssekretär ernannt


Scheut auch das einsame Votum nicht: Gallus
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

wurde, hatte er die Ämter bereits niedergelegt, wegen „der Klarheit und Eindeutigkeit": Mit seinem Staatsamt stehe er nun einmal auf der anderen Seite.

Dies heißt nicht, daß er, der sich einmal in eine Genossenschaft „einkaufte", um sie zum Verkauf von Ländereien an kleinere Landwirte zu bewegen, nicht für seine Klientel einzutreten wüßte. So verließ er einmal die Regierungsbank, um als Abgeordneter – er war 1970 für Professor Ralf Dahrendorf in den Bundestag nachgerückt – allein gegen die Begrenzung der Mittelzuweisungen an die EG zu stimmen. Gleichzeitig forderte er Maßnahmen zur Eindämmung der wachsenden Überschüsse, womit er sich bei dem damaligen Minister Josef Ertl nicht durchsetzen konnte.

Trotzdem: Seine Stellung im Ministerium war damals eine andere als heute unter Ignaz Kiechle (CSU). Und dies liegt nicht nur daran, daß erstmals mit Wolfgang von Geldern (CDU) ein zweiter Parlamentarischer Staatssekretär berufen wurde. Obwohl er eine andere Lösung für das Milchproblem als die Quotenregelung vorgezogen hätte, steht er loyal zu den Beschlüssen. Ihm geht es um die bäuerlichen Familienbetriebe. Denn nur selbständige Existenzen garantieren für ihn auch Unabhängigkeit und Freiheit.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

FINANCIAL TIMES

Die Londoner Zeitung befaßt sich in einer Beilage mit der Bundesrepublik:

Die Befürworter einer geistigen Erneuerung nach gut einem Jahrzehnt ungebrochener sozialdemokratischer Regierung sprechen von „der Wende". Doch zwei Jahre, nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl der rechten Mitte wieder zur Macht verhalf, bleibt der Wahrheitsgehalt des Anspruches quälend schwer zu bewerten. Denn Kohl regiert über eine seltsame Mischung aus wirtschaftlichem Erfolg und politischer Kratzbürstigkeit, aus ordentlichem Wohlstand und ziemlich ungeordneter Agitation über sterbende Wälder sowie aus einem tiefsitzenden Konservatismus und einer beispiellosen Infragestellung traditioneller sozialer Werte durch die junge Generation. Dennoch ist Deutschland heute ein ruhigerer Platz als noch vor einem Jahr ... Und viele alte deutsche Werte wie Gründlichkeit, Zuverlässigkeit und Stolz auf Qualität erwachen wieder zum Leben.

Frankfurter Rundschau

Sie hält Schäuble für eine gute Wahl:

Schäuble ist jung, unverbraucht und auf sympathische Weise zielstrebig. Er ist nicht der Typ des kamerasüchtigen Windmachers, der vor lauter Ehrgeiz vergessen würde, daß auch in der Politik auf lange Sicht nur die solide Arbeitsleistung zählt. Dazu müssen die Voraussetzungen stimmen. Als Chef des Kanzleramtes mit Kabinettsrang hat er eine starke Position, die – wenn er sie nutzt und der Kanzler ihn läßt – Helmut Kohl das Überleben bis 1987 und darüber hinaus sichern könnte, wenn er Glück hat.

Allgemeine Zeitung

Das Mainzer Blatt hebt eine persönliche Konsequenz der Berufung Schäubles heraus:

Für Kohls getreuen Paladin aus Mainzer Zeiten, den beamteten Kanzleramtschef Prof. Dr. Schreckenberger, bedeutet die Berufung Schäubles einen einschneidenden Kompetenzverlust ... Schreckenberger wird in diesen Tagen gewiß nicht zum ersten Mal seinem Amt als Justizminister des Landes Rheinland-Pfalz nachtrauern, das für den Professor der Rechte die Idealverbindung von fachlicher Neigung und praktischer Politik darstellte. Loyalität und Freundschaft hatten ihn alles aufgeben lassen, als Helmut Kohl nach ihm rief.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Die Karlsruher Zeitung schreibt zur Berliner SPD:

Die Berliner Sozialdemokraten haben sich am Wochenende große Mühe gegeben, zum Auftakt des Wahlkampfes innere Geschlossenheit zu demonstrieren. Nach den zahlreichen Querschüssen, Reibungen und der unverhohlenen Kritik des linken Parteiflügels an der Kandidatur Apels wird es nicht leicht sein, dem Berliner Wähler diese demonstrative Einigkeit glaubhaft zu machen ...

Pinochet, die Opposition und die Verhärtung der Fronten

Ein Ausweg aus der chilenischen Krise ist nicht sichtbar / Von Günter Friedländer

Die Rundfunkhörer in Chiles Hafenstadt Valparaiso erlebten kurz nach der Verhängung des Belagerungszustandes eine Überraschung: Ein staatliches Rundfunkprogramm wurde sechs Minuten unterbrochen. „Widerstandskämpfer" riefen das Volk zu den Waffen gegen Pinochet.

Viele andere Ereignisse erschrecken selbst diejenigen, die an eine langsame Rückkehr zur Normalität glaubten: Bombenattentate, Strafaktionen gegen Arbeiterviertel, in denen die Regierung Agitatoren vermutet, das Verbot von sechs oppositionellen Zeitschriften, eine rigorose Pressezensur, die Aufhebung elementarer Bürgerrechte, die Verordnung des „internen Exils", wie die Internierung oppositioneller Elemente in der nördlichen Fischereistadt Pisagua genannt wird, ein Ausgehverbot von Mitternacht bis 5 Uhr morgens, die zunehmende Konfrontation mit nicht nur „fortschrittlichen", sondern auch konservativen Kreisen der Kirche, usw. Als das Regime in ähnlicher Weise 1973 nach Allendes Sturz vorging, wurde das von vielen als notwendig akzeptiert, um ein kommunistisches Komplott in letzter Stunde zu vereiteln und Chile zur Demokratie zurückzuführen. Noch 1980 sprach sich die Mehrheit der Chilenen für eine neue Verfassung aus, die Pinochets Amtszeit bis 1989 verlängerte.

Nun aber erscheint das vielen zu lang, besonders seit der zögernd begonnene Dialog zwischen den politischen Parteien und dem Innenminister Onofre Jarpa ins Stocken geriet und dann von Pinochet in einer groß angelegten Rede in Vina del Mar aufgekündigt wurde. Der alternde General (68) sagt, nicht er, sondern das Schicksal habe ihm den Platz in der Geschichte zugewiesen, Chile vor dem Kommunismus zu retten. Kommunist scheint aber für ihn jeder zu sein, der sich ihm in den Weg stellt, sogar die konservativ geleitete Kirche.

Die Hauptstadt Santiago ist wie viele andere lateinamerikanische Großstädte von Elendsvierteln umgeben, in denen seit Jahrzehnten eine kaum vorstellbare Not herrscht. Sie sind die Brutstätte „linksradikaler" Aktionen. Hier organisieren die Nachfolger des Allendismus oft von Gewalttätigkeit begleitete Demonstrationen und erreichen, was sie erhoffen: brutale Gegenschläge der Polizei und des Heeres. Immer häufiger fragen sich Mittelständler, denen man keine Sympathien für den Allendismus nachsagen kann, ob dieses Vorgehen gegenüber Menschen gerechtfertigt ist, die auch Chilenen sind. Sie vergleichen Chile mit einem von einer feindlichen Armee besetzten Land. Die Christdemokraten beschuldigen Pinochet, die Rolle des Landespräsidenten mit der eines Generals zu verwechseln, der jedes Problem nach militärischen Erwägungen anpackt, weil er in der Opposition nicht Mitbürger, sondern Feinde sieht.

Es ist nicht ganz so einfach. Als der Dialog mit dem Innenminister Onofre Jarpa beginnen sollte, vergaß die „Allianz" der demokratischen Parteien die Grundregel jedes fruchtbaren Gespräches: Es kann keine Vorausleistungen geben. Sie aber wollten gerade das mit der Forderung des Rücktritts Pinochets, ohne die Lehren Argentiniens und Uruguays zu beachten: daß dem Militär im allgemeinen Interesse ein ehrenvoller Abgang ermöglicht werden muß. So verhärteten sie die Front im Augenblick der Auflockerung. Zudem war Pinochet populärer als sie dachten, wie die erfolglosen Kundgebungen und Streiks seit dem März 1983 gezeigt haben.

Der General hatte 1973 eine zuerst erfolgreiche Wirtschaftspolitik betrieben, die die Inflation aufhielt und zu einem jährlichen Wachstum der Wirtschaft bis zu acht Prozent führte. 1982 aber kam ein unerwarteter Rückschlag, der mit bisher nur sehr geringem Erfolg korrigiert wurde. Die Währung mußte um 35 Prozent abgewertet werden, die Lebensmittelpreise stiegen bis zu 50 Prozent. Man spricht heute von 15 Prozent Arbeitslosigkeit, was nicht realistisch ist. Sie ist in den Elendsvierteln und unter den jungen Arbeitern zwei- bis dreimal so hoch, und viele sind unterbeschäftigt oder unterbezahlt.

Die Inflation erreichte in diesem Jahr bereits 20 Prozent. Nicht so sehr demokratische Erwartungen des Mittelstandes als leere Mägen der Arbeiter feuern Kundgebungen gegen Pinochet an. Deshalb blieben die Veranstaltungen der demokratischen Allianz so erfolglos, während die Agitation der Linken die Straßen zu beherrschen droht.

Was nun geschehen soll, scheint allen unklar zu sein. Chiles Heer und Polizei sind bisher noch Herren der Lage, und darin ist kein Wandel zu sehen. Auch Militärs, die sich einen friedlichen Ausweg wünschen, wie der Luftwaffengeneral Matthei, sind ohnmächtig. Sie können nicht zurücktreten, weil sie dann jeden Einfluß auf die Ereignisse verlieren. Sie müssen versuchen, ihren Einfluß auf Pinochet zu verstärken, ohne die Einheit der Streitkräfte aufs Spiel zu setzen. Sie brauchen dafür eine vernünftige Unterstützung der demokratischen Parteien. Die ist allerdings bisher ausgeblieben.

Wo die Großbanken ihr Geld lassen

Mit Argwohn werden mitunter die Beteiligungen großer Banken an Industrie-Unternehmen betrachtet. Die Deutsche Bank steht hier weit an der Spitze. Geht es um Macht? Oder ist es schlichtes Gewinnstreben, um ein finanzielles Polster anzulegen?

Von CLAUS DERTINGER

„Großbanken sind Investmentfonds mit angeschlossenem Bankgeschäft." An diesen Börsianer-Spruch wurde man wieder einmal erinnert, als kürzlich Spekulationen über die Einbringung der Beteiligung der Dresdner Bank und der Hypo-Bank an Unternehmen in Handel und Industrie in eine gemeinsame Holding mit der Allianz-Versicherung angestellt wurden.

Natürlich ist diese Formulierung der Börsianer überspitzt. Aber cum grano salis trifft sie zu. Addiert man den Börsenkurswert der Großbankenbeteiligungen an börsennotierten deutschen Unternehmen der Kreditwirtschaft, der Industrie und des Handels, so kommt man auf ganz erstaunliche Relationen.

Bei der Deutschen Bank summieren sich diese Engagements auf gut 8,5 Milliarden Mark, mehr als drei Viertel des Betrages, mit dem die Börse die gesamte Bank bewertet. Nicht ganz so „beteiligungslastig" sind die beiden anderen Großbanken. Die Dresdner Bank kommt auf ein börsennotiertes Beteiligungsportefeuille von 1,9 Milliarden Mark, was rund 52 Prozent der Börsenkapitalisierung der Bank entspricht, bei der Commerzbank machen die um noch ein paar Millionen größeren Aktienpakete rund 66 Prozent der Börsenkapitalisierung aus. Tatsächlich ist der Wert der Aktienpakete noch um einiges höher, denn bei den hier genannten Zahlen wurden nur die veröffentlichten Beteiligungsprozente berücksichtigt, die vielfach unter den tatsächlichen liegen.

Man kann das auch so betrachten: Bei einem Kurs von 380 Mark für die Deutsche Bank-Aktie zahlt die Börse 290 Mark für den Börsenwert der Aktienpakete und nur 90 Mark für das eigentliche Geschäft der ertragsstärksten deutschen Großbank. Gewiß, solche Rechnungen sehen aus wie Zahlenspielerei. Aber sie zeigen doch, wie groß das Gewicht des Beteiligungsbesitzes gerade für die Großbanken ist.

Interessant sind in diesem Zusammenhang weniger die Beteiligungen an anderen Banken, die bei der Deutschen Bank 1,5 Milliarden Mark ausmachen, bei der Dresdner Bank gut eine Milliarde und bei der Commerzbank gut 750 Millionen; dabei handelt es sich größtenteils um die zu den Bankkonzernen gehörenden Hypothekenbanktöchter, also quasi verlängerten Armen für Aktivitäten im eigentlichen Geschäft. Wenn von Beteiligungen der Banken die Rede ist, denkt man vor allem an die branchenfremden.

Da kommt die Deutsche Bank immerhin auf den stattlichen Betrag von gut sieben Milliarden Mark, wovon der Löwenanteil von gut 5,6 Milliarden Mark allein auf die größte Perle, das 28,5prozentige Daimler-Paket, entfällt. Mit 435 Millionen Mark schlägt eine Schachtelbeteiligung an Deutschlands größtem Warenhauskonzern Karstadt zu Buche.

Im Vergleich dazu nehmen sich die Pakete der beiden anderen Großbanken geradezu bescheiden aus. Aber auch darunter finden sich feinste Adressen und beachtliche Werte. So bei der Dresdner Bank Schachtelbeteiligungen an der DUB Schultheiß-Brauerei (Börsenwert etwa 166 Millionen Mark) und an Heidelberger Zement (Börsenwert knapp 250 Millionen) sowie eine indirekte zehnprozentige Beteiligung an der Degussa (Börsenwert rund 180 Millionen Mark).

Unter den Commerzbank-Aktienpaketen glänzen vor allem eine Karstadt-Schachtel (Kurswert 435 Millionen Mark), eine indirekte 6,3prozentige Beteiligung an Daimler (Börsenwert 275 Millionen Mark) und ein 8,3prozentiges GHH-Paket (Börsenwert 114 Millionen Mark) sowie eine indirekte 12,5prozentige Beteiligung am Bauriesen Hochtief (Kurswert 188 Millionen).

Die Banken sind also „auf vielfältige Weise mit Unternehmen aus dem Nichtbankenbereich verflochten. Häufig bestehen zugleich personelle Verflechtungen über Aufsichtsratsmandate", urteilte die Monopolkommission vor acht Jahren, als die politische Diskussion über „die Macht der Banken" noch die Gemüter erhitzte und als es ernsthafte Bestrebungen gab, den Beteiligungsbesitz an Nichtbanken qua Gesetz zu begrenzen. Heute ist dies kein emotionsgeladenes politisches Thema mehr, wenn man einmal davon absieht, daß die Grünen kürzlich bei der Anhörung vor dem Bundestags-Finanzausschuß über die Novelle zum Kreditwesengesetz noch einmal darauf zurückkommen wollten.

Unbestritten ist, daß die Banken als potente Aktionäre Einfluß nehmen können auf Unternehmen, an denen sie beteiligt sind, und daß sie dies auch tun. Erinnert sei hier an die auch in der Presse kontrovers diskutierte Bestellung des Vorstandsvorsitzenden bei Daimler-Benz und an den Manager-Wechsel bei der Gutehoffnungshütte.

Aber es ist wohl legitim, daß diejenigen, die qua Kapital eine gewisse Machtposition haben, diesen Einfluß auch nutzen, wobei man unterstellen kann, daß sie nichts anderes im Auge haben als das Wohl der Unternehmen und ihrer Aktionäre, zu denen die Banken ja selbst gehören. „Jede andere Form der Machtausübung wäre selbstschädigend, im materiellen, moralischen wie im politischen Sinne", formulierte es Vorstandssprecher Wilfried Guth von der Deutschen Bank. Und sein Sprecherkollege F. Wilhelm Christians definiert den Einfluß der Banken als Verpflichtung, etwas zu bewegen. Die Sanierung der AEG, die von den Banken gewaltige Opfer erforderte, kann als Beispiel dafür angesehen werden.

Daß sich die Banken nicht immer durchsetzen können, sei nicht nur am Rande erwähnt. So hat dieser Tage Wilfried Guth resigniert seinen Aufsichtsratsvorsitz bei der Unternehmensgruppe Knorr-Bremse niedergelegt, weil er die Familiengesellschafter nicht dazu bewegen konnte, ein schlüssiges Unternehmenskonzept vorzulegen. Guths Kommentar: „Paradefall für die Ohnmacht eines Bankiers im Aufsichtsrat eines Familienunternehmens, dessen Gesellschafter zerstritten sind." Überdies sind Bankiers, auch wenn ihre Position durch Aktienbesitz untermauert ist, in Aufsichtsräten gar nicht so mächtig, wie das oft vermutet wird. Sie teilen die Macht mit anderen Anteilseignern und Gewerkschaftsvertretern.

In der Öffentlichkeit wird wohl oft falsch interpretiert, was die Banken überhaupt zum Paketbesitz motiviert. Das ist nämlich nicht der Versuch, die Wirtschaft zu beherrschen oder zu kontrollieren, der allein schon deshalb zum Scheitern verurteilt wäre, weil sich die Beteiligungen nur auf ganz wenige Unternehmen konzentrieren und weil es sich bis auf wenige Ausnahmen nie um Mehrheitsbeteiligungen handelt.

Das Motiv ist viel vordergründiger: Gewinnstreben. Schließlich werfen vor allem die steuerlich lukrativen Schachtelbeteiligungen erkleckliche Gewinne ab, die wesentlich zur Stabilisierung der Bankerträge beitragen. Und was nicht minder wichtig ist: Die stillen Reserven in den Industriebeteiligungen sind ein Polster, mit dem die Banken harte Schläge abfangen können. So haben die Commerzbank und die Dresdner Bank vor einigen Jahren Verlustlöcher durch die Mobilisierung stiller Reserven im Beteiligungsbesitz gestopft.

Und was in der Öffentlichkeit häufig übersehen wird: Nicht nur aus solchem Zwang haben sich manche Banken von wertvollen industriellen Beteiligungen trennen müssen. Viele Institute gaben schon seit langem Pakete aus freien Stücken ab, Pakete, die sie übrigens vielfach im Zuge von Sanierungsaktionen mehr oder weniger unfreiwillig erworben haben, wie zum Beispiel die Aktien der AEG, die sie wohl lieber heute als morgen wieder loswerden würden. So sehr die Banken an einigen Perlen hängen, die sie als Dauerbesitz betrachten, so gering waren in den letzten Jahren die Bestrebungen, sich neuen Industriebeteiligungsbesitz ins Haus zu holen.

Hausbesetzungen sind nur noch Erinnerung

Die Zeit der besetzten Häuser ist in Berlin vorüber. Ein Pachtverhältnis zieht unter die letzte, die 169. Besetzung einen Schlußstrich.

Von HANS-R. KARUTZ

Bei polnischem Wodka und unter Scheinwerferlicht unterzeichneten jetzt in Berlin die Bewohner des 169. besetzten Hauses einen Nutzungsvertrag. Er „legalisiert" ein Pachtverhältnis. Aus Steuermitteln werden 640 000 Mark Renovierungszuschuß gezahlt; die Ex-Besetzer müssen 160 000 Mark selbst aufbringen und für 1000 Quadratmeter Wohnfläche monatlich 1500 Mark entrichten. Bürgermeister und Innensenator Heirich Lummer (CDU) sprach vom Ende eines „dunklen Kapitels" in Berlin. In der Stadt sei der „innere Friede" wieder hergestellt.

Lummer wies in einer Bilanz darauf hin, daß von 169 in Beschlag genommenen Häusern, in denen knapp 5300 Besetzer wohnten, 60 geräumt, 27 freiwillig verlassen und 78 durch Verträge legalisiert worden seien. Von den 700 Festgenommenen aus der „Häuserkampf"-Szene stammte lediglich ein Drittel aus Berlin. „29 Prozent waren schon in extremistischen Gruppen in Erscheinung getreten." Vor allem „von außen her" sei ständig versucht worden, immer wieder Unruhe in die Stadt zu tragen. Diese kritische Entwicklung habe ihre Ursache in einer „jahrelangen, fragwürdigen Wohnungsbaupolitik der SPD" genommen. Die damalige Kahlschlag-Sanierung zugunsten besserer Wohnbedingungen war allerdings von der CDU-Opposition nicht gebremst worden. Der „skandalöse Leerstand" von rund 10 000 Wohnungen in 800 Gebäuden sei, so Lummer, als „politisches Vehikel" für den Kampf gegen den Staat benutzt worden.

Schon der SPD/FDP-Senat unter Hans-Jochen Vogel hatte im Frühjahr 1981 die sogenannte „Berliner Linie" formuliert, die später von Richard von Weizsäcker übernommen und weitergeführt wurde: seither verhinderte die Polizei jede Neubesetzung. Lummer erinnerte daran, daß in der damaligen „Besetzermetropole" Berlin, die zum „Beirut Europas" wurde, zwischen Dezember 1980 (SPD/FDP-Senat) und April 1982 (CDU-Senat) insgesamt 143 Brand- und Sprengstoffanschläge verübt wurden.

Weitere Zahlen, die damals die Schlagzeilen bestimmten: Krawalle auf dem Kurfürstendamm und in der City führten zu Schäden von insgesamt rund 250 Millionen Mark. Polizisten leisteten drei Millionen Überstunden; 1258 Beamte und eine unbekannte Zahl von Gewalttätern wurde bei Ausschreitungen verletzt, der 18jährige Klaus-Jürgen Rattay aus dem Rheinland von einem Bus überrollt. Von 2500 Ermittlungsverfahren wurden 2000 eingestellt. In 205 Fällen erhob die Staatsanwaltschaft gegen 724 Beschuldigte Anklage. Nicht ohne politische „Seelenmassage" des Senats nahm die Neue Heimat sämtliche Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs zurück. Gegen 200 Hausbesetzer wird noch vermittelt.

In der Stadt ist die von Lummer vorgenommene optimistische Bilanz der politischen Bewältigung des „Häuserkampfes" keineswegs unumstritten und einhellig: Während die AL die Legalisierung des letzten Besetzerhauses als „Erfolg der Instandbesetzer und ihrer Unterstützer" feierte, hatte Justizsenator Hermann Oxfort (FDP) schon frühzeitig auf die „schweren Folgen" für die politische Moral in Berlin hingewiesen, sofern etwa alle Verfahren gegen Hausbesetzer durch Rücknahme von Strafanträgen eingestellt werden sollten.

Die politische Abteilung der Staatsanwaltschaft sieht, wie Oxfort, entgegen der Senats-Mehrheit nicht, daß eine „wesentliche Beruhigung im kriminellen Bereich" eingetreten wäre. Viele militante Bewohner besetzter Häuser hielten sich nun in legalisierten Häusern auf, ohne etwa damit ihre politischen Absichten und ihre kriminelle Energie aufgegeben zu haben.





Die bisherigen Besetzer unterschreiben mit Finanzstadtrat Alfred Gleitze (links) einen Pachtvertrag für das Haus in der Mansteinstraße (rechts) FOTOS: DPA



„Landschaft voller Wunder": Wird sich die Hainburger Au in eine Mondlandschaft verwandeln? FOTO: VOTAVA

Ein Mann entscheidet den Kampf um den Urwald an der Donau

Kraftwerk hin – Auwald her: So lautet das zur Zeit größte politische Reizthema in Österreich. Der Plan für ein Donau-Kraftwerk bei Hainburg bedroht eine der letzten Urwaldlandschaften in Mitteleuropa.

Von CARL G. STRÖHM

Östlich von Wien, wenige Kilometer von der tschechoslowakischen Grenze entfernt, dehnt sich zu beiden Ufern der Donau die Hainburger Au – einer der letzten, wenn nicht gar der letzte Fluß-Urwald Mitteleuropas. In der Bundesrepublik gibt es nur noch am Oberrhein spärliche Reste von Auwald – nicht zu vergleichen mit dem Gebiet an der Donau und an deren Nebenfluß March, die an ihrem Unterlauf die Grenze zur CSSR bildet.

Um diesen Auwald ist nun ein erbitterter Kampf zwischen Naturschützern und Grünen auf der einen und der Elektrizitätswirtschaft sowie der Mehrheit der etablierten politischen Parteien auf der anderen Seite entbrannt. Die Elektrizitätswirtschaft und die Bauindustrie – letztere ist nach der Vollendung eines großen Wasserkraftwerks bei Melk von Arbeitslosigkeit bedroht – dringen darauf, nun sobald wie möglich das Kraftwerk Hainburg in Angriff zu nehmen. Es wäre das Ende des Auwalds.

Die Naturschützer weisen die Behauptung, das Donau-Kraftwerk werde „umweltschonend" errichtet, als Ausrede zurück. Wenn erst der Staudamm errichtet werde – der einen Rückstau der Donau bis nach Wien verursachen würde – müßte die im Sommer grüne Aulandschaft bald so aussehen wie die bei Melk errichtete Staustufe Greifenstein: wie eine Mondlandschaft.

Nicht nur Industrie- und Beschäftigungsinteressen (vor allem der mächtigen österreichischen Gewerkschaften) stoßen in der Frage Hainburg mit dem Umweltbewußtsein der Naturschützer und mit der in Österreich immer stärker werdenden grünen Bewegung zusammen. Zugleich erkennt man bei Befürwortern und Gegnern des Kraftwerkbaus quer durch die politischen Parteien diametral entgegengesetzte Weltanschauungen.

Abgesehen von der österreichischen E-Wirtschaft, die auf den Bau von Hainburg versessen ist, bereits jetzt auf den Startschuß wartet und ökonomische Gründe ins Feld führt (etwa größere Unabhängigkeit von Energie-Importen), gibt es noch die „betonfreundliche" Einstellung vor allem der älteren Politikergenerationen, die durch den Wiederaufbau nach dem Kriege geprägt ist. Typisch für diese Gruppe ist der Chef des österreichischen Gewerkschaftsbundes und Parlamentspräsident Anton Benya – ein Mann, der aus der sozialistischen Arbeiterbewegung kommt. Für ihn ist die Aufregung der Naturschützer nichts als Sentimentalität. „Die Hainburger Au, das ist kein Wald, das ist nur Dickicht. Wenn man sich die Donau dort anschaut, wo sie gestaut wird, dann ist das Bild schöner. Man wird auch Hainburg wieder kultivieren. Denn jetzt ist ja dort Wildwuchs, was braucht man uns da zu erzählen, meint Benya.

Ganz anderer Meinung ist der Nobelpreisträger und Verhaltensforscher Konrad Lorenz, der seinen Namen für ein Anti-Kraftwerk-Volksbegehren zur Rettung der Au hergegeben hat. Er bezeichnet die Hainburger Au als eine „Landschaft voller Wunder, vergleichbar nur den tropischen Urwäldern, ein Dschungel in unseren gemäßigten Breiten". Und der Nobelpreisträger stellt dann die Frage: „Wissen wir überhaupt, was wir im Begriff sind zu verlieren?"

Der Auwald, so erklären namhafte Naturforscher, sei ein kompliziertes Öko-System, das sich – wenn man erst einmal betoniert und die Donau aufgestaut habe – niemals wiederherstellen lasse. Diese „hochspezialisierte Lebensgemeinschaft", die nur im Überschwemmungsbereich von Flüssen und nur im Nahbereich von Grundwasser gedeihen könne, lasse sich nicht beliebig wiederherstellen oder gar irgendwo anders neu anpflanzen.

Der Kampf für und wider die Au hat die österreichische Innenpolitik auf seltsame Weise polarisiert. Keine der beiden großen Parteien – weder die Sozialisten (die sich in ihrem Regierungsprogramm grundsätzlich für den Bau entschieden haben) noch die oppositionelle Volkspartei haben bisher deutlich und endgültig ja oder nein zum Kraftwerk gesagt. Was man hört, ist ein Ja, aber ... Die Verantwortung wird von einer Instanz zur anderen geschoben. Die Wiener Bundesregierung sagt, die niederösterreichische Landesregierung sei nun zuständig. Der zur Volkspartei gehörende Landeshauptmann von Niederösterreich, Siegfried Ludwig, hält sich bedeckt – und überläßt die Entscheidung dem Landesrat (Minister) für Naturschutz in der Landesregierung –, dem bisher der breiten Öffentlichkeit völlig unbekannten Sozialisten Brezovsky. Dieser muß demnächst entscheiden, ob der Bau des Kraftwerks bei Hainburg mit dem niederösterreichischen Naturschutzgesetz vereinbar ist. Damit bleibt die Verantwortung letztlich an einem einzigen Mann hängen.

Die Naturschützer und Kraftwerksgegner haben nun den Verdacht, der Landesrat Brezovsky könne in wenigen Wochen „ja" sagen. Dazu ein Sprecher des World Wildlife Fund (WWF), der sich um die Errichtung eines Nationalparks Donau-March-Auen anstelle des Kraftwerks bemüht: „Sobald sie von einer Instanz grünes Licht haben, lassen sie die Bagger rollen." Wenn dann erst einige hundert Hektar Auwald planiert seien, werde sich kein Politiker mehr finden, das rückgängig zu machen.

Zu den energischen Gegnern des Kraftwerkbaus gehören in den etablierten Parteien vor allem einige sozialistische Intellektuelle, in der Volkspartei der Wiener Vizebürgermeister Erhard Busek, aber auch der ÖVP-Umweltsprecher im Parlament, Walter Heinzinger. Der Abgeordnete meint, im Falle Hainburg werde nach der Methode gehandelt, einen „gesunden Zahn zu ziehen", um damit zu zeigen, wie gut der Zahnarzt sei. Die Politiker müßten aber nicht nur die Interessen „weniger Baufirmen und Banken" vertreten, die unbedingt den letzten Auwald an der österreichischen Donau zubetonieren wollten. Er sei der Meinung, die Politiker müßten Anwälte des „Lebendigen" sein und die für das Antlitz Österreichs bedeutenden Landschaften für künftige Generationen unversehrt erhalten.

Auf einer Konferenz im Schloß Orth an der Donau trugen Experten des WWF jüngst ihre schweren Bedenken gegen den Kraftwerksbau vor: Durch den Rückstau der Donau höre die Turbulenz des Wassers auf, damit werde die Wasserqualität der aufgestauten Donau bei Wien dramatisch absinken, zumal die Kläranlage der Millionenstadt nur mangelhaft arbeite. Der Fluß werde seine Selbstreinigungskapazität verlieren. Gefahr drohe nicht nur für das Wiener Trinkwasser, sondern auch für die Heilquellen von Bad Deutsch-Altenburg – einem bekannten Kurort an der Donau. Wenn das empfindliche Gleichgewicht zwischen Heilwasser und Grundwasser sich ändere, könne es zu einem Versiegen der Quellen kommen. Die Naturschützer weisen auf zahlreiche Gutachten von Wissenschaftlern hin, die sich offenbar gegen den Bau des Kraftwerks ausgesprochen haben. Die Gutachten wurden aber bisher geheimgehalten.

Manche Gegner des Kraftwerksbaus meinen, die von den Donau-Kraftwerken geplanten Maßnahmen verstießen klar gegen das niederösterreichische Naturschutzgesetz, ja sogar gegen internationale Konventionen, so etwa gegen das von Österreich ratifizierte „Ramsa-Übereinkommen" über Feuchtgebiete.

Sollten die Bagger trotzdem rollen, wollen sich viele Naturschützer aus Österreich und dem Ausland – unter ihnen Universitätsprofessoren, Politiker und Publizisten – an die Auwald-Bäume ketten. Übrigens erhalten sie neuerdings Unterstützung aus der Nachbarschaft: Im österreichischen Burgenland fürchtet man, der Wasserspiegel des Neusiedler Sees könne absinken, wenn bei Hainburg ein Kraftwerk entstehe. Und im kommunistischen Ungarn hat sich – erstmals in einem osteuropäischen Land – eine ganze Protestbewegung gegen den geplanten Bau des ungarisch-tschechoslowakischen Donau-Kraftwerks Gabcikovo-Nagymaros gebildet. Die ungarischen Umweltschützer haben zugleich die Österreicher aufgefordert, sich nicht durch Zulieferungen am Bau des Kraftwerks zu beteiligen.

Die Leute vom World Wildlife Fund allerdings sprechen offen den Verdacht aus, Hainburg sei eine Art „Test" – im Gegensatz zu allen Dementis könne eines Tages auch die Perle der österreichischen Donau, die Wachau, mit einem Staudamm beglückt werden – weil nämlich sonst der genormte „Europakahn" dort nicht durchkomme.

Vogel begrüßt Reise Genschers nach Polen

AP, Köln

SPD-Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel hat die Absicht von Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Wirtschaftsminister Martin Bangemann, Polen zu besuchen, begrüßt. Vogel sagte gestern in einem Interview der Deutschen Welle, vernünftigerweise werde von westlicher Seite eine Isolierung reduziert, die nicht von Warschau, „sondern von uns ausging". Genscher habe in dieser Frage „eine begrüßenswert klare Linie".

Vogel, der sich vier Tage in Polen aufgehalten hatte, bezeichnete den polnischen Regierungs- und Parteichef Jaruzelski als einen Mann, der den Eindruck mache, „als ob auf seinen Schultern eine sehr schwere Last liegen würde". Er fügte hinzu: „Alles, was er sagt, unterstreicht das. Und ich glaube, daß er auch in Kenntnis der geopolitischen Situation seines Landes für sein Volk das Beste erreichen will. Ich sehe nicht, wo es zu seiner Linie und zu seiner Person eine vernünftige Alternative gibt."

Grünen-Vorsitzende ist zurückgetreten

dpa, Saarbrücken

Eine der drei Landesvorsitzenden der Grünen-Saar, Dolores Schmitt, ist überraschend zurückgetreten. Frau Schmitt, die keine Gründe für ihren Rücktritt angab, hatte sich im September bei einer Sitzung von Bundes- und Landesvorstand der Grünen gegen eine Koalition der Grünen mit der saarländischen SPD nach den Landtagswahlen am 10. März 1984 ausgesprochen.

Über eine mögliche Koalition mit der Saar-SPD wollen die Grünen auf ihrer Landesmitgliederversammlung am 15. und 16. Dezember entscheiden. Nach wie vor existieren über diese Frage unterschiedliche Ansichten. Außerdem soll auf dieser Versammlung das Programm für die Landtagswahl verabschiedet werden. Auf einer Landesmitgliederversammlung am Wochenende hatten die Grünen die Programmdiskussion begonnen. Für den nach dem Rotationsprinzip ausscheidenden Fraktionsassistenten der Grünen im Bundestag, Harry Kunz, wurde noch kein Nachfolger gefunden, da der vorgeschlagene Kandidat nicht die erforderliche Mehrheit erreichte.

Vertraulichkeit aus der Sicht der Grünen

Von HERBERT SCHÜTTE

Vier Tage vor der Kommunalwahl in Baden-Württemberg nahm das mobile Einsatzkommando des Landeskriminalamtes Karlsruhe mit Spezialgeräten auf der „Friesenheimer Insel" im Mannheimer Industrie- und Hafengebiet die Suche nach angeblich vergrabenen Giftfässern auf. Die Behauptung, 80 Tonnen hochgiftiger Stoffe, darunter Dioxin, lagere als „Zeitbombe von höchster Brisanz" innerhalb der Friesenheimer Deponie, war von den Grünen aufgestellt worden.

Auch von auswärtigen Grünen: Die Hamburger GAL-Abgeordnete Thea Bock hatte zu einer Wahlkampfveranstaltung Kopien von Unterlagen mitgebracht, die ihr vertraulich als Mitglied des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Dioxin-Ablagerungen auf der Hamburger Deponie Georgswerder überprüfen soll, zugänglich gemacht worden waren.

Landesbericht Hamburg

Die angeblichen 400 Fässer, die im Wahlkampf für Aufregung – vor allem aber für Aufwand – sorgten, (vorsichtige Schätzungen für die Suche bewegen sich bis zur Millionengrenze), wurden nicht gefunden. Dafür will die Hamburger Bürgerschaft jetzt zutage fördern, auf welche Weise Kopien von vertraulichen Unterlagen, die dem Untersuchungsausschuß Georgswerder zur Verfügung stehen und bisher nicht Gegenstand der öffentlichen Beweisaufnahmen waren, an die Öffentlichkeit gelangt sind.

Die CDU beantragte mit Erfolg – auch die SPD stimmte zu – die Einsetzung eines weiteren parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Er wird Anfang nächster Woche unter Vorsitz von Bürgerschaftspräsident Peter Schulz seine Arbeit aufnehmen und prüfen, ob ein Mitglied des Georgswerder-Untersuchungsausschusses die Verschwiegenheitspflicht und damit die Verfassung verletzt hat.

Im Georgswerder-Ausschuß wäre eigentlich – wenn es nach dem Fraktionsproporz ginge – die GAL nicht vertreten. Die CDU trat großzügig einen der ihr zustehenden vier Sitze ab, weil sie aus Fairneß-Gründen vermeiden wollte, daß bei einem solchen Thema die Umweltschützer der Grün-Alternativen nicht dabei sind. Das Unions-Mandat übernahm die Sportlehrerin Thea Bock, ihre Spitzenkandidatin und ehemalige Fraktionsvorsitzende.

Während die GAL in dem Hamburger „Giftmüll"-Ausschuß vergeblich versuchte, aus den Akten der Chemie-Firma Boehringer einen speziellen Hamburger Parteispenden-Skandal herauszufiltern, förderte sie in den beschlagnahmten Papieren jedoch ein angebliches Dokument zutage, das nach Darstellung der Grünen die BASF schwer belastet.

Diese Wahlkampfmitteilung schlug im Südwesten der Bundesrepublik wie eine Bombe ein – Agenturen, Zeitungen und Sender in Baden-Württemberg berichteten in großer Aufmachung über die drohenden Gefahren für die Bevölkerung. „Es war das Ziel der Abgeordneten Bock" – so stellte der Hamburger CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau letzte Woche fest –, „Hunderttausende in Angst und Schrekken zu versetzen".

Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses – mit der Folge, daß ein Untersuchungsausschuß die Praktiken in einem anderen Untersuchungsausschuß unter die Lupe nimmt – wurde von der GAL als Reaktion auf die „Verärgerung der CDU über die letzten großen Wahlerfolge der Grünen" verdächtigt. Außerdem gehe es der Unionsfraktion um ein Ablenkungsmanöver nach dem Motto „Rache für Barzel". Und überhaupt seien parlamentarische Untersuchungsausschüsse keine Gerichte, sondern „politische Kampfinstrumente".

Merkwürdigerweise fehlt nach einer ersten Durchsicht der Georgswerder-Akten nunmehr das Papier, das in Mannheim in Kopien verteilt worden ist. Vielleicht findet es sich wieder an – vielleicht ist es aber auch als Munition des „politischen Kampfinstrumentes" von Hamburg ausgelagert worden, weil sonst herauskommen könnte, daß die Grünen einen Bock geschossen haben.

FDP gibt sich selbstbewußt

Die Berliner Liberalen weisen im Wahlprogramm auf ihre Leistungen hin

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die Liberalen der Stadt wollen weiterhin „Verantwortung für Berlin" wahrnehmen und eine „konservative Erstarrung" Berlins durch eine CDU-Regierung verhindern sowie „falsche CDU-Zielvorstellungen korrigieren". Es sei ein Erfolg der Politik, die Liberale „mitgestaltet" haben, daß Berlin „wieder eine anziehende Metropole" geworden sei. Diese selbstbewußte FDP-Position findet sich in Anträgen des Landesvorstandes und Zusatztexten, die auch eine bisher im Entwurf des Wahlprogramms fehlende konkrete Koalitionsaussage in Richtung CDU enthalten.

Der FDP-Wahlkongreß am 23./24. November enthält schon deshalb hohe Spannungsmomente, weil noch immer nicht alle zwölf FDP-Kreise verbindlich erklärt haben, bis zum Schlußtermin am Jahresende auch Kandidaten für die jeweilige Bezirksliste aufzustellen. Eine derartige Zusage steht vor allem aus dem linken „Rebellen"-Bezirk Tiergarten aus. Dort soll erst am 19. Dezember über die etwaige Aufstellung von Kandidaten oder die Nichtteilnahme an den Berliner Wahlen vom *10. März 1985 entschieden werden.*

Angesichts der belastenden Vorgänge in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg dringt vor allem die FDP-Bundesspitze auf eine unverzügliche Klärung in Berlin, um die Partei geschlossen in den Wahlkampf führen zu können. 1981 erhielt die FDP – mit einer Wahlaussage zugunsten des von ihr durch zwei Senatoren beschickten Vogel-Senats – nur 0,6 Prozent mehr Stimmen als nötig, um die Fünf-Prozent-Grenze zu überwinden.

In dem jetzt ausformulierten Entwurf des FDP-Wahlappells heißt es optimistisch: „Als Berlin am Tiefpunkt der öffentlichen Meinung angekommen war, fand die FDP-Fraktion den Mut, eine Minderheitsregierung unter Richard von Weizsäcker zu wählen. Ohne Regierungsbeteiligung setzte die FDP wichtige Akzente in der Stadtpolitik." Seit ihrem Eintritt in den Weizsäcker-Senat im Frühjahr 1983 trage die FDP „in wichtigen Politikfeldern" Regierungsverantwortung. „Der Aufwärtstrend Berlins hat sich auch nach dem Wechsel im Amt des Regierenden Bürgermeisters fortgesetzt, insbesondere auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Entwicklung und auf dem Arbeitsmarkt.

Eindringlich weisen die Liberalen auf den entscheidenden Umstand hin: „Nur durch das Verantwortungsbewußtsein der Freien Demokraten gegenüber Berlin war diese Entwicklung möglich. Deswegen wird es ganz entschieden darauf ankommen, daß die FDP ihre klare Politik weiterhin deutlich machen und ihre Verantwortung für die Stadt weiterhin wahrnehmen kann."

Zur Deutschland- und Berlin-Politik der FDP heißt es in der Ausarbeitung: „Die Lage in und um Berlin ist der Seismograph für die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, für das Verhältnis zwischen Ost und West." Für einen „deutschen Ausgleich" in den kommenden Jahren seien „neue Initiativen und Überlegungen" geboten.



Berlins FDP-Chef Walter Rasch FOTO: DIE WELT

Diese FDP-Politik für Berlin und Deutschland weise über den „tagespolitischen Ansatz" hinaus. Es müßten auch „Wege beschritten werden, die langfristig zum deutschen Ausgleich führen, ehe der Zusammenhalt des deutschen Volkes verlorengeht". Ziel sei die „Wiedervereinigung der Menschen", trotz staatlicher Trennung und der Unterschiedlichkeit der Systeme.

Da in der eigentlichen Wahlaussage bisher eine konkrete Aussage über den Wunsch-Regierungspartner der FDP fehlt, schob der größte Berliner FDP-Kreis – Wilmersdorf – jetzt eine eigene Fassung nach. Sie soll am kommenden Dienstag, 13. November, beraten werden. Darin wird festgehalten:

- *„Die Zusammenarbeit zwischen* CDU und FDP hat sich seit 1981 in fairer Partnerschaft zum Wohl der Stadt bewährt. Die FDP hat durch ihre Politik seit den letzten Wahlen eine konservative Erstarrung der Stadt verhindert und auf der Basis liberaler Grundsätze falsche CDU-Zielvorstellungen korrigiert.
- Die FDP ist bereit, Regierungsverantwortung in einer Koalition mit der CDU nach der Wahl vom 10. März 1985 auf der Grundlage des liberalen Wahlprogramms zu übernehmen, sofern dieses bei den Koalitionsverhandlungen hinreichend Berücksichtigung finden wird. Im Falle der absoluten Mehrheit einer Partei wird die FDP die Rolle der parlamentarischen Opposition übernehmen.
- Es ist Ziel der FDP, zu verhindern, daß die SPD – abhängig und erpreßbar durch die AL – in die Lage kommen sollte, die Stadt regieren zu müssen."

Weshalb die „Alternative Liste" zum Wohle der Stadt nicht zum Zuge kommen dürfe, formulieren die FDP-Autoren in seltener Präzision und Schärfe:

„Die AL darf in Berlin keinen gestaltenden Einfluß auf die Politik bekommen, weil

– sie ein ungeklärtes Verhältnis zum parlamentarischen Mehrparteien-System hat,
– die Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung nicht ausschließt,
– die Bindungen Berlins zum übrigen Bundesgebiet bestreitet,
– die Viermächte-Verantwortung für Ganz-Berlin leugnet,
– die westalliierten Schutzmächte aus Berlin vertreiben möchte."

Eine Große Koalition liege „nicht im Interesse der Stadt und der Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems". Lediglich eine starke parlamentarische Repräsentanz der Liberalen sichere Berlin eine „handlungsfähige Regierung".

Heute tritt die FDP-Bundestagsfraktion im Reichstag zusammen. Am Rande dieser Tagung wollen führende FDP-Politiker die noch immer nicht konsolidierte Vorwahlkampf-Lage der Berliner Liberalen analysieren und verstärkte Hilfestellungen in der heißen Wahlkampfphase anbieten. Auf zügige Klärungen legt vor allem FDP-Vizefraktionschef Hans-Günter Hoppe nachdrücklich Wert.

„Berlin idealer Partner für Kooperationen"

DW. Berlin

Berlin bietet „in geradezu idealer Weise" die Voraussetzung dafür, die Bundesrepublik Deutschland als Partner für eine vielfältige und leistungsstarke internationale Zusammenarbeit zu vertreten. Diesen Schluß zog der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Hans-Günter Hoppe, nach einer Sitzung des Vorstands mit Repräsentanten der Berliner Wirtschaft in der Tagungsstätte der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung in Tegel. Der Meinungsaustausch bildete die Eröffnung einer zweitägigen Fraktionssitzung in Berlin. Hoppe betonte, mit mehr als 150 Institutionen, die für internationale Kooperationen tätig seien, bilde die Stadt heute „ein international exemplarisches Begegnungszentrum". Diese Aufgabe müsse weiter entwickelt werden. Vor diesem Hintergrund steht auch die Beratung der Fraktion über die aktuelle Lage Berlins vor den Wahlen im März nächsten Jahres.

Zum Auftakt der zweitägigen Sitzung hatte sich bereits am Sonntag eine Delegation der Fraktion zu einem ganztägigen Informationsbesuch in der „DDR" aufgehalten. Sie besuchte Frankfurt/Oder, wo sie von führenden Vertretern des Rates der Stadt zu einem offiziellen Gespräch empfangen worden war. Der FDP-Delegationsleiter, Helmut Schäfer, berichtete anschließend, beide Seiten seien der Auffassung gewesen, daß „konkrete Kontakte" zwischen den beiden deutschen Staaten auf allen Ebenen nützlich seien. Genauso wie die FDP-Abgeordneten hätten die „DDR"-Vertreter die Ansicht geäußert, der verschobene Besuch des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in der Bundesrepublik Deutschland sollte im kommenden Jahr nachgeholt werden. Einigkeit habe auch darin bestanden, daß die beiden deutschen Staaten dazu beitragen könnten, den Dialog zwischen den Großmächten wieder in Gang zu bringen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Wackersdorf: Strauß hofft auf Bonner Hilfe

Spitzengespräch mit Kohl geplant / Bayerische Verdienste

PETER SCHMALZ, München

Über den Standort der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage, um die sich die Bundesländer Bayern und Niedersachsen bemühen, wird es nach Informationen der WELT demnächst zu einem Spitzengespräch zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß kommen. Der CSU-Vorsitzende wird bei dieser Gelegenheit den Kanzler bitten, eine Entscheidung zugunsten des bayerischen Standortes Wackersdorf zu unterstützen.

Dabei wird Strauß neben anderen ein Argument vorbringen, das in der bayerischen Regierungs- und CSU-Spitze im Konkurrenzkampf mit Niedersachsen offensichtlich an Gewicht gewinnt: Mehr als Hannover habe sich Bayern das mindestens vier Milliarden Mark teure Projekt verdient durch seine Standhaftigkeit auch in einer Zeit, als in anderen Ländern die atomare Entsorgung als politisch weniger opportun betrachtet wurde. Konkret gesagt: Strauß ärgert die Vorstellung, sein niedersächsischer Kollege Ernst Albrecht, der den Bau der Anlage in Gorleben 1979 als „politisch nicht durchsetzbar" verweigerte, könne dafür nun auch noch durch den Zuschlag der Milliarden-Investition belohnt werden, während Bayern , das in politisch schwierigerer Zeit als heute im Interesse der deutschen Atommmüll-Entsorgung eingesprungen ist, jetzt leer ausgehen könnte. In der vergangenen Woche sagte Strauß bei einem Workshop des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks: „Ich kann der Bevölkerung an unserem bayerischen Standort doch jetzt nicht sagen April, April, ihr wart nur Manövriergelände für Niedersachsen." (WELT vom 9. 11.).

Zwischen den beiden Ministerpräsidenten gab es in den letzten Wochen einen Briefwechsel, bei dem Strauß einen scharfen und gereizten Ton erkennen ließ. Ihm waren nach einem Geheimtreffen mit Albrecht in der Münchner Staatskanzlei, bei dem sich beide Regierungschefs gegen einen Subventionswettlauf ihrer Länder ausgesprochen haben, Informationen über eine Kabinettssitzung in Hannover zugetragen worden, wonach sich Niedersachsen durch Kabinettsbeschluß festgelegt habe, zum Bau der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) Förderungsmittel bereitzustellen und Infrastrukturkosten zu übernehmen. Dieses Handeln, so Strauß an Albrecht, stehe in einem „schreienden Gegensatz zu Ihren eigenen Vorschlägen und Forderungen", das Kabinett in Hannover berate offensichtlich über die größte staatliche Förderung eines einzelnen Industrieprojekts in der Geschichte der Bundesrepublik.

In seiner Antwort dementierte Albrecht: Sein Kabinett habe weder einen Kriterien- noch einen Subventionskatalog beschlossen. Er dankte zugleich seinem bayerischen Kollegen für die Klarstellung, daß die „Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen" (DWK) als Bauherr in Bayern wie in Niedersachsen nur die zehnprozentige Zonenrandförderung erhalten kann. Dies wiederum wird in München als klare Festlegung Albrechts gegen weitere Subventionen betrachtet.

Weiterhin unklar ist dagegen, ob die zwölf als Träger der DWK fungierenden deutschen Stromproduzenten noch in diesem Jahr zwischen den Alternativen Wackersdorf und Dragahn entscheiden. Wohl ist für den 18. Dezember eine Sondersitzung des Aufsichtsrats angesetzt, sie wird nach Auskunft der DWK jedoch entfallen, wenn bis dahin die internen Vorbereitungen nicht abgeschlossen sind. Ein Gutachten der Reaktorschutzkommission über das WAA-Konzept wird erst Anfang Dezember erwartet, dem Vernehmen nach soll es positiv ausfallen. Die beiden Standortgutachten und ein kostenverbindliches Angebot sind bereits eingetroffen und werden DWK-intern beraten. Die DWK wird deshalb erst kurzfristig in den ersten Dezembertagen entscheiden, ob die Aufsichtsratssitzung am 8. 12. stattfinden kann. Als Ausweichtermin wurde eine ebenfalls außerordentliche Sitzung am 4. Februar 1985 vorgesehen.

Die Grünen wollen in ihrer Hochburg ein Bürgermeisteramt

Alternative holten in Tübingen über 30 Prozent der Stimmen / Diskussion in Stuttgart

XING-HU KUO, Stuttgart

„Wenn die Grünen die absolute Mehrheit haben, wird Tübingen bestimmt die neue Bundeshauptstadt." Dies meinte scherzhaft der Rentner Klaus Raue (69) in einem der romantischen Cafés der renovierten Altstadt Tübingens. So wie er haben sich viele der 70 000 Einwohner der Universitätsstadt mehr oder weniger mit der Tatsache abgefunden, daß ihre Stadt, 36 Kilometer von Stuttgart entfernt, zur absoluten grünen Hochburg in der Bundesrepublik Deutschland geworden ist.

Bei der Kommunalwahl am 28. Oktober haben die Grünen in Tübingen wie auch in einigen anderen Städten des Landes kräftig zugelegt. Exakt 21 Prozent aller Stimmen erzielte die grüne „Alternative Liste" in Tübingen. Eine erstmalig angetretene grüne Konkurrenz, die „Freie Liste", errang auf Anhieb 11,5 Prozent der Stimmen. Die Freie Liste wird als grün-konservativ betrachtet, denn ihr Zugpferd, der Forstdirektor Hugo Baumann aus Bebenhausen, war bislang erfolgreicher CDU-Politiker, bevor er als sachkundiger Wald-Experte ins grüne Lager überging.

SPD größter Verlierer

Zusammen sind deshalb die zwei grünen Gruppierungen im jetzt 65köpfigen Tübinger Gemeinderat eindeutig die stärkste Gruppe mit 32 Prozent aller Stimmen. Die CDU bekam nur noch 23,7 Prozent (in ersten Auszählungen noch 25 Prozent), die SPD verlor 6,2 Prozent ihrer Stimmen, sank auf 19,4 Prozent zurück. Wie in anderen Städten ist auch in Tübingen die SPD der größte Verlierer der Kommunalwahl. Die Unabhängigen Freien Wähler (UFW) errangen 16,2 Prozent.

Verschiedene Ursachen haben den spektakulären Sieg der Grünen in Tübingen ermöglicht: Da ist zunächst die junge Bevölkerungsstruktur: Von 70 000 Tübingern sind 23 000 Studenten an der dortigen Universität. Immer mehr Studenten haben ihren Hauptwohnsitz in Tübingen angemeldet, vermutlich gerade auch im Hinblick auf die Wahlen.

Ein Kenner der Uni-Szene: „Zwar wählen nicht alle Studenten grün, aber nach Schätzungen 70 bis 80 Prozent." Die grüne Welle hat aber auch die Lehrkräfte und Akademiker der Stadt erfaßt, dies zeigen die guten Ergebnisse der Grünen im Nobel-Viertel Österberg, wo Grüne und die neue ökologische Freie Liste hohe Ergebnisse erzielten.

Ein rot-grünes Bündnis ist in Tübingen keine Frage mehr. Es geht nur noch um die Details. Selbstbewußt haben die Grünen jetzt erste konkrete Forderungen gestellt: Sie wollen den Posten des Baubürgermeisters, der im März zur Disposition steht, einnehmen. Ulrike Soehlke, erfolgreichste Grüne im neuen Gemeinderat, erklärte, dies wolle die Alternative Liste mit Hilfe der „links von der CDU" stehenden Kräften erreichen. Dazu zählt nebenbei auch eine von drei auf zwei Mann zusammengeschrumpfte DKP-Truppe, die damit ihren Fraktionsstatus eingebüßt hat.

Die SPD hat erstmalig in Tübingen eine Art kritische Bilanz gezogen. Der Stadtrat Gerd Weimer erklärte, die „Sozialstruktur" der Stadt mit so vielen Studenten und nur fünf Prozent Arbeitern, aber auch die „geringen Aktivitäten" seiner eigenen Partei im „außerparlamentarischen Bereich" (gemeint war wohl auch die „Friedensbewegung") hätten zu dem ungewöhnlichen Wahlergebnis in der Stadt geführt.

Obwohl die Rot-Grünen in Tübingen jetzt rechnerisch die Mehrheit haben, wird es jedoch nicht immer zu einem gemeinsamen Paktieren und Handeln kommen. Wie auch in anderen Stadtparlamenten können je nach Sachlage auch andere „Bündnisse" von Fall zu Fall entstehen. Allerdings wird in Tübingen jetzt allgemein mit „verlängerten Diskussionen" und schwierigeren Entscheidungsprozessen im Gemeinderat gerechnet. Oder, wie die CDU in Tübingen vor der Wahl vergeblich gewarnt hat: „Der Gemeinderat ist kein Kasperletheater", deshalb müsse vor „fünf Jahren Chaos" gewarnt werden.

Auch in anderen größeren Städten Baden-Württembergs können die Grünen nach der endgültigen Auszählung noch stolzer die Brust heben: In Stuttgart konnten sie die Zahl ihrer Mandate nicht, wie zunächst errechnet, von drei auf neun verdreifachen, sondern gar auf zehn erhöhen.

Bürgerlicher Block

Die CDU verlor hingegen einen Sitz (von 25 auf 24), die SPD sank von 23 auf 18 Mandate, die FDP hat fünf statt vier, die Freien Wähler drei statt nur zwei Mandate. Nach wie vor verfügt der „bürgerliche" Block jedoch über eine Mehrheit von 33 (einschließlich der Stimme von OB Rommel, CDU), dennoch bringt das Vorhandensein einer derart starken grünen Fraktion Probleme.

Schon ist die Diskussion entbrannt, ob die Grünen einen Bürgermeisterposten erhalten sollen oder nicht. Darauf besteht zwar kein Rechtsanspruch, aber da die immer schwächer werdende FDP solch einen Spitzenposten besetzt, dürfte langfristig auch in Stuttgart ein ökologischer Bürgermeister nicht mehr zu verhindern sein.

Auch in Mannheim, Ulm und Freiburg sind die Grünen gestärkt aus der endgültigen Wahlauszählung hervorgegangen. Wie sich das konkret in der Politik auswirken wird, umriß jetzt Christoph Oberdorf vom Landesvorstand der Grünen: In Einzelfragen würden die gestärkten Vertreter seiner Partei überall „sowohl Zusammenarbeit als auch radikale Konfrontation" mit anderen Parteien oder Wählergruppen betreiben. Die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen „Basisinitiativen" werde dabei im Vordergrund stehen.

Zensur der SED für Kirchenzeitungen

Umweltschutz-Bericht durfte nicht gedruckt werden

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die SED-Führung nahm jetzt unter Federführung des neuen im Politbüro für Kirchenfragen zuständigen Mitglieds Werner Jarowinsky an verschiedenen Beiträgen in „DDR"-Kirchenzeitungen Anstoß und setzte als Zensor Korrekturen durch. Über diese Aktion wurden jetzt in Westberliner Kirchenkreisen mehrere Einzelheiten bekannt.

Danach mußte beispielsweise die „Mecklenburgische Kirchenzeitung" in Schwerin einen Bericht über die jüngste Bundessynode in Greifswald zurückziehen und ändern, weil der SED ein bestimmter Satz mißfiel. Es handelte sich dabei um die Feststellung der Synodalen, dem obersten Kirchenparlament der evangelischen Christen drüben, in ihrem Abschlußpapier: „Wir können uns mit der Raketenstationierung in Westeuropa und den entsprechenden Maßnahmen innerhalb der Staaten des Warschauer Vertrages nicht abfinden."

Das Blatt mußte, wie auch auf der in Schwerin tagenden Regionalsynode mitgeteilt wurde, seinen Bericht neu formulieren. Dazu wurde eine Neufassung benutzt, die von der in Ost-Berlin ansässigen offiziellen evangelischen Nachrichtenagentur ENA (dem „DDR"-Gegenstück zum epd) stammte. Darin wird derselbe Sachverhalt in leicht „geglätteter" Form wiedergegeben.

Herstellung und Auslieferung der wöchentlich erscheinenden Schweriner Kirchenzeitung waren durch diesen staatlichen Eingriff in die vom Staat getrennte, nur im Abonnement vertriebene Kirchenpresse um mehrere Tage verzögert worden. Es soll sich dem Vernehmen nach um einen der ersten nachdrücklichen Schritte des von Erich Honecker für die Kirchenarbeit im SED-Politbüro ausersehenen Mitglied Jarowinsky gehandelt haben. Bisher nur für die Bereiche „Handel und Versorgung" zuständig, übernahm Jarowinsky vor einiger Zeit nach dem Ausscheiden des erkrankten Paul Verner auch das Arbeitsgebiet „Kirche" im SED-Politbüro.

Auch das in der „DDR"-Ge[…] schaft immer stärker nach vorn di[…] gende Thema „Umweltschutz" […] kirchlichen Blättern abgehande[…] behagte der Parteiführung nicht. […] ebenfalls aus westlichen Kirchenk[…] sen zu erfahren war, mußte die Z[…] schrift „Potsdamer Kirche" jetzt […] nen Beitrag über Umweltschutz […] gen zurückziehen oder neu formu[…] ren. Der Inhalt hatte eine kritis[…] Reaktion in SED-Kreisen hervorg[…] fen.

Inzwischen versucht die SED […] einer Art „Vorwärtsstrategie" […] längst an die evangelischen Kirc[…] abgetretene Meinungsführerscha[…] Sachen Umweltschutz für sich zu […] winnen: Als Beweis dafür gilt, daß […] November-Ausgabe des SED-Th[…] rieorgans „Einheit" zur Hälfte […] Umweltthemen beherrscht wird.

Umweltpolitik werde im Arbei[…] und Bauernstaat „nicht als e[…] Sache für sich", sondern als Besta[…] teil der „Gesamtpolitik" betriei[…] „Sie findet ihren Ausdruck nich[…] spontanen Aktionen", sondern we[…] von den staatlichen Organen, Kon[…] naten, Betrieben und Genoss[…] schaften geführt.

Schließlich berührt Reichelt […] dem Zitat eines Honecker-Satzes […] Dilemma der im Prinzip durchaus […] wollten „DDR"-Umweltpolitik – […] Kosten verhindern durchgreife[…] Fortschritte. Honecker formuli[…] dies so: „Aus der Effizienz der Ö[…] nomie müssen die Mittel fließen, […] den gedeihlichen Fortschritt vi[…] anderer Bereiche im Sinne uns[…] programmatischen Zielsetzun[…] überhaupt erst ermöglichen. Dazu […] hören auch Maßnahmen zum Sch[…] der Natur und Umwelt."

Inzwischen trafen sich christl[…] motivierte Umweltschutzfreunde […] der gesamten Republik in Witt[…] berg. Dort befindet sich mit d[…] Kirchlichen Forschungsheim […] „brain-trust", aus dem beispielsw[…] die Bibel vieler „DDR"-Grü[…] stammt – das Papier „Die Erde […] noch zu retten". Darin sind sonst […] ziell nirgends zugängliche Zah[…] und Fakten über die enorme Umw[…] belastung aufgeführt.

Konkurrenz für den Kandidaten Gallus

An der Basis wächst die Kritik an dem „stillosen" Rücktritt von FDP-Chef Morlok

xhk. Stuttgart

Nach dem ersten Schock folgt jetzt die wachsende Empörung an der Basis der baden-württembergischen FDP: der überraschende Rückzug ihres bisherigen Landes- und Fraktionsvorsitzenden Jürgen Morlok (39) aus allen Parteiämtern und der Versuch „von oben" – wie am Samstag bereits geschehen –, als Fraktions-Nachfolger Hinrich Enderlein sowie – wie geplant – Georg Gallus als Landeschef sozusagen zu „verordnen", stoßen immer stärker auf Kritik in den eigenen Reihen. Hielten sich die Kritiker in den ersten zwei Tagen nach der Mitteilung Morloks am vergangenen Donnerstag noch bedeckt, so werden jetzt die Kontra-Stimmen laut.

Dies geht aus zahlreichen örtlichen FDP-Versammlungen hervor, in denen nach Berichten der Lokalpresse sowohl die Art und Weise des Rückzugs Morloks, dessen Eintritt in eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft und die Regelung der Nachfolgefrage Gegenstand kontroverser Diskussionen waren.

Einer der ersten Kritiker, der an die Öffentlichkeit ging, war der Landesvorsitzende der Jungen Liberalen („Juli"), Jan Rittaler. Der bisher eher zu Morlok stehende Nachwuchs-Politiker der FDP erklärte, die Nachfolge Morloks dürfe nicht „halbherzig geschehen, indem bisherige Stellvertreter quasi eine automatische Nachfolge herbeiführen". Rittaler unterstrich, daß es neben den genannten Namen auch „weitere qualifizierte Liberale" im Landesverband und der Fraktion gebe, die „repräsentativ für die Struktur des Landesverbandes" seien. Hier solle erst der Landesparteitag auf dem traditionellen Dreikönigstreffen im Januar 1985 entscheiden.

Der „Juli"-Chef prognostiziert eine „Verschärfung der Spannungen" durch einen Landesvorsitzenden, der „eventuell in Bonn säße, und einem Fraktionsvorsitzenden, der nicht die Mehrheit im Landesverband hinter sich" wisse.

Einen besonders schweren Stand hat Morlok in seinem Karlsruher FDP-Verband. Der dortige Kreisvorsitzende Professor Lothar Werner bedauerte zutiefst, daß ein so „hochtalentiertes und erfahrenes Mitglied" wie Morlok aus den Führungsgremien der Partei austrete. Am Wochenende versuchte Morlok auf dem Karlsruher FDP-Bezirksparteitag, die Nachfolgeentscheidungen aus Bonn und Stuttgart zu rechtfertigen. Eine Personalunion sei heute nicht mehr „zwingend". Die Konstellation des Landespolitikers Enderlein mit dem Bundespolitiker Gallus ist nach Auffassung des zurücktretenden Partei- und Fraktionschefs richtig.

Der Widerspruch gegen die personellen Entscheidungen hat auf dem Bezirksparteitag der FDP in Franken sogar zur Nominierung eines ersten Gegenkandidaten für das Amt des Landesvorsitzenden geführt. Neben Gallus aus dem Bonner Ernährungsministerium wird nunmehr auch der Vorsitzende jener FDP-Gliederung, Walter Döring (30), für die Morlok-Nachfolge im Parteivorsitz zur Verfügung stehen.

Der Schwäbisch-Haller Kreisvorsitzende Döring kann vor allem mit der Unterstützung des starken Mittelstandsflügels und der Jungen Liberalen rechnen. Die Wahl Gallus' ist deshalb zwar wahrscheinlich, aber keineswegs gesichert. Vor allem dann nicht, wenn es der FDP-Führung in Stuttgart nicht gelingt, die Wellen der Empörung einigermaßen zu glätten.

FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann – der mit Rücksicht auf die Bundespartei eine Kandidatur für den Landesvorsitz inzwischen abgelehnt hat – versuchte auf jenem Bezirksparteitag in Heilbronn, die Gemüter zu beruhigen. Die FDP solle jetzt keine „Personalpolitik", sondern „Kommunalpolitik" machen, forderte Haussmann seine Parteifreunde auf.

In Heilbronn sprach ein Delegierter das aus, was viele in der Südwest-FDP empfinden: Der Wechsel Morloks in ein landeseigenes Unternehmen sei „stillos" gewesen.

Warum der RCDS für die Jusos stimmte

DETLEV AHLERS, Paderborn

An der Gesamthochschule Paderborn gab es eine Sensation: Die Jungsozialisten haben dem Marxistischen Studentenbund die Zusammenarbeit aufgekündigt und sind vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten in den Allgemeinen Studenten-Ausschuß gewählt worden.

Zunächst ging es nur um die Fotokopierer. Für diese Apparate hat der AStA das Monopol an der Hochschule. Vor einem Jahr wollte der MSB die Studentenschaft wegen der Nachrüstung „betroffen" machen – und die Fotokopierer für eine Woche stillegen. Im AStA, in dem er zusammen mit den Jusos saß, drückte er einen solchen Beschluß durch.

„Das hätte den ganzen Betrieb lahmgelegt", vermutet Ulrich Walwei, der neue AStA-Vorsitzende. Sein Vorgänger, auch ein Juso, weigerte sich, den Beschluß umzusetzen. Denn ihm kamen Zweifel, weil die Jusos ja scharfe Kritiker allen Monopolmißbrauchs sind.

Daraufhin gab es eine „Vollversammlung", auf der die Mehrheit der 150 Anwesenden (von 12 000 Studenten) für die Kopierer-Stillegung stimmten. Das führte zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den AStA-Partnern, inwieweit der Beschluß bindend ist. Schließlich trat der AStA-Vorsitzende zurück – die Kopierer liefen weiter.

Und die Jusos merkten während des Krachs, was sie vom MSB trennt: So haben sie unterschiedliche Einschätzungen zur Friedensbewegung, deren osteuropäischen Teil der MSB totschweigen möchte. So beurteilen sie die Arbeit der Vereinigten Deutschen Studentenschaften unterschiedlich – den Jusos bringt der VDS zu wenig konkrete Ergebnisse. Und so gab es vor allem (auf einmal) Differenzen, von wo politische Impulse ausgehen sollen.

Die Marxisten vertreten dabei das Konzept der „Aktionseinheit": „Wir wollen die Studenten zum Handeln bringen – viele zusammen sind stark", erläutert Ulrich Köpke vom Paderborner MSB. Das bedeutet Steuerung vom AStA aus, möglichst bundesweit einheitlich, vom VDS angeleitet.

Die Paderborner Jusos vertreten demgegenüber das Konzept der „Basisorientierung", denn „die vielen Aktionswochen haben sich totgelaufen", meint Walwei. Sein neuer AStA „versucht, Probleme in Zusammenarbeit mit den Studenten, nicht stellvertretend für sie, zu lösen", wie es im Semesterprogramm heißt. Diese Passage fällt den MSBlern als erste ein, wenn man sie fragt, was sie vom neuen AStA trenne.

Doch der mußte erst einmal gewählt werden. Bei den Studentenparlaments-Wahlen verbuchten die Jusos mit ihrem Versprechen, keinen AStA mit dem MSB zu bilden, starke Gewinne. Aber es fand sich auch kein anderer Koalitionspartner. Doch bei der geheimen AStA-Wahl im Studentenparlament platzte die Bombe: Walwei bekam eine satte absolute Mehrheit. Der RCDS sagte, er habe ihn gewählt, um den MSB aus dem AStA herauszuhalten.

Der MSB sprach daraufhin von einem „undemokratischen Ergebnis", weil er „entgegen dem Wählerwillen ausgegrenzt" worden sei. (Der Vorwurf, seinesgleichen auszugrenzen, ist in linken Kreisen der schlimmste.)

„Bezahlte Funktionäre des MSB", so berichten die Jusos, kamen nach Paderborn, um Schaden von der „Aktionseinheit" abzuwenden: „Die Jusos haben sich der Rechtskräfte bedient und mit deren Hilfe eine tiefe Spaltung in die Paderborner Linkskräfte getragen", wetterte der MSB-Bundesvorstand.

Es nutzte nichts: Der neue AStA ist seit diesem Wintersemester im Amt. Mit dem RCDS will er nichts zu tun haben, denn der „ist der verlängerte Arm der studentenfeindlichen Regierung". Auf der Suche nach Mehrheiten wendet er sich „natürlich" zunächst an den MSB. Denn eigentlich, so sagen Jusos und MSB, gehören sie zusammen – „im Kampf gegen rechts".

Wurden die Sowjet-Deserteure vom KGB mit Drogen behandelt?

Unstimmigkeiten bei der „freiwilligen" Rückkehr der zwei Rotarmisten in die UdSSR

WALTER H. RUEB, Bonn

Die beiden Sowjetarmisten Igor Fedorowitsch Rykow und Oleg Grigoriewitsch Chlan, die im Sommer 1983 in Afghanistan zu den Widerstandskämpfern überliefen und ein Jahr später durch Vermittlung des britischen Europa-Abgeordneten Lord Bethell nach London gebracht wurden, sind mit großer Wahrscheinlichkeit nicht freiwillig in die Sowjetunion zurückgekehrt.

Vor allem Angaben des deutschen Journalisten Detlef Berthelsen aus Hamburg lassen den Verdacht aufkommen, die Rückkehr der 23 und 22 Jahre alten Sowjets sei das Ergebnis eines *Spiels sowjetischer Botschaftsangehöriger* in London. Berthelsen hatte die beiden Sowjets im Juni 1984 in London erstmals gesehen, als sie nach der Ankunft in Großbritannien der Weltpresse über ihr persönliches Schicksal in der Roten Armee und vor allem über Greuel der sowjetischen Truppen gegenüber der afghanischen Zivilbevölkerung berichteten.

„Kanada oder die USA"

Seither unterhielt Berthelsen regelmäßig Kontakt zu den beiden Sowjets. Nach seinen Angaben war deren genauer Aufenthaltsort in England geheim. Sämtliche Treffen fanden in Lokalen statt, die in der britischen Metropole als Treffpunkte sowjetischer Dissidenten bekannt sind. Noch am Donnerstag letzter Woche traf Berthelsen die beiden jungen Männer. „Sie sprachen dabei von ihren Plänen, entweder nach Kanada oder in die USA zu übersiedeln", sagte Berthelsen zur WELT. „Von einer Absicht, in die Heimat zurückzukehren, sprachen sie nicht, wohl aber von Kontakten mit sowjetischen Botschaftsangehörigen."

Abwechselnd hätten ihre sowjetischen Landsleute gedroht, dann wieder mit Versprechungen gelockt, sagte Berthelsen weiter. Was in der Zeit zwischen Donnerstag und Sonntag geschah, weiß der deutsche Journalist nicht. Sicher ist, daß die zwei Sowjetarmisten am Sonntag „freiwillig, in guter Stimmung und in der Absicht, so bald wie möglich wieder mit ihren Familien vereint zu sein", – so die Angaben offizieller Vertreter der Sowjet-Botschaft in London – im britischen Innenministerium vorsprachen und anschließend in Begleitung von zwei sowjetischen Diplomaten zum Flughafen fuhren und dort eine Maschine in die UdSSR bestiegen. Seit ihrem Besuch in der Londoner Sowjet-Botschaft waren die beiden Deserteure nicht mehr bei ihren Gasteltern erschienen. Sie ließen all ihr Hab und Gut zurück – selbst persönliche Dinge und Papiere.

Die Angaben des deutschen Journalisten Berthelsen decken sich mit der Meinung des britischen Europa-Abgeordneten Lord Bethell. Er prangerte die Handlungsweise der Sowjets als „moralische Erpressung" an. *Nach Ansicht von Bethell spielte* dabei ein „sehr herzlicher und lieber Brief" von Rykows Familie die entscheidende Rolle. Das Schreiben aus der Heimat, über dessen Authentizität nichts bekannt ist, machte offenbar einen stärkeren Eindruck auf die beiden Deserteure, als ihr Wissen, was Fahnenflüchtige im Falle einer Rückkehr in die Sowjetunion erwartet.

Die Sowjets machten sich bei der *Einschaltung von Rykows Familie* die engen Bande zwischen dem Deserteur und seinen Angehörigen zunutze. Bei einem Interview im Dezember 1983 berichtete Rykow der WELT, seine Frau und seine Mutter hätten schon 1982 versucht, den *Kommandeur seiner Einheit mit Geld* zu veranlassen, ihn von der Liste der Soldaten zu streichen, die zum Einsatz in Afghanistan bestimmt waren. Rykow im Dezember 1983 zur WELT: „Der Versuch schlug deshalb fehl, weil ein anderer Offizier von der Sache erfuhr und ebenfalls Geld forderte. Die finanziellen Mittel meiner Familie aber waren begrenzt."

Eine freiwillige Heimkehr der beiden Sowjetarmisten erscheint auch angesichts ihrer Haltung nach der Flucht als sehr unwahrscheinlich: sie liefen zu den Gegnern der Roten Armee über, forderten ihre Kameraden über „Radio free Kabul" zum Überlaufen auf und erhoben vor der Weltpresse die bisher schwersten Vorwürfe gegen die sowjetische Unterdrückungs- und Ausrottungspolitik in Afghanistan.

Schwerste Vorwürfe

Dem deutschen Journalisten Berthelsen erzählten sie zum Beispiel von einer Hubschrauber-Landung auf iranischem Gebiet. Erst nach der Ermordung von über hundert iranischen Bauern hätten die Sowjets ihren Irrtum bemerkt, die Toten und Verletzten jedoch liegen gelassen und seien weggeflogen.

Der Verdacht, daß es den Sowjets in London gelang, die beiden Deserteure mit Drogen gefügig zu machen, wurde bisher nicht erhoben, obwohl es in der Vergangenheit Beispiele derartiger Praktiken bei den Sowjets gab. Fest steht, daß sowohl Rykow wie Chlan drogensüchtig sind. In Afghanistan hatten die beiden Deserteure gegenüber der WELT geklagt: „Die Mudschahedin sollten uns mehr Haschisch geben ..." Die Freiheitskämpfer aber erklärten, sie seien dazu nicht in der Lage und auch nicht willens, die Rationen zu erhöhen. Der Chef des afghanischen Wachkommandos sagte damals zur WELT: „Weil die beiden Sowjets zu wenig Hasch bekommen, haben sie oft Heimweh."

Ob hier der Schlüssel des sowjetischen Erfolgs liegt, die beiden Deserteure zur „freiwilligen Heimkehr" zu bewegen?

„19 Anhänger der Solidarität wurden ermordet"

DW. Brüssel/Warschau

19 Anhänger der polnischen Untergrundgewerkschaft „Solidarität", unter ihnen eine Frau, sind in den vergangenen drei Jahren von der polnischen Polizei umgebracht worden oder nach Polizeiverhören gestorben. Dies gab das Brüsseler Koordinierungsbüro der „Solidarität" im Ausland bekannt. Getötete Demonstranten wurden dabei nicht mitgezählt.

Den Eltern des ermordeten Priesters Jerzy Popieluszko ist von Unbekannten gedroht worden, man werde ihren Bauernhof niederbrennen, falls ein Gedenkgottesdienst für den Priester zu große Ausmaße annehme. Die Mutter Marianna habe daraufhin geantwortet: „Wenn Sie unseren Bauernhof in Brand stecken, wird ganz Polen brennen." Der Gedenkmesse bei der Kirche von Sucholowa bei Bialystok wohnten am Sonntag mehr als zehntausend Gläubige bei.

In Warschau und Krakau demonstrierten am Sonntag anläßlich des 66. Jahrestages der Unabhängigkeit Polens mehrere tausend Menschen. In Warschau zogen nach einem Gottesdienst in der Kathedrale rund 3000 Gläubige zum Denkmal des Unbekannten Soldaten. Ein Großaufgebot von Polizei stoppte den Zug kurz vor dem Denkmal und trieb die Menge auseinander. In Krakau demonstrierten ebenfalls einige tausend Menschen nach einem Gottesdienst vor der Kathedrale im Königsschloß Wawel mit Fahnen der „Solidarität".

Der Präsident der polnischen Exilregierung in London, Edward Raczynski, hat dem Prälaten Henryk Jankowski, dem Beichtvater des Arbeiterführers Lech Walesa und Probst der Danziger Werftkirche St. Brigitten, wegen karitativer Verdienste das Kommandeurskreuz des Ordens „Polonia Restituta" verliehen. Erstmals seit Kriegsende wurde damit einer in Polen lebenden Persönlichkeit diese hohe Auszeichnung Vorkriegspolens verliehen.

Luandas Angebot an die USA und Südafrika zielt auf Savimbi

Keine wesentlichen Neuigkeiten im Vier-Punkte-Programm des Präsidenten Angolas

M. GERMANI, Johannesburg

Anläßlich der Feiern zum neunten Jahrestag der Unabhängigkeit Angolas von Portugal hat Präsident Edoardo Dos Santos die Vorschläge seiner Regierung bekanntgegeben, die er schon dem US-Unterstaatssekretär Chester Crocker übermittelt hatte. Diese waren auf den Kapverdischen Inseln bei den Verhandlungen um eine Lösung der Südwestafrika/Angola-Frage auch dem südafrikanischen Außenminister Roelof Botha unterbreitet worden. Sie lassen sich in vier Punkten zusammenfassen:

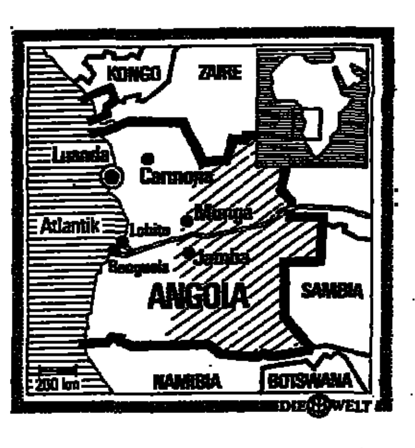
1. Abzug der noch in Südangola befindlichen südafrikanischen Truppen;
2. Beendigung jeder Unterstützung für die angolanische Widerstandsbewegung Unita von Jonas Savimbi sowie Demontage seiner sämtlichen Stützpunkte im benachbarten Südwestafrika;
3. Einführung der UNO-Resolution 435 und anschließend die von der UNO überwachte *Einführung* der Unabhängigkeit von Südwestafrika/Namibia;
4. Beginn des kubanischen Abzugs aus Angola, nachdem eine UN-Friedenstruppe in Namibia eingetroffen ist und die südafrikanische Armee mit Ausnahme von 1500 Mann aus Namibia abgezogen wurde.

„Angola und die Vereinigten Staaten diskutieren die Grundlage für eine generelle Übereinstimmung, die (von Angola) vorgeschlagen wurde", sagte Dos Santos in Nordangola.

Vor ausländischen Journalisten in seinem Hauptquartier warnte Savimbi Ende der vergangenen Woche sowohl Südafrika als auch die USA davor, ihn zu übergehen. In einer Rede *nach einer Militärparade* vor rund 6000 Anhängern nannte er das Lusaka-Abkommen über den Abzug südafrikanischer Truppen aus Südangola ein „Scheinmanöver" mit dem Ziel, daß Luanda Zeit gewinne, um seine



Jonas Savimbi kontrolliert mehr als die Hälfte Angolas FOTO: CAMERA PIX



Armee zu verstärken und dann die Unita bei der nächsten Gelegenheit anzugreifen. Seine Bewegung sei nicht bereit, sich für einen fingierten Abzug der Kubaner aus Angola herzugeben.

Politische Beobachter in Südafrika weisen darauf hin, daß die Vorschläge von Dos Santos grundsätzlich keine neuen Ideen beinhalten. Die Einstellung der südafrikanischen Hilfe für die anti-kommunistische Unita sei derwichtigste Punkt dieser Vorschläge. Durch seine militärische Stärke und sein langsames, aber stetes Vordringen auf Luanda ist Savimbi für die Regierung in Angola zu einer ernsthaften Gefahr geworden. Er kontrolliert *bereits mehr als die Hälfte* des angolanischen Territoriums (siehe Karte) und führt auch schon Angriffe in Gebieten um die Hauptstadt Luanda.

Die Forderungen Dos Santos' stehen auch politisch im Gegensatz zu den Vorschlägen Savimbis, der noch weiterhin zu Verhandlungen mit Luanda über eine *eventuelle Koalitionsregierung* bereit ist und immer wieder betont, als weiteren Schritt wolle er die ersten freien Wahlen in Angola abhalten lassen. Allerdings nach einer Periode des Friedens, den das Land nach 24 Jahren Krieg dringend zur Stabilisierung der Lage und zur Erholung der darniederliegenden Wirtschaft brauche.

Ein Angola-Abkommen *ähnlich* dem Nkomati-Vertrag zwischen Südafrika und Moçambique, der Pretoria zumindest das Ende der offiziellen Unterstützung der kommunistischen Untergrundbewegung ANC durch die Machel-Regierung eingebracht hatte, während die Widerstandsbewegung *Renamo* im unerwarteten Alleingang in Moçambique weiterkämpft, würde Savimbi *sicher* schaden, auch wenn es für seine Bewegung kein tödlicher Stoß wäre. Allerdings würden die Einführung der UNO-Resolution, der Abzug der südafrikanischen Truppen aus Südwest und Wahlen unter UNO-Aufsicht einen Sieg der kommunistischen *Swapo in Südwest garantieren.* Und das würde einen Großteil der militärischen Erfolge der Unita zunichte machen, abgesehen davon, daß eine solche Entwicklung den Interessen des Westens zuwiderliefe.

Pariser Zeitung will ideologiefrei sein

Startnummer von „Donnerstagereignis" ausverkauft / Die Leser finanzieren das Blatt

A. GRAF KAGENECK, Paris

„Das Donnerstagereignis" ist der merkwürdig anmutende Name des neuesten Produkts auf dem schmal gewordenen französischen Pressemarkt; Donnerstag, weil der Herausgeber *Jean-François* Kahn den vierten Wochentag als Erscheinungsdatum wählte; Ereignis, weil es eine Zeitung wie diese in der Tat noch nie gegeben hat. Denn dieses neue Wochenblatt wird nicht nur ausschließlich von seinen Lesern finanziert, es gehört ihnen auch.

Kahn, ein wahrer Tausendsassa im französischen Journalismus, hat sich das Kapital zum Start seines Blattes bei den Lesern geholt. Er verteilte 20 000 „Aktien" zum Preis von 500 Franc (etwa 170 Mark), die im Handumdrehen vergeben waren.

Die Anlaufzeit für das Unternehmen dauerte nicht länger als sechs Monate, in denen Kahn mittels ganzseitiger Anzeigen für sein wagemutiges Unterfangen warb. Insgesamt 26 000 Franzosen hatten sich schließlich „interessiert" gezeigt, von denen 75 Prozent den Kaufpreis entrichteten.

Am vorigen Donnerstag erschien das im Berliner Format konzipierte Produkt zum ersten Mal an den Kiosken, und die Leute rissen es sich aus *den Händen. Kahn hatte die Latte für* seinen Debütanten hoch angesetzt und 300 000 Exemplare drucken lassen. In aller Eile mußten 80 000 nachgedruckt werden, um der Nachfrage entsprechen zu können.

Dabei kostet das Blatt immerhin 20 Franc (sieben Mark) und fügt sich damit in die Reihe der großen internationalen Luxusmagazine wie „Vogue" oder „Fortune" ein. Aber Kahn ist überzeugt, daß der Preis kein Hindernis für den Käufer ist. „*Unter dem Gestehungspreis verkaufen* ist das Gegenteil von Freiheit", sagt er. Und mit 60 000 verkauften Exemplaren pro Nummer spielt er angeblich seine Kosten ein.

„Freiheit" ist auch das Stichwort, mit dem Kahn seine Aktionäre hinter dem Ofen hervorlockte. Kahn ist der Mann, der in den sechziger Jahren unzählige Rundfunksendungen moderierte, brillante Kommentare zur Tagesaktualität lieferte, gefürchtet scharfe Interviews mit allen Größen der politischen Nomenklatura veranstaltete, Fernsehsendungen von umwerfender Komik kreierte, zwei Tageszeitungen als Chefredakteur leitete und im letzten Jahr mit der Idee flirtete, den Vorsitz einer neuen liberalen Partei zu übernehmen, um die Politik Frankreichs um eine bisher unbekannte Nuance zu bereichern. Einmal mehr hat er jetzt seinen sicheren Instinkt für die Entwicklung der öffentlichen Meinung bewiesen.

Kahn behauptet, die Franzosen seien übersättigt von Politik und Ideologie. Sie sähen sich in keiner der angebotenen Parteien vertreten und wendeten sich ab vom ewig gleichen Einerlei des Tagesdialogs.

Das wird ihm in letzter Zeit auch zunehmend von durchaus seriösen Meinungsforschungsinstituten bestätigt und veranlaßte die angesehene Wochenzeitung „Express" im vorigen Sommer zu einer weithin beachteten Sondernummer über das Phänomen.

In seinem ersten Leitartikel stößt Kahn in diese neuentdeckte politische Landschaft vor. „Unsere Zeitung wird das Vehikel jener sein, die anders denken wollen", verkündet er.

Und weiter: „Wir unterwerfen uns keiner dominierenden Ideologie und keiner Tagesmode, wir weigern uns, am Dauerbürgerkrieg zwischen rechts und links teilzunehmen, wir bleiben hoch über dem Gemenge. Wir haben die Nabelschnur zu Papa Marx, Onkel Fidel und Tante Maggie abgeschnitten und werden einen Journalismus praktizieren, der keinerlei Prioritäten mehr setzt. Denn Prioritäten schränken die Freizügigkeit ein."

Hier findet sich der Antikonformismus, der Kahns ganze Laufbahn durchzieht und ihm immer wieder die Feindschaft seiner Arbeitgeber zuzog. Kein Journalist Frankreichs ist so oft gefeuert worden wie er. Der umwerfende Erfolg seiner Erstlingsnummer scheint indes, selbst wenn man den Neugier-Effekt abzieht, die Gängigkeit seines Konzepts zu beweisen.

„Anders sein" wollte auch der Poli*tiker Michel Jobert, aber der unstete* Wanderer zwischen Gaullismus und Sozialismus scheiterte und findet sich heute in der Wüste wieder. Sollte Kahn reüssieren, wird Bewegung in den an Auszehrung leidenden französischen Pressemarkt kommen.

Chinas Armee soll verkleinert werden

SAD, London

Die 4,2 Millionen Mann starke chinesische „Volksbefreiungsarmee", die zahlenmäßig größte Streitmacht der Welt, soll personell verringert werden. Das hat Chinas starker Mann, Deng Xiaoping, angeordnet, der den Vorsitz in der Militärkommission der KP Chinas innehat. Wie die Londoner „Financial Times" gestern aus Peking berichtet, hat Deng verfügt, daß Militärpersonal, Rüstungsmaterial und Verteidigungsanlagen, die „überzählig" sind, zur Entwicklung der zivilen Wirtschaft des Landes eingesetzt werden.

Die Reformen in den Streitkräften aller Waffengattungen – Abbau überschüssiger Stärke, Herabsetzung des Durchschnittsalters militärischer Führungskräfte und bessere Förderung begabten Führungsnachwuchses – seien erforderlich, um das Ziel der Vervierfachung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion bis zur Jahrhundertwende zu erreichen, äußerte Deng. „Es gibt noch einen wichtigeren Grund für den Abbau des überzähligen Personals in den Streitkräften", fügte er hinzu, „nämlich die qualitative Verbesserung der Volksbefreiungsarmee."

Deng forderte außerdem die Luftwaffe auf, zur Entwicklung der Zivilluftfahrt beizutragen. An die Kriegsmarine appellierte er, ihre Häfen und Umschlaganlagen auch der Handelsschiffahrt zur Verfügung zu stellen.

Papandreou hat die Wahlen im Visier

Attacken gegen Mitsotakis und den Westen sollen von eigenen Mißerfolgen ablenken

E. ANTONAROS, Athen

Das Telegramm aus Bonn, gerichtet von Bundeskanzler Helmut Kohl an den griechischen Oppositionsführer Konstantin Mitsotakis, kam dem Athener Ministerpräsidenten Andreas Papandreou sehr gelegen.

Den Vorwurf einer „ungeheuerlichen und unakzeptablen Einmischung in die Angelegenheiten Griechenlands" hat Kohl zwar eingesteckt. Doch der Bundeskanzler mußte nur als Munition in der innenpolitischen Schlammschlacht herhalten, die seit einigen Wochen in Griechenland aufs heftigste im Gange ist. Im Visier hatte Papandreou eigentlich seinen Erzrivalen Mitsotakis von der oppositionellen „Neuen Demokratie", der ihn fast täglich herausfordert und seine Popularität in Frage stellt.

Spätestens im Oktober 1985 wird in Griechenland die nächste Parlamentswahl stattfinden. Und in diesem letzten Amtsjahr geht es Papandreou – das wird von Tag zu Tag deutlicher – nur noch um seine Wiederwahl – und zwar um jeden Preis.

Mit dem Angriff auf Kohl verfolgte Papandreou ein Doppelziel: Zum einen will er auf bewährte Art durch seine gezielten und wohlüberlegten Attacken gegen den Westen die Auf*merksamkeit des griechischen* Publikums von der keineswegs guten innenpolitischen Lage ablenken. Andererseits betreibt er dadurch eine systematische Diskreditierung seines Gegners Mitsotakis, indem er angeblich dessen Querverbindungen zu den westeuropäischen und amerikanischen Konservativen offenlegt.

Indem Papandreou immer wieder die Loslösung Griechenlands vom „Diktat des Westens" auf seine Fahnen schreibt, den griechisch-türki*schen Dauerkonflikt überdramati*siert und das Nichtstun Amerikas in der festgefahrenen Zypern-Frage systematisch aufs Korn nimmt, schürt er in Griechenland einen sehr nationalistisch gefärbten Patriotismus, der viele Anhänger auch rechts von der Mitte zu haben scheint.

Papandreous Rechnung ist bisher fast immer aufgegangen. Aber die Griechen sind ernüchtert nach drei nicht gerade erfolgreichen Regierungsjahren und einem bislang ausgebliebenen, aber weiterhin versprochenen „großen Wandel" – jetzt braucht Papandreou auf einmal vier Amtsperioden zur Verwirklichung seines Regierungsprogrammes. Dem lautstarken Aktionismus und den angeblichen Errungenschaften in allen Bereichen hinkt nämlich die griechische Realität hinterher. Die Inflationsrate ist mit 18 Prozent die höchste im EG-Raum. Mindestens 300 000 Griechen sind arbeitslos, Griechenlands Auslandsschulden nehmen ständig zu, die Industrieproduktion geht zurück, Investitionen finden bestenfalls im Planungsstab des Wirtschaftsministeriums statt.

Hinzu kommt, daß die „Neue Demokratie" seit gut zwei Monaten mit Mitsotakis einen neuen Parteichef hat, der neues Leben in die bisher eher ideenlos geführte Partei gebracht hat. Mitsotakis, Papandreou an Charisma und persönlicher Ausstrahlung ganz bestimmt nicht unterlegen, versucht das rechtslastige Erscheinungsbild seiner Partei abzuschütteln und hat bisher nicht einmal die Konfrontation mit dem mächtigen rechten Flügel gescheut. Seine Marschroute: Griechenland braucht Reformen – aber es wäre töricht, sie allein Papandreou und seinen sozialistischen Träumen zu überlassen.

Daß Mitsotakis Papandreou nicht in Ruhe läßt und dazu noch die zahlreichen Wechselwähler umwirbt, bereitet Sozialisten offenkundig große Sorgen: Bereits bei den Europawahlen im Juni war der Abstand zwischen den Sozialisten und der Neuen Demokratie von 13 auf vier Prozent geschrumpft, obwohl damals mit dem früheren Verteidigungsminister Averoff ein müder und alter Mann den Konservativen vorstand.

Seit seiner Wahl zum Parteichef wird Mitsotakis von Papandreou als „Verräter" und als „Werkzeug des Imperialismus und des Großkapitals" gebrandmarkt. Systematisch ist Papandreou bemüht, seinen Rivalen als einen vertrauensunwürdigen Politiker zu präsentieren.

Auch mit der Attacke gegen Kohl wollte er nur suggerieren, daß Mitsotakis der Wunschpremier Washingtons und Bonns und daher für die Griechen völlig unakzeptabel ist. Doch gerade diese gezielten Anschwärzungsversuche zeigen dem Wähler, daß Papandreou Mitsotakis als Gegner sehr ernst nimmt. (SAD)

Italien wehrt sich gegen deutschen Alleingang

Lösung für Katalysator-Auto im europäischen Rahmen empfohlen / WELT-Gespräch mit Umweltminister Biondi

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Vor einem deutschen Alleingang im Bereich des Katalysator-Autos hat der italienische Umweltminister Alfredo Biondi in einem Gespräch mit der WELT gewarnt. Eine Lösung des Problems der Luftverschmutzung durch Autoabgase muß seiner Meinung nach „gemeinsam mit der Industrie" im europäischen Rahmen gefunden werden.

Der Minister äußerte die Hoffnung, daß es in dieser Frage nicht zu einem offenen Konflikt zwischen Bonn und der Brüsseler EG-Kommission kommen werde. Gleichzeitig warnte er aber, daß die italienische Regierung bei einem etwaigen Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof wahrscheinlich eine „gemeinschaftskohärente" Haltung einnehmen werde. Der Kampf gegen die Umweltverschmutzung sollte in Europa zu einem „Motiv der Union", nicht zu einem „nationalistischen Motiv" werden. Denn: „Die Verschmutzung kennt keine nationalen Grenzen."

Nach Gesprächen mit den Bundesministern Schneider, Bangemann und Zimmermann, die kurz hintereinander aus Bonn an die römische „Katalysator-Front" geschickt worden waren, umriß der aus der Liberalen Partei kommende Biondi der WELT gegenüber die Position seines Landes: „Ich glaube, Italien sollte eine kollegiale Stellung beziehen. Wir hoffen, daß Deutschland nicht einseitig vorgeht. Das wäre meiner Meinung nach ein Irrtum. Italien würde in diesem Falle eine gemeinschaftskohärente Haltung einnehmen. Für gemeinsame Probleme bedarf es gemeinsamer Lösungen.

Als Umweltminister, so fuhr Biondi fort, verstehe er den dringenden deutschen Wunsch, eine Lösung zu finden. „Aber ich bin nicht der einzige Minister. Es gibt auch noch die Minister für Industrie, für Staatsbeteiligung und für Gesundheit, von denen jeder seine ressortspezifischen Probleme in dieser Frage hat. Ich trete auf das Gaspedal. Aber es ist nicht gesagt, daß diejenigen, die auf die Bremse treten, nicht ihre begründeten Sorgen hinsichtlich der unzureichenden Erprobung des Katalysators hätten. Wir denken mehr daran, die Sache vom Motor her anzugehen, weil wir meinen, das System der mageren Verbrennung sei günstiger."

In Italien gebe es in der ganzen Frage Probleme mit der Industrie. „Ich als Umweltminister meine zwar nicht, daß man sich der Industrie unterwerfen müßte. Aber man muß gemeinsam mit der Industrie eine europäische Lösung finden."

Eine solche Lösung sei um so dringender, als das Katalysator-Problem sonst für Italien auch noch zu einem touristischen Problem werden könnte. „Für uns besteht ein doppeltes Interesse: Die Luft sauber und die Deutschen in Italien zu haben."

Als das drückendste Umweltproblem Italiens bezeichnete der Minister die Wasserverschmutzung. Auch hier droht die negative Auswirkung auf den Tourismus. Kürzlich wurde bekannt, daß von den seit 1976 gesetzlich vorgeschriebenen Filteranlagen für Abwässer im ganzen Land bisher angeblich nur acht Prozent funktionieren. Biondi hat jetzt von allen Regionen Berichte angefordert. Die bereits vorliegenden zeigen nach Darstellung des Ministers, daß der Stand der Abwässerfiltrierung von Region zu Region sehr unterschiedlich ist.

Große Sorge bereitet die Verschmutzung der Adria. Dazu Biondi: „Die Adria ist ein Meer von durchschnittlich nur 80 bis 90 Meter Tiefe. Sie ist sehr flach, und die Wasserumwälzung ist deshalb sehr bescheiden. Fünfzig bis sechzig Prozent der in die Adria strömenden Abwässer kommen aus dem Po. An den giftstoffhaltigen Abwässern ist die Industrie nur zu fünf Prozent beteiligt. 26 Prozent gehen auf das Konto der Landwirtschaft, 36 Prozent auf dasjenige der Gemeinden und weitere 26 Prozent werden durch die Viehzucht verursacht." Nach Meinung Biondis muß man vor allem auf drei Gebieten aktiv werden: in der Landwirtschaft, über die beträchtliche Mengen von Phosphatstoffen aus Düngemitteln ins Meer gelangten; in den Großstädten, wo angemessene Filteranlagen gebaut werden müßten; bei der Bevölkerung, die zu umweltbewußteren Verhalten erzogen werden müsse. So gebe es viele Kleinbetriebe, die nicht unter die gesetzlichen Bestimmungen für die Abwässerfiltrierung fielen, zusammen aber eine beträchtliche Abwässermenge hätten.

In der italienischen Regierung, so versicherte der Minister, sei man sich der Dringlichkeit des Umweltschutzes bewußt, „auch wenn wir leider etwas spät dran sind, wenn wir, wie Radfahrer bei einem Verfolgungsrennen, etwas zurückliegen". Aber, so fuhr er fort: „Das Umweltbewußtsein wächst, und der Umweltschutz ist kein Thema der Polemik, wie in Deutschland."

Freilich habe der „Faktor Kosten" sein Gewicht. Zu den Kosten gehöre auch die Sorge um Arbeitsplätze, die bei einer zu hohen Belastung der Wirtschaft mit Umweltauflagen verlorengehen könnten.

Alfonsin will die Blockfreien führen

Die Bewegung nach Indira Gandhi / Argentiniens Präsident setzt Zeichen

MANFRED NEUBER, Bonn

Der argentinische Präsident Raúl Alfonsin strebt offensichtlich die Nachfolge Indira Gandhis im Vorsitz der Blockfreien-Bewegung an. Diese Absicht verfolgte er schon vor dem Mord an der indischen Ministerpräsidentin, die auf dem siebenten Gipfeltreffen der Blockfreien im März 1983 in Neu-Delhi mit der Führung der Gemeinschaft blockfreien Staaten betraut worden war. Sie löste damals den kubanischen Staats- und Parteichef Fidel Castro ab.

Unter ihrer Ägide sollte die Bewegung der Blockfreien zu den Idealen ihrer Gründer Nasser, Nehru und Tito zurückkehren und sich von dem Odium befreien, ein Satrap der Sowjetunion zu sein. In diese Lage hatte Castro die Länder der Dritten Welt manövriert.

Mit Indira Gandhi an der Spitze hatten die Blockfreien wieder ein gewisses Maß an Glaubwürdigkeit erlangt. Allerdings vermochte auch sie keine Äquidistanz der Blockfreien zu den beiden Supermächten herzustellen. In dem Zusammenschluß von hundert Staaten, vorwiegend der südlichen Halbkugel, gibt eine radikale, meist prosowjetische Minderheit den Ton an. Das ist ein Grund dafür, warum vertretbare Forderungen der Dritten Welt im Westen weniger Gehör finden, als sie eigentlich verdient hätten.

Alle Appelle der Blockfreien, Friedenszonen und -meere zu schaffen, klingen hohl, solange sie nicht imstande sind, kriegerische Auseinandersetzungen untereinander zu verhüten oder wie im Fall des iranisch-irakischen Krieges beizulegen. Die meisten Kriege der letzten zwanzig Jahre fanden zwischen Mitgliedern der Blockfreien statt.

Das Eintreten für die Prinzipien der Blockfreiheit, wie einseitig sie auch zuweilen ausgelegt wurden, kann als „heilige Kuh" der indischen Außenpolitik gelten. Über die Blockfreien-Bewegung vermochte sich Indien zu einer führenden Macht zu erheben. Ging es Nehru aber noch um das moralische Credo der Blockfreiheit, so verband die Tochter damit Ziele eigener Machtpolitik.

Mit dem Amt des Premierministers des Landes, in dem die letzte Konferenz der Blockfreien abgehalten wurde, ist nun für die verbleibende Zeitspanne bis zum nächsten Gipfeltreffen auch der Vorsitz dieser Bewegung an Frau Gandhis Sohn Rajiv übergegangen. Die Probleme des eignen Landes werden ihn jedoch daran hindern, für die Blockfreien aktiv zu werden.

Wie schon Juan Domingo Perón will jetzt der zivile Präsident Argentiniens Raúl Alfonsin eine führende Rolle in der Dritten Welt übernehmen und so das Ansehen seines Landes auf internationaler Ebene heben. Auf den ersten Blick spricht freilich der geographische Turnus gegen ihn: Bis 1983 lenkte mit Castro ein Lateinamerikaner die Blockfreien.

Alfonsin förderte seine Ambition durch bilaterale Erklärungen für die Abrüstung mit Indien, Griechenland, Mexiko, Schweden und Tansania. Vor der UNO-Vollversammlung schlug er einen internationalen Feldzug für den Frieden und gegen den Hunger in der Welt vor. Dabei forderte er eine neue Weltwirtschaftsordnung, womit er bei den Blockfreien auf wohlwollendes Interesse stieß.

Auf der gleichen Linie lagen seine Ansprachen vor dem Europaparlament in Straßburg und beim Internationalen Fonds für Agrarentwicklung in Paris. Nach einem Treffen mit dem algerischen Präsidenten Chadli Benjedid kündigte er für Januar einen Besuch in Indien an. Alfonsin will den Falkland-Streit zu seinem „Wahlschlager" um den Vorsitz der Blockfreien machen. Daß er dieses Jahr in der engeren Wahl für den Friedensnobelpreis stand, dürfte seine Chancen in der Dritten Welt erhöhen.

Ein großes, erfülltes Leben ist zu Ende gegangen.

Horst Bentz

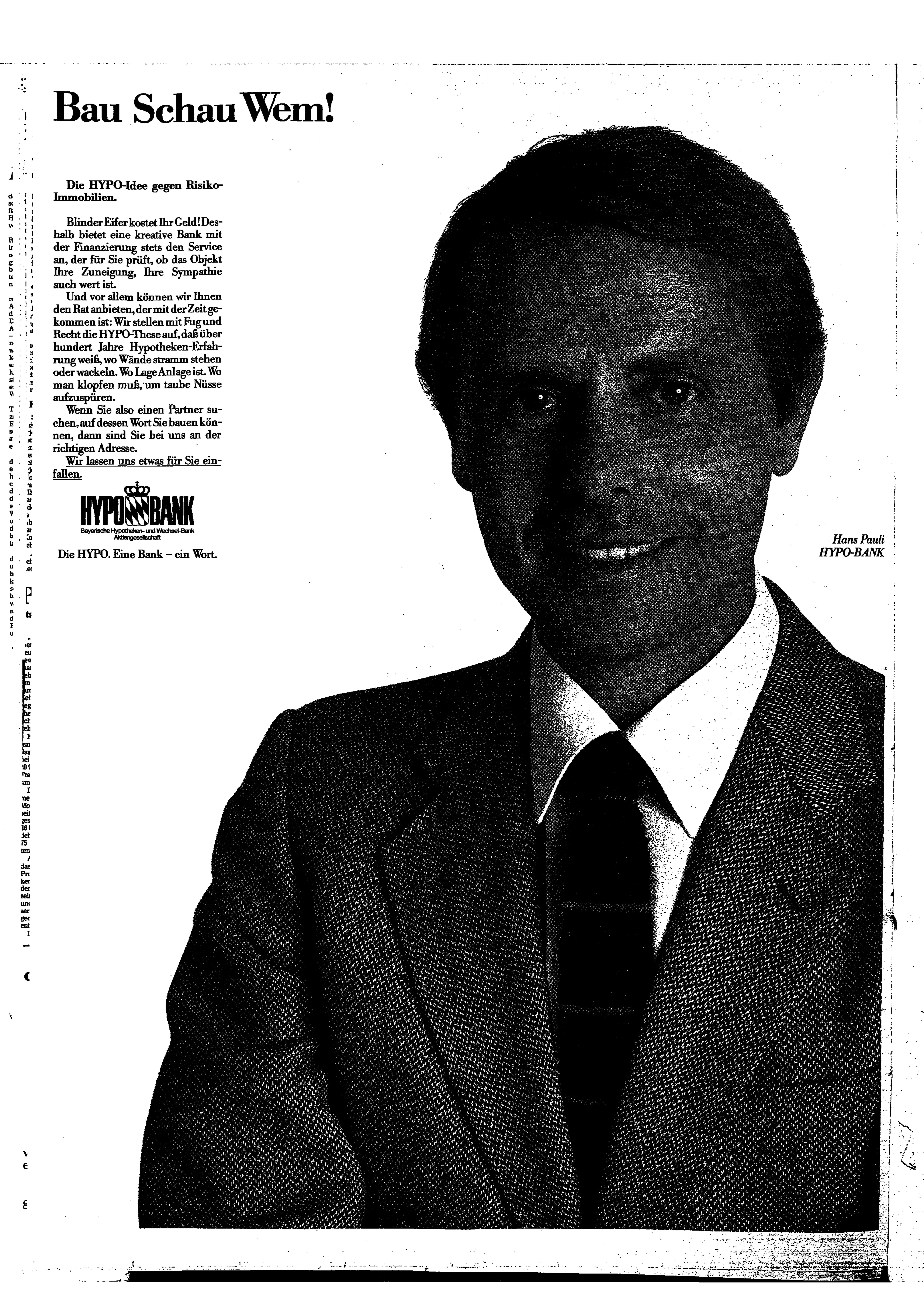
* am 27. 5. 1904 † am 9. 11. 1984

In stiller Trauer:

Die Familie

Die Trauerfeierlichkeiten finden in der Schweiz im engsten Familien- und Freundeskreis statt.

Ascona, den 9. November 1984



Bau Schau Wem!
Die HYPO-Idee gegen Risiko-Immobilien.
Blinder Eifer kostet Ihr Geld! Deshalb bietet eine kreative Bank mit der Finanzierung stets den Service an, der für Sie prüft, ob das Objekt Ihre Zuneigung, Ihre Sympathie auch wert ist.
Und vor allem können wir Ihnen den Rat anbieten, der mit der Zeit gekommen ist: Wir stellen mit Fug und Recht die HYPO-These auf, daß über hundert Jahre Hypotheken-Erfahrung weiß, wo Wände stramm stehen oder wackeln. Wo Lage Anlage ist. Wo man klopfen muß, um taube Nüsse aufzuspüren.
Wenn Sie also einen Partner suchen, auf dessen Wort Sie bauen können, dann sind Sie bei uns an der richtigen Adresse.
Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.
HYPO BANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.
Hans Pauli
HYPO-BANK

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Verdienter Brückenbauer

Sehr geehrter Herr Cramer,

Ihren Nachruf auf den großen Gelehrten Carl Joachim Friedrich, GEISTIGE WELT vom 20. Oktober 1984, möchte ich um eine Facette ergänzen:

Carl J. Friedrich hat in einer Zeit (1923), in der die internationale geistige Isolierung Deutschlands als Folge des Ersten Weltkriegs noch ganz und gar nicht ausgestanden war, einen wesentlichen, zukunftsträchtigen Impuls zur Wiederbelebung der Auslandskontakte der deutschen Wissenschaft gegeben. Er begründete, damals Student am Heidelberger Institut für Sozial- und Staatswissenschaften unter Alfred Weber, zusammen mit Arnold Bergsträsser aus dem Geist der Jugendbewegung einen deutsch-amerikanischen Studentenaustausch, durch den im Herbst 1924 erstmals 13 deutsche Studenten an amerikanische Universitäten und eine entsprechende Anzahl amerikanischer Studenten an deutsche Universitäten vermittelt wurden. Die außerordentlich mühsame Akquisition der Freistellen in den Vereinigten Staaten war allein Friedrichs Werk. Der Erfolg seiner Aktion läßt sich daran ablesen, daß er u. a. Stipendien für so renommierte Universitäten wie Columbia, Johns Hopkins, Cornell und Yale anbieten konnte. Die Auswahl der 13 deutschen Studenten, unter ihnen die später zu hohem Ansehen gelangten Gelehrten Eduard Baumgarten und Alfred Vagts, besorgte er zusammen mit Bergsträsser unter Beteiligung Edgar Salins und mit Unterstützung Alfred Webers.

Diese unter den damaligen politischen Umständen gar nicht hoch genug einzuschätzende private Initiative entwickelte sich im Lauf einer wechselvollen Geschichte, an der Friedrich dann nur noch marginalen Anteil hatte, zu einer der wichtigsten Organisationen der deutschen auswärtigen Kulturpolitik, nämlich dem heutigen „Deutschen Akademischen Austauschdienst".

Friedrich war sich, wie ich aus zwei ausführlichen Gesprächen in Brüssel und in Basel zu Beginn der siebziger Jahre weiß, dieses seines historischen Verdienstes um die deutsche Wissenschaftsförderung sehr wohl bewußt.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. V. Laitenberger,
Bonn

Provokation

Sehr geehrter Herr Gillies,

zweimal wurde die Anpassung verschoben, die letzte „Erhöhung" erbrachte – in Verbindung mit der Preissteigerung – real 0,7 Prozent weniger als vorher. Die diesmalige Regelung vermindert das Realeinkommen noch beträchtlicher. Da ist es Blasphemie, Provokation und Zynismus, von „Erhöhung" zu sprechen – zumal dann, wenn die Diäten im Frühjahr um 4,5 Prozent erhöht wurden und die gleiche Steigerung noch für dieses Jahr angekündigt wurde.

Ich halte es für möglich, daß das – zwingend erforderliche – Ziel der Haushaltssanierung erreicht wird. Aber die Akteure selbst tragen dazu keinen Heller bei. Im Gegenteil, sie partizipieren noch an der Diätenerhöhung. Weshalb begnügen sie sich nicht mit ihrem Grundgehalt und verzichten auf die zahlreichen Zulagen einschließlich der Diäten (oder umgekehrt, sie führen damit wahrscheinlich besser).

Die Folgen für 1987 liegen doch auf der Hand: entweder große oder rotgrüne Koalition.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. G. Baumann,
München 71

Nicht zutreffend

„Grüß mich nicht unter den Linden des Kanzleramtes"; WELT vom 5. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

in seinem lesenswerten Beitrag geht Peter Gillies offenbar von der nicht zutreffenden Annahme aus, Angehörige des öffentlichen Dienstes, die sich um ein Mandat im Bundestag oder in einem Landesparlament bewerben, würden für den Wahlkampf „bei vollen Bezügen vom Dienst freigestellt". Er meint, u. a. dadurch sei es „zu dem beklagenswerten Zustand gekommen, daß die Parlamente von Interessen des öffentlichen Dienstes dominiert werden".

Demgegenüber ist zu bemerken, daß Paragraph 89 Abs. 2 Satz 2 des Bundesbeamtengesetzes Bundesbeamten zur Vorbereitung ihrer Wahl lediglich einen Anspruch auf Urlaub unter Wegfall der Dienstbezüge innerhalb der letzten zwei Monate vor dem Wahltag einräumt.

Eine gleichlautende Bestimmung enthält Paragraph 33 Abs. 1 des Beamtenrechtsrahmengesetzes für die Beamten der Länder und der Gemeinden. Entsprechende Regelungen gelten auch für Richter, Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit. Diese Vorschriften sind durch das Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages vom 18. 2. 1977 (BGBl. I S. 297), mit dem der Gesetzgeber Konsequenzen aus dem sogen. Diätenurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 5. 11. 1975 gezogen hat, in die dienstrechtlichen Gesetze eingefügt worden.

Mit freundlichen Grüßen
H. Dietrich,
Bonn 1

Wort des Tages

„Der Ruhm, welcher vor denen flieht, die ihn suchen, folgt denen nach, die sich nicht um ihn bemühen."

Jacob Burckhardt; Schweizer Kunsthistoriker (1818–1897)

Am Beispiel

Bei den Diskussionen und Leserbriefen über eine Tempobegrenzung auf Autobahnen wurde folgender Aspekt noch nicht beachtet: Hat das bereits seit Jahren in unseren Nachbarländern bestehende Autobahn-Tempolimit die Waldschäden dort verhindert? Wie bekannt, ist das Waldsterben dort nicht geringer als bei uns, sondern teilweise noch verheerender.

Mit freundlichen Grüßen
U. Spahr,
Elmshorn

Personalien

EHRUNGEN

Mit dem Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ehrte Berlins Kultursenator **Volker Hassemer** einen der rührigsten und engagiertesten Franzosen in Berlin: **Philipp Magère**, Direktor des „Institut Français de Berlin". Er leitet diese Einrichtung seit 1978 und bekam die Auszeichnung für seine Förderung der kulturellen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich.

*

Dem stellvertretenden Hauptgeschäftsführer der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens, **Hans Dieter Richardt**, wurde der Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Das Interesse des Volljuristen gilt vor allem dem Gebiet der sozialen Sicherung in all seinen Ausgestaltungen. Infolgedessen führte ihn sein Engagement in eine Reihe von verantwortungsvolle Positionen der sozialen Selbstverwaltung.

VERANSTALTUNG

Gleich zweimal war die Bayerische Landesvertretung ein Ort der Vorstellung: Oberbayern und die Steiermark. Gastgeber dieser vor allem auf lukullische Genüsse abgestellten Abende war Bayerns Statthalter in Bonn, Staatsminister **Peter Schmidhuber**. Die Oberbayern warben mit dem Spruch: Ao „Wo hischaugst Hoamat", „Wo du hinschaust: Heimat". Zum Selbstbewußtsein Oberbayerns gehört auch der Hinweis, daß allein 44 UNO-Staaten kleiner seien als Oberbayern. Der „Bezirksverwaltung" Oberbayern fällt vor allem die Trägerschaft von Spezialkliniken, Fach- und Sonderschulen zu.

Wo Wein wächst, wo das Bier guten Ruf genießt, da blüht auch die Kochkunst. Den Beweis blieb die Steiermark nicht schuldig, als sie sich in Bonn als Österreichs „vielfältigstes Bundesland" vorstellte. Die Steiermark biete aber auch ideale Bedingungen für Industrieansiedlungen und Tourismus, wie Landesrat (Minister) **Helmut Heidinger** in Anwesenheit des österreichischen Botschafters in Bonn, **Willibald Pahr**, hervorhob. Peter Schmidhuber schob jegliches Konkurrenzdenken weit von sich und gestand den Nachbarn zu, die „Japaner Europas" zu sein.

In den Morgenstunden des 7. November 1984 ist mein innigstgeliebter Mann, unser gütiger, lieber Vater, Schwiegersohn, Schwiegervater, Großvater, unser Bruder und Schwager

Hans Kilb

Komtur des Ritterordens des Heiligen Gregorius Magnus

* 15. 5. 1910 † 7. 11. 1984

heimgegangen in den Frieden Gottes.

In tiefer Trauer
Lieselotte Kilb geb. Bertling
Lenore Maineri-Kilb und Mario Maineri mit Claudio und Lorenzo
Jan Kilb und Helga Kilb geb. Zauner
Dr. Katrin Colombo-Kilb und Dr. Luigi Colombo mit Claudia
Willi und Katharina Kilb
Gerda Banna
Otto und Marie Bertling

5414 Vallendar, Bergweg 24

Die Beisetzung hat im engsten Kreise stattgefunden.

Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

„Nicaragua darf kein zweites Kuba werden“

● Fortsetzung von Seite 1

die italienische sf-260, erreicht die Schallgeschwindigkeit. In diplomatischen Kreisen Managuas kursieren Gerüchte, daß die Sandinisten im Oktober tschechoslowakische Trainermaschinen des Typs L-39 erhalten hätten, die auf dem von kubanischen Baubrigaden errichteten Stützpunkt Puna Huete nordöstlich der Hauptstadt stationiert worden seien.

Die Luftwaffe der Sandinisten wächst rasch. Der sowjetische Frachter „Bakuriani“ brachte nach letzten Informationen in Managua und Washington Radaranlagen und Hubschrauber, angeblich auch moderne *Kampfhubschrauber* des Typs Mi-24, den die Sowjets in Afghanistan einsetzen. Wenn die Comandantes einmal MiG-21 erhalten, besitzen sie auch die stärkste Luftwaffe der gesamten Region. In der Luft sind die Honduraner noch überlegen.

Die Comandantes verteidigen ihre Aufrüstung mit dem Argument der inneren und äußeren Bedrohung. Sie hätten den Kampf gegen die „Contras“ zu bestreiten und müßten sich auf die Möglichkeit einer amerikanischen Intervention vorbereiten. Juntachef Daniel Ortega sagte schon so oft ein militärisches Eingreifen der USA voraus, daß die meisten Nicaraguaner diese Warnungen kaum noch ernst nehmen. Die anderen Regierungen der Region glauben dagegen, daß das militärische Potential der Sandinisten die Erfordernisse der Selbstverteidigung weit überschreitet. Tatsächlich wolle Managua die Nachbarn einschüchtern. Der salvadorianische Präsident José Napoleon Duarte erklärte letzte Woche in einem „WELT“-Interview: „Mit oder ohne MiGs sind diese Leute eine Bedrohung für uns.“ (SAD)

Der Bundeskanzler setzt auf die Erfahrungen von Schäuble

Aufgabenverteilung im Bundeskanzleramt neu zugeschnitten / Kein „Superminister“

STEFAN HEYDECK, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat sein Kabinett erweitert. Gleichzeitig hat er die Organisationsstrukturen und die Aufgabenverteilung im Bundeskanzleramt neu zugeschnitten. Zur Begründung seiner Entscheidung sagte der Kanzler gestern, seine „Erfahrungen“ hätten ihm gezeigt, daß die politische Koordination der Arbeit sowohl innerhalb der Regierung als auch zwischen der Regierung und den beiden Fraktionen „am effektivsten von einem Bundesminister“ bewältigt werden könne. Dies gelte auch für das Verhältnis zwischen dem Bund und den Ländern. Hier gehe es um die „Problemstellung einer Koalitionsregierung“ angesichts der „besonderen Situation“, daß CDU/CSU und FDP sowohl im Parlament als auch im Bundesrat die Mehrheit bildeten.

FDP sprach von Pannen

Eine Woche nach der Wahl des Staatsministers im Kanzleramt, Philipp Jenninger, zum Nachfolger des wegen der Flick-Affäre zurückgetretenen Bundestagspräsidenten Rainer Barzel hatte Kohl gestern vor Journalisten in Bonn angekündigt, er werde den bisherigen ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, Bundespräsident Richard von Weizsäcker als 17. Minister zur Ernennung vorschlagen (WELT v. 12. 11.). Schäuble soll dann am Donnerstag im Parlament vereidigt werden.

Kohl hat die Berufung von Schäuble (42) zum Bundesminister mit dessen Ernennung zum Chef des Bundeskanzleramts verbunden. Das bedeutet eine weitgehende Aufgabenverschiebung zu ungunsten von Staatssekretär Waldemar Schreckenberger (50), der bisher die Leitung der Regierungszentrale innehatte. Nicht nur von der FDP war in der jüngsten Zeit wiederholt Kritik an Schreckenberger geübt und ihm die Verantwortung für „Pannen“ zugewiesen worden.

Er habe schon „vor einiger Zeit über Veränderungen auch in diesem Bereich nachgedacht“, sagte Kohl. Jetzt habe er nach Abstimmung mit den Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Koalition den Wechsel von Jenninger zum Anlaß für seinen Schritt genommen. Als Minister und Amtschef wird Schäuble künftig die politische Verantwortung tragen und die Verwaltungsaufsicht in der 477 Mitarbeiter zählenden Behörde ausüben. Ausdrücklich wies Kohl zurück, daß Schäuble eine Art „Superminister“ werden könne. Es gebe „einen Vizekanzler, und der ist Hans-Dietrich Genscher“. Schäuble sei „ein Teil des gesamten Teams“.

Er habe, so der Kanzler, Schäuble als Minister vorgeschlagen. Dabei habe es „keine Bedingungen“ gegeben. Schäuble soll wie zuvor Jenninger unter anderem für den Bereich der Deutschlandpolitik zuständig sein. Mit diesem Gebiet sei er bereits als Parlamentarischer Geschäftsführer befaßt gewesen. Er habe hier auch schon Aufträge für ihn wahrgenommen, teilte Kohl mit. Gleichzeitig betonte er, daß es im Verhältnis zu dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, „keine Probleme“ geben werde.

Der Neuorganisation des Kanzleramtes und der neuen Aufgabenverteilung habe Schreckenberger „ausdrücklich zugestimmt“. Der Staatssekretär werde ihm „unmittelbar zugeordnet“ sein. Künftig soll Schreckenberger insbesondere für die Koordinierung in den Bereichen Europapolitik, Medien und Kommunikationstechnik zuständig sein. Dazu sagte der Kanzler, er wolle „einen neuen Anlauf zur politischen Integration“ Europas machen. Es sei deshalb ungeachtet der Federführung des Auswärtigen Amtes „wichtig“, daß er hier „einen Mann im Bundeskanzleramt“ habe. Auch bei der Medienpolitik brauche er „einen Mann meines Vertrauens“.

Umbildung nicht akut

Von diesen personellen und organisatorischen Veränderungen blieben, so der Kanzler, Staatsminister Friedrich Vogel und der Parlamentarische Staatssekretär Peter Lorenz „unberührt“. Auch Horst Teltschik werde stellvertretender Amtschef bleiben. Auf die Frage nach einer Kabinettsumbildung, zu der es möglicherweise im nächsten Frühjahr kommen soll, sagte Kohl: „Das ist kein Thema, das sich jetzt für mich stellt.“ Ähnlich reagierte er auch auf die Frage, ob im Zusammenhang mit der Berufung des CDU-Politikers Schäuble zum Minister er der immer wieder geäußerten Forderung der CSU nach einem dritten, von ihr zu benennenden Regierungssprecher nachkommen wolle.

Über Schäubles Nachfolger als erster Parlamentarischer Geschäftsführer beriet gestern der Vorstand der CDU/CSU-Fraktion. Dieses Amt soll Rudolf Seiters (CDU), der bereits seit Oktober 1982 Parlamentarischer Geschäftsführer ist, übernehmen. Die Unionsabgeordneten sollen auf ihrer Sitzung heute nachmittag seiner Berufung zustimmen.

„SPD büßte einen Teil der geistigen Führung ein“

Oertzen: Godesberger Erneuerung am Ende ihrer Wirkung

PETER PHILIPPS, Bonn

„Die Wirkungen der Godesberger Erneuerung sind an ihrem Ende angelangt“, hat der sozialdemokratische Partei-Theoretiker Peter von Oertzen gestern in einer Grundsatzrede zum 25. Jahrestag des Godesberger Programms festgestellt. In der Bonner SPD-Zentrale machte er dafür auch „die allzu pragmatischen Konsequenzen“ verantwortlich, „die – gegen den Willen der Urheber des Programms – aus Godesberg gezogen worden sind“. Die sozialdemokratische Partei habe auf diese Weise „die geistige Führerschaft in unserer Gesellschaft teilweise eingebüßt“ und solle sich „in diesem Punkt nicht selbst betrügen“. Im linken wie im rechten politischen Spektrum würden heute „wichtige Diskurse ohne uns geführt“. Überlebt habe die Hoffnung „auf eine Gesellschaft, worin die freie Entwicklung eines jeden die Voraussetzung für die freie Entwicklung aller ist“, zitierte von Oertzen aus dem Kommunistischen Manifest.

Neues Programm nötig

Die Vorstellung, daß das Godesberger Programm von 1959 zwar nicht „überholt“ ist, wohl aber „heute manches von Bedeutung anders ist als vor 25 Jahren und in der Partei das Bedürfnis weckt, unsere Politik darauf einzustellen“ (Brandt), behrrschte denn auch die Festveranstaltung. Es ging nur zum Teil um die Würdigung der Arbeit der Väter, es ging mehr um die Rechtfertigung der vom jüngsten Parteitag gegebenen Auflassung für ein neues Programm. Parteichef Willy Brandt, als junger Delegierter u. a. gemeinsam mit Helmut Schmidt Mitglied der Godesberger und heute Vorsitzender der neuen Programm-Kommission, machte dabei deutlich, „daß wir zwar kaum neue Grundwerte und Grundsätze, wohl aber ein neues Programm brauchen“. Die Hauptunterschiede zwischen 1959 und 1984 lägen darin, daß in Godesberg weder das inzwischen „sprunghaft gewachsene Erschrecken vor der akuten Bedrohung durch den Rüstungswahn“ noch die „Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen“ hätten angesprochen werden können, vor allem aber darin, „daß damals Zukunft als Fortschreibung bestehender Trends selbstverständlich erschien, während dies heute für uns nicht mehr vorstellbar ist“. Die Vorstellung „vom Menschen, der auszieht, sich die Erde untertan zu machen“, verliere an Glanz – daran ändere auch nichts, wie in den USA derzeit „unter hausbacken konservativem Vorzeichen die neue Zuversicht zelebriert wird und die alte Illusion Urstände feiert, daß alles machbar ist“.

Die Fragen der Ökonomie waren es, die auch durch solche Worte sehr schnell ins Zentrum der anschließenden Diskussion über Grundanforderungen an ein neues Programm gerieten. Worte wie „Krise des Kapitalismus“ fielen häufig, bis der Bundestagsabgeordnete Konrad Gilges aus dem Plenum Einspruch anmeldete: „Gibt es nicht eher eine Krise des demokratischen Sozialismus, weil wir keine Perspektiven mehr darstellen können?“ Ob denn die neue Programm-Diskussion nicht den gleichen Fehler mache, wie die für das Godesberger Programm: Nachvollzug von Entwicklungen statt des Aufzeigens von Perspektiven?

Perspektiven anbieten

Der Nestor der SPD-Wirtschafts- und Finanzpolitiker, Alex Möller, wies eine Perspektive, indem er Ökonomen wie Schumpeter und Keynes als „im Prinzip überholt“ bezeichnete: „Eine so technologisch entwickelte Gesellschaft wie die unsere muß an die Probleme von ganz anderen Grundlagen aus herangehen.“ Auch mit den „alten steuerlichen Vorstellungen kommen wir bei der technologischen Entwicklung nicht weiter und müssen uns davon radikal lösen“. Bei der betrieblichen Mitbestimmung müßten jetzt neue Lösungen gesucht werden, nicht erst wenn sich die neuen Strukturen und Formen wieder verfestigt hätten. Im übrigen sei das von der SPD-Bundestagsfraktion entwickelte Programm „Arbeit und Umwelt“ auch deshalb ein Beispiel für zukunftsweisende, richtige Diskussionen, weil es die „notwendige Realitätsbezogenheit“ besitze.

Erhard Eppler, der eine „Krise unseres Denkens über die Wirtschaft“ diagnostizierte und die „Dynamik unseres Monopolkapitalismus als höchst gefährlich“ bezeichnete, schwieg indigniert und verfiel mit geschlossenen Augen in die Pose des Denkers von Rodin, als ihn mit typisch österreichischer Direktheit der Vertreter der SPÖ, Karl Blecha, entgegnete, daß für seine Partei der „Austro-Keynesianismus“ immer noch unverzichtbar sei. Es gehe nicht um die Eigentums-, sondern um die „Entscheidungsverhältnisse“ in der Wirtschaft. Die Sozialdemokratie habe „Visionen und Perspektiven anzubieten, nicht nur zu verwalten“, denn aus dieser Verantwortung „stehlen sich die Konservativen und viele der Neuen Sozialen Bewegungen heraus“.

Jetzt sollten „Altwagen“ nachgerüstet werden

Anhörung in Bonn / Kosten zwischen 500 und 1500 Mark

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Für die meisten Autos in der Bundesrepublik Deutschland, die in den vergangenen vier bis fünf Jahren auf den Markt kamen, ist eine Senkung der Schadstoffemissionen um rund ein Drittel durch Nachrüstungsmaßnahmen möglich, deren Kosten nur 500 bis 1500 Mark ausmachen.

Dies ist ein Ergebnis der nichtöffentlichen Expertenanhörung, die gestern zu Möglichkeiten, Auswirkungen und Grenzen technischer Maßnahmen der Schadstoffminderung bei „Altfahrzeugen“ vor der CDU/CSU-Fraktion im Bundeshaus in Bonn stattfand.

Wie die umweltpolitischen Sprecher der Fraktion, Paul Laufs, Bernd Schmidbauer und Hermann Fellner, im Anschluß an die Anhörung vor der Presse erklärten, ist die Union zu der Überzeugung gelangt, „daß die inzwischen entwickelten Möglichkeiten zur Nachrüstung der schon zum Verkehr zugelassenen Autos schnellstens genutzt werden sollten“. Gedacht ist dabei, wie Laufs sagte, an die Abgasrückführung mit Neueinstellung der Zündung, an die nachgeschalteten Oxidationskatalysatoren und an eine Umstellung auf Flüssiggasbetankung. Nur bei der letzten Methode könnte der Kostenrahmen auf etwa 2000 Mark ansteigen, meinte der Abgeordnete. Von der „Nachrüstung“ könnten fünf bis acht Millionen Kraftfahrzeuge betroffen sein, die nach dem 1. Januar 1980 zugelassen wurden. Ihre Abgase könnten zwar leider nicht so weit wie bei Neufahrzeugen, doch „spürbar“ gesenkt werden.

Gedacht ist dabei ausschließlich an eine freiwillige Lösung, außerdem, wie die drei Abgeordneten betonten, nur im Zusammenwirken mit einer steuerlichen Förderung. Alle Sachverständigen, die an der Anhörung teilnahmen, hätten bestätigt, daß es „eine Reihe in Kürze einbaubarer Techniken gibt“. Zum Teilnehmerkreis gehörte der Verband der Automobilindustrie, die Repräsentanten der großen Autofabriken, der Bundesverband der Deutschen Industrie, der Zentralverband des Kraftfahrzeughandwerks, der Allgemeine Deutsche Automobilclub (ADAC), der Dachverband der Auto-Importeure und der Verband der Technischen Überwachungsvereine.

Je älter und je seltener ein Fahrzeugtyp sei, um so schwieriger werde eine deutliche Schadstoffminderung mit einem Aufwand, der im angemessenen Verhältnis zu Zeitwert oder noch verbleibender Nutzungsdauer stehe, hieß es. EG-rechtliche Hürden und das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichbehandlung machten eine jeden Autohalter zur Nachrüstung verpflichtende Regelung nach dem Schema der Großfeuerungsanlagen-Verordnung nahezu unmöglich, sagten die umweltpolitischen Sprecher der Union. Man sehe allerdings in der Ergänzung des von der Bundesregierung in der vergangenen Woche verabschiedeten Gesetzes zu unterschiedlicher Kfz-Steuer-Veranlagung, je nach Umweltverträglichkeit des Fahrzeugs, einen gangbaren Weg, den Einsatz neuer Techniken der Abgasreinigung nun beim Altwagenbestand schnellstens durchzusetzen.

Die Einzelheiten dieser „Anreizstrategie“ sollten mit der Bundesregierung und mit den Bundesländern sofort abgesprochen werden. Ziel dabei ist es, den gesamten Komplex noch in das Gesetz über „steuerliche Maßnahmen zur Förderung des schadstoffarmen Personenkraftwagens“ und in die anstehende Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungsordnung mit einzubringen.

Bedingung für die jetzt geforderte „Nachrüstung“ am Auto ist es nach übereinstimmendem Votum der Union, daß sich durch die Verbesserung der Schadstoffzurückhaltung nicht andere Werte, zum Beispiel beim Kohlenmonoxid, verschlechtern dürften. Außerdem wird zur Bedingung gemacht, daß sich der Kraftstoffverbrauch nicht zum Nachteil der Autofahrer erhöht. Außerdem haben die Unions-Abgeordneten die Autoindustrie aufgefordert, Herstellergarantien für die verschiedenen neuen Techniken zur Schadstoffminderung, die jetzt eingebaut werden sollen, zu geben, damit nicht „Hobby-Sets“ zum Einbau gelangen. Die Technischen Überwachungsvereine hätten übereinstimmend erklärt, daß sie in der Lage seien, die geforderten Neueinbauten für Altfahrzeuge zu prüfen.

UdSSR–Ungarn: langfristige Kooperation

DW. Moskau

Zu einem „herzlichen“ Meinungsaustausch mit der sowjetischen Führungsspitze ist der ungarische Ministerpräsident Lazar in Moskau eingetroffen. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Entwicklung des sowjetisch-ungarischen Handels. Die UdSSR ist an einer starken Ausweitung des Imports von Konsumgütern aus Ungarn in den nächsten fünf Jahren interessiert. Beide Länder wollen ein langfristiges Kooperationsabkommen bis zum Jahr 2000 ausarbeiten. Die Gespräche standen allerdings auch vor dem Hintergrund des Bemühens der Sowjetführung zur Stärkung des Ostblocks. So wurde Lazar vom sowjetischen Staats- und Parteichef Tschernenko mit dem „Orden der Oktober-Revolution“ ausgezeichnet. Moskau begründete dies mit den großen Verdiensten Lazars um „die Festigung der Freundschaft“.

Bombenanschläge in Österreich

rtr. Wien

In der britischen Botschaft in Wien ist gestern mittag eine Bombe explodiert. Nach Angaben der Polizei ist ein weiterer Sprengsatz etwa eine Stunde später im Stadtzentrum vor dem Büro der israelischen Fluggesellschaft El Al detoniert. Es sei niemand verletzt und beide Gebäude seien nur geringfügig beschädigt worden. Die Polizei fügte hinzu, sie wisse nicht, wie die Bombe in die britische Vertretung gelangt sei, wer für die Attentate verantwortlich zeichnet oder ob zwischen beiden Anschlägen ein Zusammenhang bestehe.

Generalstreik im Südlibanon

AP, Beirut

Die Bevölkerung des israelisch besetzten Südlibanon ist gestern aus Protest gegen die Festnahme von vier Angehörigen der Schiitenbewegung Amal durch israelische Soldaten in einen Generalstreik getreten. Zu dem Proteststreik hatte der libanesische Staatsminister für Südlibanon, Amal-Führer Nabih Berri, aufgerufen. Der staatliche Rundfunk meldete, das gesamte Wirtschaftschaftsleben in den Städten und Dörfern sei zum Erliegen gekommen, alle Schulen und Behörden seien geschlossen. Journalisten berichteten, in Sidon, Tyrus und anderen südlibanesischen Orten sei es zu Demonstrationen gegen die israelische Besatzung gekommen. Die Demonstranten hätten vielerorts Barrikaden errichtet und angezündet. In Haret, dem Stadtteil von Tyrus, wo die Amal-Mitglieder von den Israelis verhaftet worden waren, fuhr ein israelischer Militärkonvoi in eine Menge von mehreren tausend Menschen. Einige Israelis hätten mit Schnellfeuergewehren über die Köpfe der Demonstranten geschossen, während andere die Straße von Barrikaden räumten.

Rajiv Gandhi einstimmig gewählt

rtr. Neu Delhi

Der neue indische Ministerpräsident Rajiv Gandhi ist gestern einstimmig zum Präsidenten der regierenden Kongreß-Partei gewählt worden. Beobachter werteten das Ergebnis der Wahl als Festigung der politischen Macht des 40jährigen Regierungschefs. In einer Rede nach seiner Wahl forderte Gandhi die Spitzenfunktionäre auf, die Nation nach der Ermordung seiner Mutter und Amtsvorgängerin Indira Gandhi zusammenzuhalten. „Terroristen und ausländische Kräfte“ versuchten, Indien zu destabilisieren. Anstatt zu versuchen die Bedeutung der Gefahren für Indien zu verstehen, hätten die Oppositionsparteien durch ihre Äußerungen versucht, das Land zu schwächen. Aus der Geschichte Indiens müsse die Lehre gezogen werden, daß, wann immer Teilungskräfte eine Schwächung des Landes versucht hätten, andere daraus ihren Vorteil gezogen hätten.

Mugabe entläßt drei Minister

AP, Harare

Ministerpräsident Robert Mugabe von Simbabwe hat gestern die drei letzten Mitglieder der von seinem Rivalen Joshua Nkomo geleiteten Afrikanischen Volksunion (ZAPU) aus seinem Kabinett entlassen. Anfang 1982 hatte Mugabe bereits Nkomo unter dem Vorwurf, er habe einen Staatsstreich geplant, aus der Regierung ausgeschlossen. Mugabe begründete die endgültige Aufkündigung der Koalition mit der Ermordung des von ihm persönlich ernannten Senators Moven Alex Ndlovu, der am Freitag, vermutlich von Anhängern Nkomos, erschossen worden war. Bis spätestens März sollen in Zimbabwe Wahlen stattfinden. Die drei Entlassenenen sind die bisherigen Minister für Wasserwirtschaft, Cephas Msipa, Staatsminister John Nkomo und Vizearbeitsministerin Jane Mgwenya.

Teure Heimat

Wb. – Daß der Computerbauer Heinz Nixdorf mit seinem Stammsitz Paderborn Probleme hat, ist klar. Ein Unternehmen mit weltweiten Aktivitäten, das zudem in der Hochgeschwindigkeitsbranche der Informationstechnik arbeitet, ist auf schnelle Verbindungen angewiesen, für Menschen wie für Nachrichten. Wer 12 000 seiner 18 000 Mitarbeiter in in- und ausländischen Geschäftsstellen zu betreuen hat, der kann nicht damit zufrieden sein, daß das Hauptquartier nicht einmal Zugang zum Intercity-Verkehr hat, daß die Autofahrt zum wichtigsten Flughafen Frankfurt wegen der unzulänglichen Autobahnanbindung eine Stunde länger dauert als nötig und daß Ostwestfalen ein weißer Fleck auf der Karte des Linienluftverkehrs geblieben ist. Daß selbst das Paderborner Telefonnetz gelegentlich der Beanspruchung durch seinen größten Benutzer nicht ganz standhält, erhöht das Vergnügen kaum.

Nun hat Vorstandsmitglied Arno Bohn ein weiteres Argument ins Spiel gebracht: die nordrhein-westfälische Medienpolitik, die es nicht erlaube, neue nachrichtentechnische Produkte (z. B. Kabelfernseh-Schnittstellen) im eigenen Umfeld anzuwenden. Zumindest für diesen Bereich ist die schwebende Drohung, Paderborn zugunsten Münchens (mit seiner Fülle verwandter Unternehmen, dem Personalangebot und der Attraktivität für gute Mitarbeiter) aufzugeben, keine Drohung mehr. Denn die Nachrichtentechnik, die dereinst 50 Prozent der Umsätze bringen soll, sitzt schon dort – mit Vertrieb und Entwicklung. Für Landespolitiker, die weite Teile ihrer Industrie auf Intensivstation wissen, ein Grund zum Nachdenken.

Hagelschlag

Py. – Der Tag als der Hagel kam, der 12. Juli dieses Jahres, brachte den deutschen Versicherern das kostspieligste Schadenereignis überhaupt – von rund 1,5 Milliarden Mark. Innerhalb von 20 Minuten zerbeulte der Hagelsturm in und um München 200 000 Autos, verursachte Schäden an 70 000 Wohngebäuden und 1000 Gewerbebetrieben. Der Hagelsturm hatte neben diesen bedauernswerten Schäden auch einen tröstlichen Aspekt. Angestachelt durch den schärferen Wettbewerb auf dem Versicherungsmarkt überboten sich die Gesellschaften in der Schadenabwicklung. Dazu wurden Hunderte von Schadenbearbeitern und Sachverständigen an die Isar entsandt. Kleinere Schäden wurden an Ort und Stelle per Scheck beglichen. Wenn jetzt noch im Münchener Stadtbild Wellblechkarossen zu sehen sind, so handelt es sich nicht etwa um strittige Haftungsfragen, sondern um besonders pfiffige Kunden, die das Geld einsteckten, statt es in einen Wagen zu stecken.

BANKEN / Verband sieht Wirtschaft auf Wachstumskurs – Zinsen sinken weiter

Lob für Stabilisierungserfolge, aber Sparpolitik muß fortgesetzt werden

PETER GILLIES, Bonn

Die Wirtschaft ist auch für 1985 auf Wachstumskurs programmiert. Die Flick-Affäre und die Debatte um Parteispenden seien zwar auf die Gemütslage der Unternehmerschaft „nicht ohne Einwirkung geblieben", hätten aber deren positive Einstellung zur Konjunkturbelebung nicht eingetrübt. Die Zinsen könnten weiter sinken. Diese Einschätzung gaben führende Bankiers gestern in Bonn.

Nachdem die „Delle" der Arbeitskämpfe weitgehend aufgearbeitet sei, zeige die Konjunktur „wieder eindeutig aufwärts", meinte der Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, Hanns Christian Schroeder-Hohenwarth, gestern anläßlich der Mitgliederversammlung seiner Organisation in Bonn. Sowohl die Nachfrage wie die Produktion hätten im Herbst den hohen Stand des Vorjahres übertroffen. Für 1985 gebe es keinen Grund, in Skepsis zu verfallen. Im nächsten Jahr sei ein reales Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent möglich.

Eine „starke Triebkraft" bleibe der Export. Aber auch wenn der US-Boom nachlasse, verfüge der deutsche Außenhandel über gute Chancen auf den Weltmärkten. Deutsche Produkte profitierten nicht nur vom hohen Dollarkurs, sondern auch von der Kosten- und Preisdämpfung im Inland. Als „deutlich verbessert" bezeichnete Schroeder-Hohenwarth die Investitionsbedingungen. Steigende Erträge, mehr Eigenmittel der Unternehmen und sinkende Zinsen wirkten belebend. Ein gewichtiges Investitionsmotiv sei der große Modernisierungsbedarf der deutschen Wirtschaft. Die Kaufkraftgewinne durch erfolgreiche Preisdämpfungspolitik stimulierten den privaten Verbrauch.

Anerkennung spendeten die Bankiers der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie habe entscheidenden Anteil daran, daß die Wirtschaft wieder wachse. Vor allem die Sparpolitik habe Vertrauen gestiftet und Erfolge in der Inflationsbekämpfung ermöglicht. Der Verbandspräsident warnte jedoch davor, die noch immer hohe Arbeitslosigkeit durch „Aktionismus" und staatliche Ausgabenprogramme verringern zu wollen. Dies müsse zu einem Fehlschlag werden.

Die Banken warnen die Politik ferner vor dem Trugschluß, die Sparpolitik sei beendet und neue Verteilungen – etwa beim Babyjahr in der Rentenversicherung – seien bereits wieder möglich. Die Steuerlast sei zu hoch, die geplanten Entlastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer „nur ein erster Schritt in die richtige Richtung". Zu dem politischen Streit im Koalitionslager, ob die Steuerreform in zwei Stufen (1986 und 1988) oder in einer stattfinden sollte, bemerken die Banken, es sei noch nicht ausreichend gespart worden, um schon heute die Entlastung in einem Schritt zum 1.1.1986 zu rechtfertigen.

Das Zinsklima werde auch 1985 „freundlich" bleiben. Die Zinsen könnten weiter sinken, wenn die Rate in den USA zurückgehe und sich der Dollar abschwäche. Das nütze auch dem Wohnungsbau, der freilich eine ruhigere Gangart einschlage. Der Gesetzgeber wird ermahnt, rasch für steuerliche Klarheit bei Hausbauern zu sorgen. Die jüngste Entscheidung von CDU/CSU und FDP, die Festlegungsfrist für Bausparverträge von zehn auf sieben Jahre zu verkürzen, stößt bei den Banken auf deutliche Kritik. Sie sehen darin, daß auch Bausparer, die nicht bauen wollen, schon nach sieben Jahren über Guthaben und Prämien für andere Zwecke verfügen dürften, eine „wettbewerbsverzerrende Subvention".

Einen Seitenhieb verpaßten die Banken nicht nur den Bausparkassen, sondern auch der Deutschen Bundespost. Ihre „aggressive" Werbung im Postbankdienst locke mit einem auf 1 000 Mark verdoppelten Überziehungskredit, mit Sortenverkauf am Postschalter und allerlei Sparplänen für Kunden. Die Post als staatliches Monopolunternehmen sei nicht dazu legitimiert, so stark in privatwirtschaftliche Bereiche einzudringen, deren Defizite sie dann mit Gewinne aus Monopolbereichen wie dem Telefon decke.

LOME-ABKOMMEN

Harte Kritik aus Bonn am Verhalten Frankreichs

HEINZ HECK, Bonn

Bevor voraussichtlich am 7. Dezember die Unterschriften unter das dritte Lome-Abkommen (Lome III) gesetzt werden können, müssen zwischen den Beteiligten noch zahlreiche Meinungsverschiedenheiten über die finanzielle Ausstattung des auf fünf Jahre angelegten Vertrags ausgeräumt werden.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bonner Entwicklungsministerium, Volkmar Köhler (CDU), hat in einem Gespräch mit der WELT vor allem das Verhalten Frankreichs in dieser Frage kritisiert. Der Ministerrat habe beschlossen, sieben Milliarden Ecu für Lome III bereitzustellen. Wenn jetzt versucht werde, diesen Ministerratsbeschluß zu unterlaufen, sei das „illegal". London habe erklärt, daß nach dem üblichen Verfahren mit dem Ministerratsbeschluß die Finanzverhandlungen beendet seien. Dem habe sich die Bundesregierung angeschlossen.

Allerdings gerate auch die britische Regierung unter zunehmenden Druck des Commonwealth mit dem Ziel, einer höheren Dotierung zuzustimmen. Ein Ausweg könnte nach Meinung Köhlers sein, daß die früheren Kolonialmächte, also Frankreich, Großbritannien und die Niederlande, einen zusätzlichen Betrag für die überseeischen Länder und Gebiete entrichten. Dagegen hätte Bonn keine Einwendungen. Köhler erinnert daran, daß der deutsche Anteil an den EG-Leistungen sich gegenüber Lome I von knapp 26 auf knapp 28 Prozent erhöht habe und die Bundesrepublik damit größter Zahler sei, während Frankreichs Anteil in der gleichen Zeit sogar zurückgegangen sei.

Die Quotendiskussion wird nach Auffassung des Staatssekretärs durch zwei Entwicklungen zusätzlich kompliziert. Zum einen würden Portugal und Spanien mit dem EG-Beitritt auch bei Lome zahlungspflichtig. Dies könnte zu einer nachträglichen Erhöhung um etwa 350 Millionen Ecu führen. Jedoch seien einige EG-Partner (so Belgien, Dänemark und die Niederlande) in diesem Fall an einer Neuverhandlung über die Quoten interessiert.

Zum anderen stelle sich die Frage, ob die Finanzmittel für Lome nach einem Beitritt Angolas und Moçambiques zum Abkommen erhöht werden müßten. Nach Bonner Auffassung sollte nicht schon die Beitrittsmöglichkeit ein Grund für eine Erhöhung sein.

Im Auswärtigen Amt besteht – im Gegensatz zu den übrigen beteiligten Ministerien – eine gewisse Neigung, den Wünschen der Kommission ebenso wie Frankreichs und der Entwicklungsländer nach Aufstockung entgegenzukommen. Köhler machte jedoch geltend, daß eine Änderung des Bonner Kabinettsbeschlusses nur mit einem neuen Kabinettsbeschluß möglich sei. Das Thema wird wahrscheinlich noch den EG-Gipfel am 3. und 4. Dezember in Dublin beschäftigen.

Sturm-Zeichen an der Küste

Von DOMINIK SCHMIDT

Ministerpräsident Ernst Albrecht macht die Qualität der künftigen Beziehungen zwischen dem Land Niedersachsen und dem Bund von der Standorterhaltung des Stahlwerks Georgsmarienhütte abhängig. Wirtschaftsministerin Birgit Breuel erklärt in einem Schreiben an Mobil-Oil-Vorstandschef Herbert Lewinsky, die Landesregierung werde es nicht hinnehmen, daß die Wilhelmshavener Raffinerie stillgelegt wird.

Solche geharnischten Proteste der verantwortlichen Landespolitiker sind zumindest ungewöhnlich. Sie verdeutlichen aber zugleich die Erkenntnis, daß dem Einfluß der Politik auf Unternehmensentscheidung enge Grenzen dort gesetzt sind, wo betriebswirtschaftlicher Handlungsbedarf gefordert ist. Dies wissen natürlich auch Albrecht und Frau Breuel, die zu erklärten Befürwortern marktwirtschaftlicher Lösungen gehören.

Der Druck der Öffentlichkeit, das Schreckgespenst weiter steigender Arbeitslosenzahlen vor Augen, wächst indes und hinterläßt Wirkung. Ohnehin ist Niedersachsen mit seiner deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegenden Arbeitslosenquote (11,8 Prozent) ein gebranntes Kind. Zusätzliche „Notstandsgebiete" sind kaum zu verkraften. Vor dem Hintergrund der alarmierenden Prognosen etwa für Georgsmarienhütte – die beabsichtigte Schließung des Klöckner-Werks wird die Arbeitslosigkeit von derzeit knapp zehn Prozent auf rund 30 Prozent hochschnellen lassen – erkläre sich zugleich die massive Stellungnahme in Niedersachsen.

Nicht minder bedeutsam aber schlägt sich in der Argumentation der Landesregierung, die im nachhinein als erfolglos zu betrachtende Subventionspolitik nieder. Nach Georgs-marienhütte flossen in den vergangenen Jahren erhebliche öffentliche Mittel. Der Bund, das Land Niedersachsen und der Landkreis Osnabrück gewährten rund 80 Millionen Mark an Hilfen. Nicht nur dieser Betrag ist, wenn das Krupp/Klöckner-Konzept Wirklichkeit wird, abzuschreiben. Weitaus höhere Summen sind erforderlich, um die Folgen der Stillegung zu kompensieren. Für Sozialpläne und Abschreibungen werden nach vorläufigen Berechnungen rund 500 Millionen Mark benötigt. Exakt dieser Betrag soll die öffentliche Hand nach den Vorstellungen der fusionierenden Unternehmen beisteuern. Gegen diese Art von „Sterbehilfe" zieht Niedersachsen zu Felde.

Ähnlich liegen die Dinge in Wilhelmshaven. Die gesamten Investitionen von rund einer Milliarde Mark, die mit Blick auf den Bau der Mobil-Oil-Raffinerie seit Anfang der siebziger Jahre vorgenommen wurden, sind in beträchtlichem Umfang von der öffentlichen Hand finanziert worden. Neben den Investitionszuschüssen (100 Millionen Mark) mußte die Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden.

Zu Recht weist Frau Breuel darauf hin, daß Wilhelmshaven unter allen Raffineriestandorten der Bundesrepublik die meisten Vorteile aufzuweisen hat. Der einzige Tiefwasserhafen der deutschen Nordseeküste kann von den größten Tankern angelaufen werden. Die Nähe zu den Nordsee-Ölfeldern und die vorhandenen Pipeline-Systeme sind weitere Faktoren, die für Wilhelmshaven sprechen.

Die Drohung der Ministerin, im Falle der Schließung der Raffinerie mit gut 300 Beschäftigten die anstehenden Verhandlungen über den Förderzins für im Inland gewonnenes Erdöl und Erdgas zu überdenken, dient der Sache sicher nicht. Die Art und Weise allerdings, wie Mobil Oil die Schließungsabsicht „an den Mann" brachte, läßt ebenfalls wenig Fingerspitzengefühl erkennen.

Die Bemühungen der Landesregierung, die Stillegungspläne in Wilhelmshaven und Georgsmarienhütte zu verhindern, sind verständlich. Der Hinweis auf die regionale Verantwortung indes dürfte wenig bringen. Beschlüsse solcher Qualität unterliegen nicht der regionalen Betrachtungsweise, schon gar nicht bei weltweit operierenden Konzernen.

Für Niedersachsen allerdings ist die Tragweite dieser Pläne kaum abzuschätzen. Ohnehin reißen die Negativ-Meldungen über mit Schwierigkeiten kämpfenden Unternehmen nicht ab. Die jüngsten Turbulenzen bei Telefunken in Hannover und die Probleme der Thyssen-Werft Nordseewerke in Emden sind Beispiele dafür. Die Zeichen im Küstenland Niedersachsen stehen auf Sturm.

AUF EIN WORT

„Eine Bildungspolitik, die die Quantität vor Qualität setzt, muß korrigiert werden. Ich unterstütze daher alle Überlegungen, einen Bildungswettbewerb zu schaffen."

Prof. Dr. Hans L. Merkle, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Robert Bosch GmbH, Stuttgart.

FOTO: JUPP DARCHINGER

Kein Ende des Aufschwungs

dpa/VWD, Basel

Die Baseler Prognos AG rechnet für 1985 mit einem Wirtschaftswachstum von „knapp 2,5 Prozent" in der Bundesrepublik. Ein vorzeitiges Ende des Aufschwungs sei nicht abzusehen, obwohl der konjunkturelle Aufwärtstrend im 2. Quartal dieses Jahres durch die Arbeitskämpfe in der Metall- und in der Druckindustrie unterbrochen worden sei, heißt es im „Economic Outlook 1984" des Baseler Forschungsinstituts. Ein nachhaltiger Einbruch sei vor allem deshalb nicht zu erwarten, weil die Investitionsneigung der deutschen Unternehmen weiterhin stark sei. Die lebhafte Auslandsnachfrage, die sich im laufenden Jahr mit als wichtigste Konjunkturstütze erwiesen habe, werde sich 1985 jedoch „etwas abflachen".

RWI-ANALYSE

Offene Zuschüsse statt Steuervergünstigungen?

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Problematik von Steuervergünstigungen, die mit jährlich über 60 Mrd. Mark rund 15 Prozent der Steuereinnahmen aller Gebietskörperschaften ausmachen, hat das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, aufs Korn genommen. Das Institut hebt hervor, daß 90 Prozent aller durch Steuervergünstigungen bedingten Steuerausfälle nur sechs Bereiche betreffen, von denen die Sparförderung mit 21,5 Mrd. DM (1982) der größte sei.

Generell, so heißt es, durchbräche jede Steuervergünstigung die allgemeinen Normen des Steuersystems, verzerre die Leistungsbewertung am Markt und begünstige einzelne Aktivitäten zulasten anderer. Auch im Sinne der Steuergerechtigkeit erschienen sie fragwürdig.

Dies alles spräche dafür, Steuervergünstigungen entweder durch eine allgemeine Steuerentlastung oder in begründeten Fällen durch offene Subventionen abzulösen. Auf der anderen Seite könnten bestimmte Sonderregelungen wegen ihrer Gesetzeskraft nicht ohne weiteres zur Disposition gestellt werden.

Als Beispiele für die Schwierigkeiten nennt das RWI die Ablösung von Sonderabschreibungen durch direkte staatliche Zuwendungen an Investoren. Zuschüsse oder wiederkehrende Beihilfen seien weniger problematisch. Die steuerliche Begünstigung von Vorsorgeaufwendungen könnte gestrichen und der Grundfreibetrag zur Einkommensteuer angehoben werden. Dies sei aber nur langfristig erreichbar, weil dieser Schritt Konsequenzen für die Verteilung der Steuerlast habe.

PRIVATISIERUNG

DIHT für „Entstaatlichung" des Luftverkehrs in Europa

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen sollte künftig auch der europäische Linienluftverkehr betrieben werden. Mehr Wettbewerb im Luftverkehr sei, wie der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) in seiner Stellungnahme zum Luftverkehrs-Memorandum Nr. 2 der EG-Kommission betont, vor allem durch eine „Entstaatlichung", beispielsweise bei der Genehmigung von Streckenrechten, erreichbar.

Nach DIHT-Auffassung wäre es noch sinnvoller, die europäischen Linienfluggesellschaften zu privatisieren. Dies würde im übrigen auch den Interessenkonflikt der Regierungen ausräumen, als Genehmigungsbehörde und als Kapitaleigner auftreten zu müssen. Im Grundsatz begrüßt der DIHT daher auch die weniger weitgehenden Vorschläge der EG-Kommission. Die Brüsseler Kommission fordert unter anderem, das bilaterale Luftverkehrssystem in der EG aufzulockern und die Subventionierung von Luftverkehrsunternehmen strengeren Vorschriften zu unterwerfen.

Die Kammerorganisation sieht Chancen, über eine Liberalisierung des Marktzugangs den regionalen Verkehr weiter zu aktivieren. Abzulehnen sei dagegen, dem Luftverkehr gemeinschaftswirtschaftliche Verpflichtungen aufzuerlegen. Der Linienverkehr sei nicht mit dem öffentlichen Personennahverkehr vergleichbar, analysiert der DIHT.

Ein gemeinsamer Luftverkehrsmarkt, den der EG-Vertrag fordert, sei wegen der Souveränitätsansprüche der Mitgliedsstaaten bislang nicht verwirklicht. Die Vorstellungen der EG-Kommission seien zwar ein Schritt in die richtige Richtung, sie stellten jedoch noch keine Realisierung des gemeinsames Marktes dar.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Umsätze der Warenhäuser sind gesunken

Köln (VWD) – Die Umsätze der vier großen Warenhausunternehmen waren im Zeitraum Januar bis Oktober 1984 um nominal 2,9 Prozent niedriger als in der Vergleichszeit des Vorjahres. Damals waren sie um 1,8 Prozent gegenüber Januar bis Oktober 1982 gewachsen. Die Umsätze der deutschen Großversender stiegen, wie aus internen Statistiken des Einzelhandels hervorgeht, in den ersten zehn Monaten 1984 um nominal 3,8 Prozent.

Electronica eröffnet

München (AP) – Die 11. Internationale Electronica-Messe ist gestern in München eröffnet worden. Die Electronica gilt als die größte Fachmesse der Welt für Bauelemente und Baugruppen und ist fünf Tage geöffnet. Insgesamt 2183 Aussteller aus 33 Ländern stellen Produkte aus.

Neue Europarat-Anleihe

Frankfurt (cd.) – Der Wiedereingliederungsfonds des Europarates begibt eine 7,5prozentige Anleihe über 200 Mill. DM mit einer längstens zehnjährigen Laufzeit zum Kurs von 100¼ Prozent über ein von der BHF-Bank geführtes internationales Bankenkonsortium. Die Anleihe, die an der Frankfurter Börse eingeführt werden soll, wird nach sechs Freijahren in vier gleichen Jahresraten durch Serienauslosung zum Nennwert getilgt.

Peru will verhandeln

Lima (VWD) – Peru will nach Angaben von Ministerpräsident Luis Percovich Anfang nächster Woche Verhandlungen über die Umschuldung von rund 2,5 Mrd. Dollar mit dem Internationalen Währungsfonds in Washington führen. Er teilte mit, daß Peru mit Zinszahlungen von rund 200 Mill. Dollar im Rückstand ist, die seit Juni aufgelaufen sind. Im Juni hat Peru die Zinszahlungen eingestellt. Insgesamt hat das Land Auslandsschulden von 13 Mrd. Dollar.

Geringeres Wachstum

Hongkong (VWD) – Die deutliche Konjunkturabflachung in den USA wird im nächsten Jahr zum Teil zu erheblich geringeren Wachstumsraten der Wirtschaft in den meisten südost- und ostasiatischen Ländern führen. Nachdrücklich schließen die vom Asian Wall Street Journal befragten Ökonomen jedoch eine Rezession für diesen Wirtschaftsraum aus. Für 1985 erwarten sie reale Zuwachsraten zwischen 4,5 Prozent und acht Prozent (Singapur), die sich 1984 zwischen fünf Prozent (Thailand) und rund zehn Prozent (Taiwan) bewegten.

Test auf dem Rhein

Den Haag (dpa) – Das niederländische Verkehrsministerium hat seine Zustimmung zu einem zwölfmonatigen Langzeitversuch mit der sogenannten „Sechserschubfahrt" auf dem niederländischen Teil des Niederrheins gegeben, wie in Den Haag mitgeteilt wurde. Der gleichzeitige Transport von sechs gekoppelten Ladekähnen würde eine wesentliche Verbilligung für den Transport von Massengütern zwischen Rotterdam und deutschen Verladehäfen im Rheingebiet bedeuten.

Paris: Keine Umschuldung

Paris (J.Sch.) – Gegen eine Umschuldung der französischen Auslandsverbindlichkeiten, die Oppositionsführer Raymond Barre zwischen 1986 und 1988 für unvermeidbar hält, hat jetzt Finanzminister Bérégovoy Stellung bezogen. Frankreich würde insbesondere seinem Zinsendienst pünktlich nachkommen. Es sei dazu auch in der Lage, da die Nettoverschuldung gegenüber dem Ausland nur 1,8 Prozent des Bruttosozialprodukts erreiche und damit niedriger als den vieler anderer Industriestaaten sei.

Wochenausweis

	7.11.	31.10.	7.10.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	66,5	66,2	67,0
Kredite an Banken	49,6	49,8	49,7
Wertpapiere	4,8	4,9	5,2
Bargeldumlauf	104,9	105,4	107,1
Einl. v. Banken	49,2	50,3	45,3
Einlagen v. öffentl. Haushalten	2,1	3,1	4,6

TEXTILINDUSTRIE

Steigende Auslandsnachfrage sorgt für bessere Ergebnisse

INGE ADHAM, Frankfurt

Vor allem die Nachfrage aus dem Ausland sorgt für die Belebung in der Textilindustrie. Das belegen die jetzt vorgelegten Zahlen über die Entwicklung der Branche in den ersten neun Monaten dieses Jahres. Danach kamen von Januar bis September aus dem Ausland 14 Prozent höhere Aufträge als in der Vorjahreszeit; das Inlandsgeschäft nahm in der gleichen Zeit nur um ein Prozent zu, so daß die gesamten Bestellungen nur um vier Prozent über dem Vorjahresstand liegen. Bei einer Preissteigerungsrate von rund drei Prozent liegen die Aufträge der ersten drei Quartale damit dem Volumen nach nur um ein Prozent über dem Vorjahr.

Im September allein blieben die Inlandsaufträge nach vorläufigen Berechnungen des statistischen Bundesamtes sogar um sieben Prozent unter dem Wert von September 1983, die Produktion nahm um sechs Prozent ab. Damit verminderte sich das Produktionsplus der ersten neun Monate dieses Jahres auf drei Prozent.

Die exportfördernde Wirkung der derzeitigen D-Mark-Bewertung wird belegt durch die Außenhandelszahlen im textilen Bereich. Denn in den ersten neun Monaten legte der Textilexport um 15 Prozent auf 16,9 Mrd. DM zu. Im September allein macht das Plus fünf Prozent aus für eine um zwei Prozent gestiegene Einfuhr. Für den gesamten neun-Monats-Zeitraum freilich zogen auch die Textilimporte mit plus 15 Prozent auf 23,8 Mrd. DM kräftig an.

Belegt wird die Belebung im Textilsektor auch von der Umsatzentwicklung: Steigerung von Januar bis August um 6,6 Prozent auf 22,7 Mrd. Mark.

OST-WEST-HANDEL / Sicherheitsbedürfnise des Westens müssen beachtet werden

Cocom ist ein geeignetes Gremium

HANS-J. MAHNKE, Bonn

„Die zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Alliierten bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die Wirtschaftsbeziehungen mit den Ländern des Warschauer Paktes sind eher politischer als wirtschaftlicher Natur." Dies stellt der CDU-Abgeordnete Ludolf-Georg von Wartenberg als Berichterstatter des Unterausschusses für Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen der Nordatlantischen Versammlung fest.

In dem Schlußbericht für die Jahrestagung der Parlamentariervereinigung weist der Abgeordnete darauf hin, daß wirtschaftliche Maßnahmen wie Handelsrestriktionen und Embargos kein Ersatz für Politik seien. Die Allianz sei aufgerufen, sich ähnlich dem Harmel-Bericht von 1967, um ein umfassendes Konzept für den Gesamtbereich Ost-West-Beziehungen unter den geänderten Bedingungen zu bemühen.

Dabei müsse der Ost-West-Handel die sicherheitspolitischen Bedürfnisse des Westens berücksichtigen. Die Lieferung von Gütern, die die militärischen Möglichkeiten des Ostens stärken, müßten auch in Zukunft unterbleiben. Das Koordinationskomitee für den Ost-West-Handel Cocom sei das geeignete Gremium der wichtigsten westlichen Industrienationen, um den Handel mit militärisch-relevanten Gütern zu unterbinden. Die gegenwärtige Praxis der ständigen Aktualisierung der Cocom-Listen im Konsensverfahren aller Mitgliedsländer trage den westlichen Sicherheitsinteressen Rechnung.

Die Konsultationen innerhalb der Allianz seien weiter zu verbessern. Die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen seien nicht dazu geeignet, nationale Alleingänge, die nicht vom gesamten Bündnis getragen werden, durchzusetzen.

„Es muß verhindert werden, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa über die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen negative Auswirkungen auf den freien Austausch von Technologie zwischen den Mitgliedsländern der Allianz haben", heißt es in dem Bericht. Die westeuropäischen Staaten würden weiter darauf drängen, daß die USA die extraterritorialen Maßnahmen aus ihrer Exportgesetzgebung herausnehmen.

Die Staaten des Warschauer Pakts müßten sich bewußt sein, daß bessere Ost-West-Beziehungen auch Chancen für eine Ausweitung des Handels bieten. Durch Einhaltung von Abkommen und bei Respektieren von Menschenrechten seitens des Ostens könne das Vertrauen geschaffen werden, neue Felder im Bereich der Wirtschaft zu erschließen.

Argumente für Haftungszuschlag überzeugen nicht

Von WILHELM NÖLLING

Die Novelle des Kreditwesengesetzes steht kurz vor der parlamentarischen Verabschiedung. Noch immer wird die zentrale Eigenkapitalfrage heftig und kontrovers diskutiert. Die Vorstände der Sparkassen empfinden Ärger, weil ihre Forderung nach Einführung eines Haftungszuschlags bisher keinen Eingang in den Gesetzentwurf gefunden hat. Nach den Vorstellungen der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute soll mit einem derartigen Zuschlag zum Eigenkapital die Haftung der öffentlichen Körperschaften für ihre Sparkassen und Landesbanken berücksichtigt werden. Bei Abwägung der Argumente lassen sich aber keine überzeugenden Gründe für den Haftungszuschlag finden.

1. Die Frage, welcher Eigenkapitalbegriff für bankaufsichtliche Zwecke geeignet ist, hängt entscheidend von der Funktion des Eigenkapitals ab, das Risiko der Kreditinstitute zu begrenzen und zum Ausgleich von Verlusten zur Verfügung zu stehen. Diesen Anforderungen genügen in dem so vertrauensempfindlichen Kreditgewerbe nur eingezahlte Mittel, die den Instituten dauerhaft zur Verfügung stehen und auch an etwaigen Verlusten teilnehmen. Der vor allem von den Sparkassen geforderte Haftungszuschlag wäre ein unzulängliches Surrogat, das keine dieser Anforderungen erfüllt. Angesichts der steigenden Risikobelastung der Kreditinstitute, die ja Anlaß für die Novellierung des Bankaufsichtsgesetzes ist, kann es aber nicht Sinn dieses Vorhabens sein, den Eigenkapitalbegriff durch Anerkennung fiktiver Kapitalgrößen aufzuweichen.

2. Welche Probleme im übrigen die Einführung eines Haftungszuschlags als Eigenkapitalkomponente öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute mit sich bringen würde, hat niemand treffender als der langjährige Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Josef Hoffmann, bereits in den 60er Jahren eindrucksvoll dargelegt: „Der Versuch, das fehlende Dotationskapital durch eine Quantifizierung der Gewährträgerhaftung auszugleichen, scheitert daran, daß es an brauchbaren Maßstäben fehlt." Ich teile auch seine Ansicht, daß die kommunale Haftung von ihrer Grundkonzeption her kein Ersatz für Eigenkapital als Träger unternehmerischen Risikos ist. Eigenkapital muß im Bedarfsfall sofort ohne lange Verhandlungen, Einreden, und öffentliche Debatten greifbar sein. Gemessen an diesem Kriterium sind Haftungszuschläge aber kein anrechenbares Eigenkapital.

Ferner ist nicht plausibel, daß sich einerseits die Gewährträger angeblich nicht in der Lage sehen, die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute entsprechend der Geschäftsentwicklung mit ausreichendem Eigenkapital auszustatten, andererseits aber bei plötzlichem Eintreten des Haftungsfalls wie selbstverständlich davon ausgegangen wird, daß dann weit höhere Mittel sofort zur Verfügung gestellt werden können. Im übrigen befürchte ich, daß aus Gründen der Gleichbehandlung den privatrechtlichen Kreditinstituten die Anerkennung von ähnlichen Haftungszusagen als haftendes Eigenkapital – etwa durch Anerkennung von gezeichnetem, aber noch nicht eingezahltem Kapital – kaum verweigert werden könnte. Das Ergebnis wäre eine Verschlechterung der Eigenkapitalqualität aller Kreditinstitute.

3. Die Sparkassen begründen ihre Forderung nach einem Haftungszuschlag zusätzlich damit, daß ihre Körperschaftssteuerbelastung in mehreren Stufen – zuletzt durch das Subventionsabbaugesetz im Jahre 1981 – angehoben wurde. Dies habe ihre Wettbewerbsfähigkeit und ihre Selbstfinanzierungskraft geschwächt. Das Wehklagen der Sparkassen kann aber angesichts der Entwicklung der Eigenkapitalquote und der Ertragslage nicht überzeugen. Das haftende Eigenkapital als Prozentsatz des Geschäftsvolumens stieg seit 1976 von 3,2 Prozent bis 1983 kontinuierlich auf 3,6 Prozent. Seit 1981, dem Jahr der Verabschiedung des Subventionsabbaugesetzes, hat diese positive und deshalb von mir gutgeheißene Eigenkapitalentwicklung sogar verstärkt zugenommen. Sie ist mit der vergleichsweise hohen Ertragskraft der Sparkassen zu erklären. Der Jahresüberschuß vor Steuern ausgedrückt in Prozent des durchschnittlichen Geschäftsvolumens lag bei den Sparkassen seit 1976 stets beträchtlich über den Vergleichszahlen für die zusammengefaßten Bankengruppen. In dem Jahr nach Inkrafttreten des Subventionsabbaugesetzes nahm er sogar überdurchschnittlich um 38½ Prozent zu. Wird das Betriebsergebnis als Maßstab herangezogen, das von vielen als aussagefähigerer Indikator für die Ertragskraft angesehen wird, stellt sich die Lage der Sparkassen noch günstiger dar. Mit Ausnahme des Jahres 1981 lag es – ausgedrückt in Prozent des durchschnittlichen Geschäftsvolumens – erheblich über den Ergebnissen ihrer Wettbewerber; lediglich die völlig anders strukturierten Teilzahlungskreditintitute lagen besser. Legt man die Eigenkapitalrentabilität – der Jahresüberschuß nach Steuern in Prozent des Eigenkapitals – zugrunde, kommt man zu ähnlichen Ergebnissen. Wie immer man das Blatt wendet: Die Ertragskraft der Sparkassen ist ungebrochen und ihre Fähigkeit, Gewinne eigenkapitalwirksam zu thesaurieren, ist durch die Änderung der Steuergesetze nicht merklich beeinträchtigt worden. Auch künftig wird man kaum um die gute Ertragslage der Sparkassen bangen müssen, zumal sie in dem hohen Block der vergleichsweise niedrig verzinslichen Spareinlagen über eine günstige Refinanzierung verfügen.

4. Auch das Argument, bei einer Verweigerung des Haftungszuschlags würden die Sparkassen in ihren geschäftspolitischen Entfaltungsmöglichkeiten gegenüber den Wettbewerbern benachteiligt, halte ich für falsch. Bekanntlich wird die Kreditexpansion der Banken durch den Grundsatz I auf das Achtzehnfache des haftenden Eigenkapitals begrenzt. Die durchschnittliche Grundsatz I-Kennziffer der Sparkassen, die davon profitieren, daß ihr traditionell umfangreiches Kommunalkreditgeschäft bei der Berechnung überhaupt nicht berücksichtigt wird, lag in den letzten neun Jahren zwischen 12,0 und 13,9 und unterschritt damit stets den Gesamtdurchschnitt aller Banken. Hier wird deutlich, daß die Sparkassen noch über erhebliche freie Kreditspielräume verfügen und keineswegs an Grenzen stoßen, die nur durch einen Haftungszuschlag erweitert werden könnten.

In diesem Zusammenhang sollten auch die „verdeckten" Kreditspielräume der Sparkassen auf der Basis von versteuerten Pauschalwertberichtigungen in Milliardenhöhe genannt werden, die jederzeit aufgelöst und dem Eigenkapital zugeführt werden könnten. Durch Auflösung dieser stillen Reserven könnte der Expansionsspielraum aus eigener Kraft ohne Zufluß von Eigenmitteln von außen erheblich ausgeweitet werden.

5. Ich verkenne nicht, daß auch der Haftsummenzuschlag der Kreditgenossenschaften nicht dem Anforderungsprofil des obigen Eigenkapitalbegriffs entspricht. Überzeugende Gründe für seine uneingeschränkte Beibehaltung sehe ich nicht. Die Höhe des Haftsummenzuschlags beruht auf einer Rechtsverordnung des Bundesaufsichtsamtes. Er genießt also in seiner gegenwärtigen Größenordnung keinen Bestandsschutz. Ein schrittweiser Abbau wäre also zu fordern.

Dr. Wilhelm Nölling,
Präsident der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg

FINANZANZEIGEN

EUROFIMA

Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial, Basel
Société européenne pour le financement de matériel ferroviaire, Bâle
Società europea per il finanziamento di materiale ferroviario, Basilea

6½% Deutsche Mark-Teilschuldverschreibungen von 1973
– WKN 463 441 / 52 –

Auslosung

Die Auslosung der zum 1. März 1985 fälligen Tilgungsrate fand am 5. November 1984 in Anwesenheit eines Notars statt.

Es wurde die Serie 8 – WKN 463 448 –
mit den Stücknummern
29051 – 33200 zu je DM 1 000.–
im Nennbetrag von DM 4 150 000,– gezogen.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 1. März 1985 an zum Nennbetrag gegen Einreichung der Wertpapiermäntel und Zinsscheine per 1. März 1986 uff. bei den nachstehend genannten Banken und ihren Niederlassungen eingelöst:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
ADCA-BANK Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank Aktiengesellschaft
Delbrück & Co.
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
Bankhaus Herman Lampe Kommanditgesellschaft
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Schwäbische Bank Aktiengesellschaft
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank Aktiengesellschaft
Württembergische Kommunale Landesbank – Girozentrale –

Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet mit dem 28. Februar 1985. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag gekürzt.
Die am 1. März 1985 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.
Von den in den Vorjahren ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 1, 2, 4, 9 und 12 sind einige Stücke bisher noch nicht zur Einlösung vorgelegt worden.

Basel, im November 1984

EUROFIMA
Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial

EUROFIMA

Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial, Basel
Société européenne pour le financement de matériel ferroviaire, Bâle
Società europea per il finanziamento di materiale ferroviario, Basilea

6½% Deutsche Mark-Teilschuldverschreibungen von 1979/89
– WKN 464 511/15 –

Auslosung

Die Auslosung der zum 1. Februar 1985 fälligen Tilgungsrate fand am 5. November 1984 in Anwesenheit eines Notars statt.

Es wurde die Serie 5 – WKN 464 515 –
mit den Stücknummern 48001 – 60000 zu je DM 1000,–
und 63201 – 64000 zu je DM 10 000,–
im Gesamtbetrag von DM 20 000 000,– gezogen.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 1. Februar 1985 an zum Nennbetrag gegen Einreichung der Wertpapiermäntel und Zinsscheine per 1. Februar 1986 uff. bei den nachstehend genannten Banken und ihren inländischen Niederlassungen eingelöst:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
ADCA-BANK Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank Aktiengesellschaft
Commerz-Credit-Bank Aktiengesellschaft Europartner
Delbrück & Co.
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Schwäbische Bank Aktiengesellschaft
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank Aktiengesellschaft
Württembergische Kommunale Landesbank – Girozentrale –

Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet mit Ablauf des 31. Januar 1985. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag gekürzt.
Die am 1. Februar 1985 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Basel, im November 1984

EUROFIMA
Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial, Basel

ITALIEN / Neues Sicherheitsnetz für die Kreditinstitute

Solidaritätsfonds geplant

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Der Zentralverband der italienischen Kreditinstitute bereitet gegenwärtig einen Solidaritäts- und Garantiefonds vor, der im Falle von Insolvenzen und Bankenzusammenbrüchen einspringen soll. Der Verband kommt damit dem Wunsch der italienischen Zentralbank entgegen, die schon kurz nach dem im Sommer vor zwei Jahren erfolgten Zusammenbruch des Mailänder Kreditinstituts Banco Ambrosiano die Anregung für ein solches Sicherheitsnetz der Banken ausgesprochen hatte.

Bei Bankenzusammenbrüchen tritt derzeit nur die Banca d'Italia selbst auf Grund einer Regierungsverordnung ein, die nach dem Konkurs der Banken des sizilianischen Bankiers und Finanziers Michele Sindona im September 1974 erlassen worden war. Im Rahmen dieses sogenannten „Sindona-Erlasses" intervenierte die italienische Zentralbank auch, um Insolvenzen auszugleichen, die durch den Zusammenbruch des Mailänder Kreditinstituts Banco Ambrosiano entstanden. Bankkreisen zufolge soll es sich dabei um etwa 500 Mrd. Lire gehandelt haben.

Der geplante Solidaritätsfonds der Banken soll in vier Fällen einspringen: im Falle von Liquiditätskrisen, Konkursverwaltung, wenn andere Banken ein in Liquidation befindliches Kreditinstitut übernehmen wollen und schließlich, um Einleger für Verluste zu entschädigen.

Der Fonds soll als Verein auf Gegenseitigkeit bei dem Verband der Kreditinstitute (ABI) in Rom gegründet und von den Verbandsorganen verwaltet werden. Die Zentralbank wird durch einen eigenen Delegierten vertreten sein. Geplant ist, den Garantiefonds mit 4000 Mrd. Lire zu dotieren, wozu die Banken nach ihren Einlagevolumen beitragen sollen. Die Fondssumme entspricht etwa einem Prozent des Depositenvolumens des italienischen Banksystems. Der größte Teil des Fonds wird aus Kreditlinien und nur zu einem geringen Teil aus Bareinlagen bestehen. Neben dem neuen Sicherheitsnetz der Kreditinstitute bleibt das der Zentralbank weiter bestehen. Nach den Plänen der italienischen Währungs- und Kreditbehörden soll die Zentralbank künftig aber erheblich entlastet werden. Zentralbankkreise betonen ihrerseits, daß der Fonds der von den Währungsbehörden geförderten Tendenz entspreche, die Selbstverantwortung der Banken zu stärken.

TÜRKEI / Investitionsmöglichkeiten für Kleinsparer – Staatskasse soll saniert werden

Zahlreiche Privatisierungen geplant

E. ANTONAROS, Athen

Trotz wachsender Kritik von seiten der Opposition hält der türkische Ministerpräsident Turgut Özal an seinem Wahlversprechen fest: Bereits Anfang 1985 will der an freier Marktwirtschaft orientierte Regierungschef die Privatisierung von insgesamt 263 Staatsunternehmen aller Größenordnungen einleiten. Verschiedene Modelle sind geplant.

Einige Betriebe sollen als ganzes Paket interessierten Privatunternehmern verkauft werden. Bei anderen Firmen werden nur Anteilscheine angeboten, so daß interessante Investitionsmöglichkeiten für den Durchschnittstürken entstehen sollen. Schließlich ist vorgesehen, bei einer dritten Unternehmensgruppe – dazu zählen die Bosporus-Brücke und die Autobahnen – nur Einkommenszertifikate ohne eine Veräußerung des Eigentums anzubieten.

Zu den Firmen, die zuerst privatisiert werden sollen, gehören die türkische Fluggesellschaft Turkish Airlines (THY), die türkische Erdölgesellschaft sowie die Tee-, Kohle-, Eisenbahn- und Postgesellschaften. Für die THY haben sich bereits zahlreiche Interessenten gemeldet.

Als begehrtestes „Objekt" gilt jedoch die besonders profitable Bosporus-Brücke: Die Behörden gehen jetzt schon davon aus, daß Millionen türkischer Kleinsparer bereit sein werden, ihre Ersparnisse dort anzulegen. Zahlreiche Broker-Firmen – einige aus dem Ausland – haben bereits ihr Interesse bekundet, die Vermarktung dieser Zertifikate zu übernehmen.

Von dieser gigantischen Privatisierungsaktion verspricht sich Özal mehrere Vorteile: Einerseits sollen durch die Veräußerung dieser Firmen Beträge in der Höhe von schätzungsweise drei Mrd. Dollar der Staatskasse zufließen. Gleichzeitig wird Özal erreichen, daß der in letzter Zeit zugenommene Geldumlauf, der sein Stabilisierungs- und Antiinflationsprogramm gefährdet, erheblich zurückgehen wird.

In den letzten Jahren ist ein ständiger Rückgang der Spareinlagen der türkischen Kleinsparer verzeichnet worden, weil durch den Kollaps von zahlreichen Broker-Firmen und Kleinbanken vor zwei Jahren das Mißtrauen gegenüber den Geldinstituten gewachsen ist. Die Türken haben seither Geld ausgegeben, statt es zur Bank zu tragen; ein Auftrieb für die Inflation.

Mit Hilfe der Privatisierungswellle und der Schaffung einer modernen Börse unter Beratung von renommierten Instituten und Firmen in Westeuropa und Amerika will Özal zusätzlich den recht primitiven türkischen Kapitalmarkt modernisieren. Dadurch sollen Alternativmöglichkeiten für den Kleinsparer entstehen. Gleichzeitig sollen jedoch auch mehrere Privatfirmen, die sich jetzt in Familienbesitz befinden, veranlaßt werden, ihre Aktien an der Börse notieren zu lassen. Dadurch würde die Geldbeschaffung erleichtert, die wegen der restriktiven Kreditpolitik Özals besonders kompliziert ist.

Schließlich will Özal durch den „Verkauf" der Staatsfirmen eine Entlastung der Staatsfinanzen erreichen: Die personell überbesetzten Staatsunternehmen haben Jahr für Jahr Defizite in Milliardenhöhe produziert, die immer wieder vom Staat in Form von Subventionen abgedeckt wurden. Dieser Politik soll nun ein Ende gesetzt werden. Die Opposition, die im Fall eines Wahlsieges Özals die Privatisierungspläne wieder rückgängig machen will, weist darauf hin, daß im Zuge dieser Politik die Arbeitsplätze von vielen der 700 000 im Staatssektor beschäftigten Türken gefährdet sein könnte. SAD

FRANKREICH / Prognosen nach oben korrigiert

Wachstum beschleunigt sich

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Wirtschaft beginnt sich allmählich von der Stagnation zu erholen, in die sie zunächst wegen der internationalen Rezession und dann infolge der nationalen Austerity-Politik geraten war. Zwar ist der Verbrauch der privaten Haushalte immer noch sehr schwach und der Wohnungsbau geht weiter zurück. Jedoch hat die Industrieerzeugung inzwischen einen neuen Rekordstand erreicht.

Das Nationalinstitut für Statistik (INSEE) erwartet für das Gesamtjahr einen Produktionsanstieg um mindestens zwei Prozent, womit die letzte Prognose (Juli) erheblich aufgebessert wird.

Nach wie vor ist aber eine Zunahme der Investitionstätigkeit um nicht weniger als real 12 Prozent unterstellt. Der Anstieg der französischen Industriegüterausfuhr wird aber nunmehr auf real drei statt zwei Prozent veranschlagt.

Die Binnennachfrage nach Konsumgütern würde dagegen weiter stagnieren. Dem Rückgang der Realeinkommen infolge des schwächer gewordenen Lohnanstiegs stünde eine entsprechend nachlassende Spartätigkeit gegenüber. In einzelnen Bereichen (Textilien) geht der Verbrauch jedoch zurück.

Die französische Regierung erwartet für 1984 eine Zunahme des Bruttosozialprodukts um 1,5 Prozent, während das Konjunkturforschungsinstitut Bipe mit 1,3 Prozent rechnet. Für das nächste Jahr sagt es eine Expansion von 1,2 Prozent voraus, da sich der Ausfuhranstieg von real 5,5 auf 3,7 Prozent abschwächen dürfte. Dem stünde ein auf 1,3 (0,8) Prozent verstärkter Zuwachs des privaten Verbrauchs gegenüber.

Die Inflationsrate wird in dieser Studie für 1985 auf 6,3 Prozent geschätzt, nach 7,6 Prozent in diesem und 9,6 Prozent im letzten Jahr. Das Defizit der Handelsbilanz wird auf 10,7 Mrd. Franc und das der Leistungsbilanz auf 2,9 Mrd. Franc in 1985 veranschlagt, was jeweils weniger als die Hälfte der diesjährigen Passivsalden wäre.

Demgegenüber will die Regierung die Handels- wie Leistungsbilanz im nächsten Jahr aus den roten Zahlen bringen und die Inflationsrate zwischen Anfang und Ende 1985 von sieben auf 4,5 Prozent reduzieren, womit das Inflationsgefälle zu den wichtigsten Handelspartnern praktisch beseitigt werden soll.

ADIG / Für international diversifizierende Anleger

Zwei neue Rentenfonds

DANKWARD SEITZ, München

Eine Belebung ihres Geschäfts verspricht sich die Adig Allgemeine Deutsche Investment-GmbH, München/Frankfurt, von der Auflage zweier neuer international anlegender Rentenfonds. Die beiden neuen Fonds „Adirewa" und „Fondirent" werden, wie Adig-Geschäftsführer Erik Fintelmann erläuterte, vor allem auf die hohe Zinsdifferenz zwischen den USA und der Bundesrepublik setzen. Zielgruppe sind Anleger, die ihr Wertpapierdepot mit hochrentierenden ausländischen Rentenwerten ergänzen möchten, aber nicht über die relativ hohen Mittel für eine Direktanlage im Ausland verfügen.

Der „Fondirent" ist als klassischer Rentenfonds konzipiert und schüttet den Zinsertrag schüttet einmal jährlich aus. Der „Adirewa" wird dagegen alle Gewinne thesaurieren. Ab 29. November können erstmals Anteile für beide Fonds erworben werden. Der Erstausgabepreis beträgt jeweils 85 DM je Anteil. Depotbank für „Fondirent" ist die Bayerische Vereinsbank, für „Adirewa" die Commerzbank.

Fintelmann geht davon aus, daß in den ersten zwei bis drei Monaten „Fondirent" ein Zeichnungsergebnis von 130 bis 150 Mill. DM erreichen wird, der „Adirewa" wegen des speziellen Charakters etwas weniger.

Bisher verwaltete die Adig acht Wertpapierfonds mit einem Fondsvermögen von derzeit insgesamt rund 7,3 Mrd. DM. Den Netto-Mittelzufluß für die ersten neun Monate 1984 bezifferte Fintelmann auf 310 Mill. DM gegenüber einem Abfluß von 192 Mill. DM zur Vorjahreszeit. Das beste Ergebnis vezeichnete dabei der vor einem Jahr neu aufgelegte Technologiefonds „Aditec" mit einem Mittelzufluß von 85,9 Mill. auf 368 Mill. DM.

BADISCHE GENOSSENSCHAFTEN / Mehr Schwung im Kreditgeschäft

Die Weinernte ist besser als erwartet

WERNER NEITZEL, Staufen

Die Sonnenstrahlen und das Föhnwetter der letzten Tage und Wochen haben bewirkt, daß die badischen Winzer mit der diesjährigen Weinernte entgegen den lange Zeit gehegten Befürchtungen doch recht zufrieden sein können. Voraussichtlich werden zehn Prozent der Ernte die Landweinstufe, 85 Prozent die Qualitätswein- und fünf Prozent die Prädikatsweinstufe erreichen. Dieser wider Erwarten guten qualitativen Ausbeute entspricht freilich nicht das Mengenresultat.

Die Einlagerung der 122 Winzergenossenschaften mit den über 66 000 Einzelwinzern als Mitgliedern, die hierzulande absolut in der Weinwirtschaft dominieren, wird in 1984 bei schätzungsweise 80 bis 85 Mill. Litern Wein liegen, was gegenüber der überreichen Vorjahreslese ein Rückgang um rund 40 Prozent bedeutet. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß mit dem Bestand (per 30. 6. 1984) von 217 Mill. Litern die Keller noch mehr als reichlich gefüllt waren. Die badischen Genossenschaften hoffen, in diesem Jahr rund 100 Mill. Liter Wein zu verkaufen. Im Weinwirtschaftsjahr 1983/84 (31. 8.) waren mit 88,1 Mill. Liter 2,8 Prozent mehr als im Vorjahr umgesetzt worden. Die Erlöse verringerten sich infolge des Preisdrucks um 5,2 Prozent auf 399 Mill. DM.

Der Struktur in der genossenschaftlichen Weinwirtschaft in Baden, wo der Konzentrationsprozeß abgeschlossen sein dürfte, wie auch dem Waren-, Dienstleistungs- und Kreditsektor attestiert Verbandspräsident Egon Gushurst Leistungsstärke und Stabilität. Bei den 205 badischen Volksbanken und Raiffeisenbanken mit ihren insgesamt 580 Geschäftsstellen – auch hier sei im großen und ganzen die Straffung abgeschlossen – erreichte Ende September 1984 die zusammengefaßte Bilanzsumme 32 Mrd. DM. Während die Entwicklung bei den Einlagen mit einem Plus von zwei Prozent verhalten war, wies das Kreditgeschäft mit einem Zuwachs von 6,3 Prozent auf 22 Mrd. DM einen vergleichsweise größeren Schwung auf.

Sehr stark ausgebaut wurde das Dienstleistungsgeschäft. Befriedigt äußerte sich Gushurst darüber, daß die badischen Kreditgenossenschaften von einigen Ausnahmen abgesehen doch sehr vorsichtig operierten. So habe in den letzten Jahren auch keine Genossenschaftsbank dieser Region gestützt werden müssen. Die Garantieeinrichtungen hätten dadurch gestärkt werden können.

HAKO / Hälfte des Umsatzes durch Auslandsgeschäfte

Engagement in USA erweitert

JAN BRECH, Hamburg

Die Hako-Werke GmbH & Co, Bad Oldesloe, die zu den führenden europäischen Herstellern von Maschinen für die Gebäudereinigung und Grundstückspflege zählen, haben ihr Engagement in den USA wesentlich erweitert. Wie die Geschäftsleitung mitteilt, hat die amerikanische Tochtergesellschaft Hako Minuteman Inc., Illinois, die weltweiten Aktivitäten der Firmen-Gruppe Multi Clean von dem Chemiekonzern H. B. Fuller erworben. Die Hako-Gruppe verfüge nunmehr über ein komplettes Maschinenprogramm und rücke auf dem US-Markt zu einem führenden Anbieter von Reinigungsmaschinen auf.

Durch den Erwerb dürfte Hako in den USA in eine Umsatzgröße von gut 70 Mill. DM wachsen. Die 1980 erworbene Tochter Hako Minuteman, die Hako-Produkte vertreibt, setzt in diesem Jahr etwa 30 Mill. DM um. Für Multi Clean mit Tochterunternehmen in Kanada, Australien und Japan wird ein Geschäftsvolumen von 40 Mill. DM angegeben.

Multi Clean mit Sitz in Minnesota verfügt nach Angaben von Hako über ein Programm von Maschinen für die Reinigung von Hartböden und Teppichen im gewerblichen Bereich sowie über eine Palette chemischer Produkte für die Reinigung und Pflege von Fußböden. Der Chemiekonzern Fuller habe sich von der erfolgreichen Tochter getrennt, um die Aktivitäten auf die Hauptproduktlinien Klebemittel zu konzentrieren.

Das Auslandsgeschäft hat die Expansion bei den Hako-Werken bereits in den vergangenen Jahren bestimmt. Von fast 150 Mill. DM Umsatz im letzten Jahr entfielen gut die Hälfte auf das Auslandsgeschäft. Schwerpunkte sind neben den USA. Japan, England und Frankreich.

Autoaktien unter Druck

Schleppender Handel am Wochenbeginn

DW. – Wie in den letzten Wochen üblich geworden, litt das Aktiengeschäft an der Montagbörse unter Ordermangel. An der New Yorker Börse scheint der neue Kurs noch nicht abgesteckt zu sein, die Zinsentwicklung in den USA gibt immer wieder Rätsel auf und auch der Dollar hat noch keinen eindeutigen Trend gefunden. Angesichts dieser Fragezeichen überrascht es nicht, wenn sich die Ausländer vom deutschen Aktienmarkt zur Zeit fernhalten. Dennoch war die Tendenz am Wochenbeginn bemerkenswert widerstandsfähig.

Unter Druck geraten sind allerdings die Autoaktien. Die totale Verwirrung über den Zeitpunkt und die Folgen der Einführung umweltschutzfreundlicher Pkw verunsichert nicht nur die Käufer, sondern zunehmend auch die Börsianer, die fürchten, daß sich die bisherigen Gewinnschätzungen nicht länger halten lassen. Der Porsche-Kurs wurde um rund 25 DM, der Daimler-Kurs um etwa 10 DM zurückgenommen. Bemerkenswert stabil lagen dagegen die Bankaktien. In Einzelfällen zogen ihre Kurse sogar leicht an. Kaum verändert waren auch die Titel der Großchemie. Im Elektrobereich machte sich bei Siemens das Fehlen ausländischer Käufer bemerkbar, auch Nixdorf wurde etwas zurückgenommen. Dagegen belebte sich das Interesse für PKI.

Düsseldorf: Aseag verbesserten sich um 10 DM, Alexander und Stahlwerke Bochum um je 4 DM und Thüringer Gas um 6 DM. Deutsche Atlanten, Rhenag und Düwag verloren 5 DM und Keramag 3,80 DM. Bei den Versicherungen verminderten Allianz Leben um 20 DM und Magdeburger Feuer stockten um 20 DM auf.

Frankfurt: Adt stockten um 3,20 DM und KSB um 4,20 DM auf. Hartmann & Braun Vz. verloren 10 DM auf 420 DM und MAN Roland verminderten um 15 DM auf 400 DM. MAB verbesserten sich um 15 DM auf 345 DM und Sinalco um 15 DM auf 515 DM. Porsche verloren 35 DM auf 980 DM. Veith Pirelli schlossen um 10 DM fester.

Hamburg: Markt und Kühlhallen erhöhten um 5 DM auf 365 DM und Triton verbesserten sich um 3 DM auf 110 DM. HEW lagen bei 80,50 DM sowie NWK-Vz. bei 167 DM jeweils um 0,50 DM leichter. Bremer Vulkan gingen zu 69,10 DM um. Von Reedereiwerten stiegen Hapag Llyod um 1,50 DM.

München: Agrob St. schlossen um 4 DM und Brau AG Nürnberg um 3,50 DM fester. Deckel AG verbesserten sich um 2,80 DM, Dywidag um 4 DM und Grünzweig um 1 DM. Neue Baumwolle Hof stockten um 1 DM und Otto Stumpf um 5,20 DM auf. Nachgeben mußten Bay. Lloyd um 5 DM und Erlus AG um 5 DM.

Berlin: Kempinski zogen um 10 DM an und Berliner Elektro konnten 2,50 DM zulegen. Berliner Lindl gaben um 2 DM, Berthold und Herlitz Vorzüge um je 1,50 DM und DUB-Schultheiss um 1 DM nach.

Nachbörse: nachgebend

WELT-Aktienindex: 157,4 (158,2)
WELT-Umsatzindex: 2225 (2940)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

DM-Anleihen

Ausland

Brüssel

	12.11.	9.11.
Arbed	1760	1770
Brux. Lambert	2320	2320
Cockerill Ougrée	296	298
Ebes	2790	2790
Gevaert	3410	3450
Kreditbank	7500	7550
Pétrofina	7350	7340
Soc. Gén. d. Belg.	1850	1845
Sofina	8200	8200
Solvay	4400	4420
UCB	5120	5000
Index	–	162,10

Singapur

	12.11.	9.11.
Cycle + Car.	2,90	2,99
Cold Storage	2,80	2,85
Dev. Bk. of Sing.	5,35	5,40
Fraser + Neave	4,88	4,98
Kl. Kepong	2,20	2,26
Mal. Banking	5,45	5,65
Nat. Iron	3,74	3,80
OCBC	8,75	9,80
Sime Darby	1,84	1,89
Singapur Land	2,81	2,85
Un. Overs. Bank	4,22	4,30

Optionshandel

Goldmünzen

Euro-Geldmarktsätze

Devisen und Sorten

Devisenmärkte

Der Rückgang der Produzentenpreise in den USA am Freitag sowie die Erwartung des Marktes, daß eine Diskontsenkung in den USA möglich sei, drückten auf die Zinssätze. Die Auswirkungen auf den Dollarkurs am 12. 11. waren jedoch kaum zu sehen, denn der Preis der Leitwährung stabilisierte sich zwischen 2,95 und 2,96 bei einer amtlichen Notiz von 2,9548. Die politische Entwicklung in Mittelamerika und das Fehlen des New Yorker Devisenmarktes dämpften merklich die Unternehmungslust. Die Bundesbank griff in das Marktgeschehen nicht ein. Das höher verzinsliche Englische Pfund profitierte von den niedrigen Dollar-Zinssätzen und befestigte sich gegen D-Mark um 2,4 Promille auf 3,735. Der Schweizer Franken gewann 15 Pfg. auf 121,97 und der Japanische Yen notierte unverändert mit 1,2365. US-Dollar in: Amsterdam 3,3320; Brüssel 59,7675; Paris 9,0715; Mailand 1839,70; Wien 20,7640; Zürich 2,4226; Ir. Pfund/DM 3,099; Pfund/Dollar 1,2840; Pfund/DM 3,735.

Ostmarktkurs am 12. 11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Am Montag kam es in einem sehr ruhigen Markt zu einer deutlichen Verringerung der Terminabschläge für US-Dollar gegen D-Mark. Die Dollar-Eurosätze lagen ⅛ Prozent unter den Kursen der Vorwoche.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,00/0,90	2,88/2,78	5,75/5,55
Pfund/Dollar	0,10/0,08	0,10/0,08	0,07/0,04
Pfund/DM	2,10/0,76	4,50/2,10	7,80/5,40
FF/DM	22/06	51/35	93/77

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 12. 11.: Tagesgeld 5,50–5,60 Prozent; Monatsgeld 5,60–5,70 Prozent; Dreimonatsgeld 5,95–6,05 Prozent.

Privatdiskontsätze am 12. 11.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 12. 11.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Oktober 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/9 (Typ A) 5,00 (5,00) – 7,00 (5,97) – 7,25 (6,37) – 7,75 (6,68) – 8,00 (6,91) – 8,50 (7,13). Ausgabe 1984/10 (Typ B) 5,00 (5,00) – 7,00 (6,00) – 7,25 (6,41) – 7,75 (6,75) – 8,00 (6,99) – 8,50 (7,24) – 8,50 (7,42). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,35, 2 Jahre 6,30. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00; Kurs 100,4; Rendite 6,90.

HOLZMANN / Ende der hohen Zuwächse in Sicht

Auftragsbestand gesunken

INGE ADHAM, Frankfurt

Die ungünstige konjunkturelle Lage auf dem inländischen Baumarkt und der absehbare Rückgang im Auslandsgeschäft gebieten eine vorsichtige Beurteilung der Situation, schreibt der Vorstand der Philipp Holzmann AG seinen Aktionären im Zwischenbericht. Für dieses Jahr freilich winkt den Aktionären, die für 1983 mit 10 DM Dividende plus 1 DM Bonus je 50-DM-Aktie bedacht worden waren, „noch ein befriedigendes Gesamtergebnis". Denn bei dem Frankfurter Bauriesen war ein hoher Auftragsbestand in das Jahr 1984 übernommen worden, und die Bauleistung in den ersten neun Monaten liegt mit 6182 (i. V. 5686) Mill. DM um 8,7 Prozent über dem Vorjahresstand (im Konzern).

Davon entfallen 4220 (3928) Mill. DM auf das Ausland, worin sich besonders die Abwicklung großer Saudi-Arabien-Aufträge niederschlägt. Im Inland fällt die Leistungssteigerung mit plus 11,6 Prozent auf 1962 (1758) Mill. DM noch deutlicher aus. Die Entwicklung der neuen Aufträge signalisiert jedoch ein Ende der hohen Zuwächse: Im Inland blieben die Neuaufträge um gut ein Fünftel unter dem Vorjahresstand, eine Folge der schwächer gewordenen Baukonjunktur. Aus dem Ausland nahm Holzmann aber 24 Prozent mehr neue Aufträge herein als im (schwachen) Vorjahr. Dies ist jedoch allein Folge der gestiegenen Baunachfrage in den USA, im übrigen Ausland bröckelten die Aufträge ab.

Nach den ersten neun Monaten dieses Jahres macht der Auftragsbestand im Konzern damit 7790 (8844) Mill. DM aus, knapp 12 Prozent weniger als der entsprechende Vorjahresstand. Dabei fiel der Rückgang im Inland mit 14,7 Prozent auf 1859 (2179) Mill. DM weitaus kräftiger aus als beim Auslandsbestand (minus 11 Prozent auf 5931 Mill. DM), denn der Auftragsbestand bei den amerikanischen Beteiligungsgesellschaften ist weiter gestiegen. Im Inland beschäftigte der Konzern Ende September 14 800 Mitarbeiter (minus 5 Prozent), im Ausland nur noch 19 200 (minus 17,6 Prozent), da mehrere Projekte in Saudi-Arabien ausgelaufen sind und in Nigeria eingeschränkt wurden.

MÜNCHENER RÜCK / Durch Verbesserung der Kapitalerträge mußte „nichts aus dem Regal genommen werden"

Höheren technischen Verlust gut verkraftet

DANKWARD SEITZ, München

An der Tendenz hat sich nichts geändert: Schon seit Jahren stehen die Rückversicherer auf fast allen Märkten unter Druck, wobei die gleichmäßige Verteilung des internationalen Geschäfts dafür sorgt, daß sich keine der großen Gesellschaften dieser Entwicklung entziehen kann. So mußte auch die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, München, trotz aller Sanierungsbemühungen im Portefeuille im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) eine weitere Verschlechterung ihres versicherungstechnischen Ergebnisses um 61 Mill. auf 431,3 Mill. DM hinnehmen.

Erstaunlich ist jedoch, daß jetzt beim Vorstandsvorsitzenden Horst K. Jannott wenigstens ein leichter Stimmungswandel bei der Interpretation dieses Ergebnisses festzustellen ist. Während er in den Vorjahren seiner Bewertung immer nur diesen Bereich zugrunde legte, bezog er diesmal – ohne damit einer rein umsatzorientierten, risikoreichen Geschäftspolitik das Wort reden zu wollen – das allgemeine Geschäft mit ein, wenn er sagt, daß man „mit 1983/84 gut fertig geworden" ist. Und in der Tat, dann sieht es bei der Münchener Rück wahrlich nicht schlecht aus.

Allein der erneut erheblichen Verbesserung der Kapitalerträge verdankt man es, wie Jannott es formulierte, daß „nichts aus dem Regal genommen werden mußte, sondern sogar noch etwas reingestellt werden konnte". So war es möglich, den Schwankungsrückstellungen diesmal 34 (29) Mill. DM und den Schadensrückstellungen gar 50 (25) Mill. DM zuzuweisen. Unter dem Strich bleibt dennoch ein auf 44,2 (35,2) Mill. DM gestiegener Jahresüberschuß, aus dem der Hauptversammlung am 7. Dezember die Ausschüttung einer unveränderten Dividende von neun DM je 50-DM-Aktie auf das voll dividendenberechtigte erhöhte Grundkapital von 475 (377) Mill. DM vorgeschlagen wird. Großaktionäre sind die Allianz Versicherungs-AG, München, mit 25 Prozent und die Commercial Union Assurance Comp. Ltd., London, mit fünf Prozent.

Das erneut brutto wie netto moderate Beitragswachstum von etwas über vier Prozent begründete Jannott mit verstärkter Selektion. Sowohl im Inland, das eine Zuwachsrate von 4,4 (5,3) Prozent brachte, als auch im Ausland (3,3 nach 4,1 Prozent) seien zum einen Verträge gelöst worden – allein im Feuerbereich waren es über 117 Mill. DM. Zum anderen habe man im Neugeschäft „Qualität vor Quantität" gesetzt. Dabei wäre das Wachstum mit 2,4 Prozent noch geringer ausgfallen, wenn nicht die niedrigere DM-Bewertung gegenüber dem US-Dollar das Auslandsvolumen (Umsatzanteil 47 Prozent) positiv beeinflußt hätte.

Für 1984/85 rechnet Jannott erneut mit einem Umsatzplus von etwa 400 Mill. DM. Das versicherungstechnische Ergebnis werde nicht verbessert werden können, obwohl die Zahl der Größtschäden – im vergangenen Jahr mußten 22 solcher Fälle mit „weit über 440 Mill. DM" reguliert werden – sich wieder „normalisiert" hat. Diese Normalität habe aber die Münchener- Hagel-Katastrophe wieder total verhagelt. Sie wird einiges mehr als 100 Mill. DM erfordern und damit der zweitgrößte Schaden für die Münchener Rück in den letzten 30 Jahren sein. Insgesamt aber dürfe, so Jannott, bei „deutlich zunehmenden Kapitalerträgen" ein guter Jahresüberschuß erreicht werden, der es erlauben dürfte, den Dividendensatz von 18 Prozent aufrecht zu erhalten.

Münchener Rück	1983/84	±%
Brutto-Prämie (Mill. DM)	10 029	+ 4,1
Auslandsanteil (%)	47,5	unver.
Netto-Prämie [1]	8809	+ 4,8
Selbstbehalt (%)	87,9	(87,3)
Aufw. f. Vers.-Fälle	6101	+ 9,8
Vers.techn. Ergebnis [2]	– 466	(– 400)
Kapitalanlagen [3]	11 283	+ 11,4
Kapitalerträge [4]	869	+ 17,8
in % der Nettoprämie	**1983/84**	**1982/83**
vers.techn. Ergebnisse	– 5,3	– 4,3
Vers.techn. Rückst.	198,1	186,3
Garantiemittel	208,9	195,9
Betriebskosten	2,2	2,1
Eigenkapital	10,8	9,6

[1]) Bruttoprämie minus Rückversicherungsbeiträge; [2]) nach Zuführung von 34,3 (29,2) Mill. DM zu den Schwankungsrückst. und vor Abzug d. Aufwend. f. eig. Verw.; [3]) ohne Depotforderungen; [4]) netto.

HEIMSTATT

Bauspargeschäft zufriedenstellend

sz. München

Ein zufriedenstellendes Geschäft erwartet die Heimstatt Bausparkasse AG, München, 1984. Per Ende Oktober ergab sich, wie Vorstandssprecher Gottfried Hofmann vor der Presse mitteilte, ein Abschlußvolumen von rund 600 Mill. DM. Die Zuwächse betragen rund 10 Prozent bei der Vertragszahl und rund 2 Prozent in der Bausparsumme, nach Steigerungsraten von etwa 8 bzw. 4 Prozent 1983. Angesichts der erwarteten Entscheidung über die Rückführung der gesetzlichen Bindefrist von 10 auf 7 Jahre bei der Bausparförderung sei aber wieder mit einem anziehenden Jahresschlußgeschäft zu rechnen.

Als sehr erfolgreich bezeichnete Hofmann den im Herbst 1982 neu eingeführten Plus-Tarif, mit dem man das Tarif-Wirrwarr beendet habe. Rund 80 Prozent des Neugeschäfts entfielen bereits darauf. Mit diesem Tarif werden dem Bausparer mehrere Kombinationsmöglichkeiten angeboten, ohne daß sich aber der Kunde bei Vertragsabschluß auf eine bestimmte Form festlegen muß.

BORCO-MARKEN-IMPORT / VAT 69 reaktiviert

Erfolg mit breitem Sortiment

J. BRECH, Hamburg

Die Whisky-Marke VAT 69, die in den sechziger Jahren den deutschen Markt mit anführte, soll wieder reaktiviert werden. Die schottischen Hersteller Distillers Comp. Ltd. haben den Alleinvertrieb Mitte dieses Jahres dem Hamburger Spirituosenhaus Borco-Marken-Import Matthiesen & Co. KG übertragen. Preislich bei 20 DM angesiedelt, soll die Marke, deren Absatz auf weniger als 500 000 Flaschen abgerutscht ist, wieder in die Spitzengruppe bei den „Standard"-Scotches geführt werden.

Für das kommende Jahr streben die geschäftführenden Gesellschafter, Uwe und Jutta Matthiesen, einen Absatz von wieder mehr als 1 Mill. Flaschen an. Damit wäre auch, so Uwe Matthiesen, das seit Jahren mit zweistelligen Zuwachsraten anhaltende Wachstum der Firma gesichert. Die Borco-Marken-Import, über deren geschäftliche Entwicklung Matthiesen jetzt zum ersten Mal Angaben gemacht hat, dürfte mit einem Gesamtabsatz von 16 bis 17 Mill. Flaschen und einem Umsatz von 150 bis 160 Mill. DM zu den größten Spirituosen-Importhäusern in der Bundesrepublik gehören.

Das 1948 in Hamburg gegründete Unternehmen hatte Anfang der siebziger Jahre die eigene Spirituosenherstellung aufgegeben und sich auf den Vertrieb ausländischer Markenspirituosen spezialisiert. Mit rund 35 Marken zählt das Sortiment zu den breitesten in der Branche.

Das zügige Wachstum in den vergangenen Jahren führt Matthiesen auf die hohe Flexibilität im Unternehmen und den auf alle Trends abgestimmten Sortiments-Mix zurück. Während andere Unternehmen das Programm gestrafft hätten, habe Borco das Angebot ständig erweitert. 12 Marken des Hauses seien heute in ihren Segmenten die Nummer eins oder zwei am Markt. Das größte Volumen erreicht dabei die Bourbon-Marke Pennypacker mit rund 1,2 Mill. Flaschen. Im Hamburger Betrieb werden 50 Prozent der 7 bis 8 Mill. Flaschen selbst abgefüllt.

Verzehr von Fleisch und Wurst steigt

DW. Frankfurt

Mit einem Fleisch- und Wurst-Verzehr von rund 91 Kilogramm werden die Bundesbürger in diesem Jahr nach Einschätzung des Deutschen Fleischer-Verbandes, Frankfurt, ihren Verbrauch gegenüber dem Vorjahr im Schnitt um noch einmal 2,5 Kilogramm steigern. Gleichzeitig werde ein Arbeitnehmer-Haushalt mit mittleren Einkommen (vier Personen) im laufenden Jahr nur 5,7 Prozent des Budgets für solche Erzeugnisse aufwenden. Dieser Anteil habe sich in den letzten zwanzig Jahren (damals 9,7 Prozent) kontinuierlich verringert.

Der vermehrte Appetit der Verbraucher auf Fleisch und Wurst konnte allerdings nicht verhindern, daß die Fleischer-Fachgeschäfte über einen steigenden Wettbewerbsdruck durch Groß- und Supermärkte klagen. Jeder zweite Betrieb berichte, so der Fleischer-Verband, von Umsatzeinbußen zwischen drei und 15 Prozent. Die Fachgeschäfte versuchten dieser Entwicklung mit regelmäßigen Sonderangeboten zu begegnen.

NEBENBAHNEN / In den Ertragsrechnungen klaffen große Löcher

In Fahrtrichtung totes Gleis

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die nicht bundeseigenen Eisenbahnen, die sich großteils in privatem Besitz befinden oder unter der Obhut von Kommunen oder Ländern stehen, sind in akuter Gefahr, wirtschaftlich aufs tote Gleis zu fahren. Zynismus der Situation: Von Bundesseite laufen Bemühungen, die nichtrentablen Strecken der Deutschen Bundesbahn den einem Stillstand immer näher fahrenden Nebenbahn-Betrieben aufladen zu wollen.

„Es geht ums schlichte Überleben, wir haben keine Luft mehr", beschreibt Manfred Aschpalt, Leiter der Direktion der zur Agiv-Gruppe gehörenden Württembergischen Eisenbahn-Gesellschaft mbH (WEG), Stuttgart, die miserable wirtschaftliche Lage seines Unternehmens und die anderer Nebenbahnen. Insgesamt gibt es in der Bundesrepublik noch 114 Nebenbahn-Betriebe des öffentlichen Verkehrs; daneben existiert noch eine Reihe von Betrieben des nichtöffentlichen Verkehrs (Werksverkehr) mit einer Gleislänge von 4870 km (Stand Ende 1983). Sie beförderten im vergangenen Jahr auf der Schiene 59 Mill., per Bus auf der Straße 450 Mill. Personen. Hinzu kommt der Güterverkehr mit 419 Mill. Tonnen.

Allen gemeinsam ist, daß sie mehr oder minder in roten Zahlen herumkrebsen, eine Situation, die sich erheblich verschärft hat, seit Bonn aus Gründen der Haushaltskonsolidierung die Gasöl-Betriebsbeihilfe gestrichen hat und auch die Ausgleichszahlungen für die Schwerbehinderten-Freifahrt eingestellt wurden. Seitdem klaffen noch größere Löcher in den Ertragsrechnungen der Gesellschaften, die in der Verkehrsbedienung abseits der großen Verkehrsströme gelegener Regionen eine wichtige und kaum zu ersetzende Funktion wahrnehmen.

Im Falle der WEG beispielsweise, die im Landesteil Württemberg neun Eisenbahnen mit einer gesamten Streckenlänge von 133 km betreibt, entsteht durch den seit Mitte 1983 wirksamen Fortfall der Gasöl-Betriebsbeihilfe jährlich ein Verlust von 0,6 Mill. DM. Dieser wäre nur durch eine acht- bis zehnprozentige Tariferhöhung auszugleichen, die aber nicht durchsetzbar sei.

Überdies besteht aufgrund der vereinfachten Betriebsstruktur – es wurde auf Einmann-Fahrbetrieb umgestellt – praktisch kein weiterer Raum für Rationalisierung mehr. Was bleibe, um nicht sofort in die Pleite abzurutschen, sei Substanzverzehr, sagt Aschpalt. Es werden also weitere Strecken stillgelegt und das aus Grundstücksverkäufen hereinkommende Geld zur Schließung der gröbsten Lücken verwendet.

Die WEG, die insgesamt 228 (Vorjahr: 240) Beschäftigte zählt, verbuchte 1983 einen Umsatzrückgang von 2,7 Prozent auf 13,8 Mill. DM, wovon 7,9 Mill. DM auf den Kraftverkehr entfielen. Unter dem Strich stand ein Jahresfehlbetrag von 0,13 (0,14) Mill. DM. Das Stammkapital beträgt 3,6 Mill. DM.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Düsseldorf: Winter International GmbH; MT-Projekt-GmbH & Co. KG; **Essen:** BVG Baustoffvertriebsges. mbH; **Gelsenkirchen:** Gebr. Niermann, Heinz, Hermann u. Bernhard Quälling gt. Niermann GmbH; **Hamburg:** Hanseatische Recycling GmbH; KG i. UVG Müllabfuhr Uhlig GmbH & Co.; Carl Essmann & Co. GmbH; **Kassel:** Klaus Hommen, Friseur; **Köln:** CFG Luftfahrtunternehmen GmbH; **Lübbecke:** Marcus Mattheus Cornelis Janssen, Rahden, Inh. d. Musikboutique Marcus M. C. Janssen; **Neustadt:** Herrmann Wessarges, Klinker- u. Fugenbau, Garbsen 4; **Norden:** Klaus Zicke, Kaufmann, Inh. d. Filmtheater-Betriebe; **Weilheim:** Tankbau Weilheim GmbH; **Würzburg:** HEHA-Plast Herrmann & Haubner GmbH & Co. KG, Gibelstadt; Bavaria-Yachting GmbH & Co. KG, Giebelstadt; **Wuppertal:** Hans W. Oberste-Lehn Transportges. mbH, Velbert 1; Betonstahl Hanid GmbH, Haan/Rhl.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Heilbronn: Eugen Weisser & Co. KG; **Köln:** Suchanek & Cremer Damenoberbekleidung GmbH; **Stuttgart-Bad Cannstatt:** Else Munck, Inh. d. Emil Munck, Bauunternehmung; **Völklingen:** Brose Werkzeugmaschinen GmbH & Co. KG, Püttlingen.

Vergleich eröffnet: Wuppertal: Conze & Schmid, Velbert 1.

Vergleich beantragt: Karlsruhe: Bau- u. Brandschutz GmbH, Unternehmen f. vorbeugenden Brandschutz u. Wärmedämmung.

Bundesanleihen

Bundesbahn

		12. 11.	9. 11.
6½ Bdbahn 79	2/85	100	100,05
9½ dgl 73	2/85	100,45	100,5
7 dgl 77	2/87	101,15	101,1
6 dgl 77	9/87	99,05	99
5 dgl 78 II	7/88	98,55	98,5

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Renten ohne Anregungen

Obwohl in den USA die Voraussetzungen für eine weitere Zinssenkung geschaffen worden sind, ist die Unsicherheit für die weitere Zinsentwicklung noch nicht gewichen. Da am deutschen Rentenmarkt zur Zeit wieder stärker in Richtung USA geblickt wird, schlägt sich dies in einer stärkeren Zurückhaltung der Anleger nieder. Wenn die Kurse öffentlicher Anleihen dennoch um 0,05–0,10 Prozentpunkte gestiegen sind, geht dies zum Teil auf ausländische Käufe zurück. Am Pfandbriefmarkt konnte sich die vorbörslich etwas freundlichere Tendenz nicht durchsetzen.

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Freitag die Gold,- Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während auch Kaffee größere Einbußen hinnehmen mußte, konnte sich Kakao knapp behaupten.

Getreide und Getreideprodukte

	9. 11.	8. 11.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez.	361,25	360,75
März	363,00	362,75
Mai	357,50	358,25
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	238,87	239,32
Amber Durum	251,22	250,17
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	144,00	144,50
März	151,00	151,30
Mai	155,00	154,90
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	123,00	122,80
März	125,50	125,00
Mai	126,50	126,30
Hafer Chicago (c/bush)		
Dez.	184,25	184,00
März	181,50	181,75
Mai	179,00	179,75
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	276,50	276,00
März	283,50	283,50
Mai	289,50	289,75
Gerste Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	134,00	133,40
März	134,30	134,00
Mai	135,30	135,20

Genußmittel

	9. 11.	8. 11.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Dez.	140,69	141,05
März	137,30	137,81
Mai	136,25	136,50
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Dez.	2275	2280
März	2223	2233
Mai	2220	2236
Umsatz	1987	3223
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	5,35	5,38
März	5,87	5,94
Mai	6,70	6,25
Juli	6,47	6,35
Sept.	6,70	6,78
Umsatz	5875	5765
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	4,69	4,75
Kaffee London (£/t) Robusta-		
Kontrakt Nov.	2576–2594	2570–2595
Jan.	2335–2336	2319–2320
März	2214–2217	2211–2213
Umsatz	2381	4105
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1883–1884	1892–1893
März	1855–1856	1856–1858
Mai	1859–1862	1856–1858
Umsatz	7536	5406
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Dez.	137,00–140,00	140,00–141,00
März	157,80–157,80	159,00–159,20
Mai	164,60–165,00	166,00–166,20
Umsatz	2166	1669
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	437,50	437,50
weißer Sarawak	677,50	677,50
weißer Muntok	685,00	685,00
Orangensaft New York (c/lb)		
Nov.	164,00	164,70
Jan.	167,80	168,30
März	168,60	169,10
Mai	168,50	169,00
Juli	168,40	168,50
Umsatz	500	550

Öle, Fette, Tierprodukte

	9. 11.	8. 11.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	40,00	40,00
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	34,50	34,25
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	28,32	28,55
Jan.	26,80	26,91
März	25,80	25,92
Mai	25,40	25,50
Juli	25,15	25,15
Aug.	24,80	24,75
Sept.	24,50	24,40
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	30,00	32,00
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	33,50	33,00
Choise white hog 4% fr. F.	21,50	21,50
Talg New York (c/lb)		
top white	21,75	21,75
fancy	21,50	21,50
bleichfähig	19,75	19,25
yellow max. 10% fr. F.	17,75	17,25
Schweine Chicago (c/lb)		
Dez.	50,20	50,20
Febr.	51,50	51,80
April	47,80	48,00
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	67,70	68,15
März	67,85	68,10
Mai	68,90	68,40
Häute Chicago (c/lb)		
Ochsen einh. schwere River Northern	51,00	52,50
Kühe einh. schwere River Northern	45,00	50,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	621,00	620,00
Jan.	632,50	634,20
März	647,00	649,00
Mai	660,50	662,00
Juli	668,50	672,00
Aug.	669,00	672,50
Sept.	657,00	659,50
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Dez.	154,80	154,30
Jan.	157,90	157,40
März	164,20	163,70
Mai	169,70	169,80
Juli	175,30	175,50
Aug.	178,00	177,50
Sep.	178,50	178,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	9. 11.	8. 11.
Dez.	355,00	354,00
März	368,10	367,40
Mai	378,10	375,60
Kokosöl New York (c/lb)	9. 11.	8. 11.
Westküste fob Werk	50,00	51,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	12. 11.	9. 11.
jegl. Herk. cif	925,00	915,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	625,00	610,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	675,00	645,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	254,50	247,50
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1125,00	1100,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	300,00	290,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	9. 11.	8. 11.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Dez.	65,75	65,60
März	67,55	67,35
Mai	68,67	68,88
Juli	70,15	70,09
Okt.	69,60	69,50
Dez.	69,65	69,65
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS -1:	42,50	42,50
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:		
Dez.	517–521	512–517
Jan.	518–523	517–519
März	528–529	524–527
Umsatz	94	141
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:		
Dez.	51,40	51,40
März	53,40	53,40
Mai	53,50	53,50
Juli	53,50	53,50
Umsatz	0	–
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype		
Dez.	566,5–567,0	566,0–567,0
März	591,0–594,0	588,0–590,0
Okt.	596,5–600,0	587,0–588,0
Umsatz	26	27
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen		
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager		
Nov.	13 200	13 201
Dez.	12 800	12 770
Kautschuk London (p/kg)		
Nr. 1 RSS loco	62,00–65,00	60,00–64,00
Dez.	62,00–64,00	61,00–63,00
Jan.	64,00–66,00	63,00–65,00
Feb.	64,00–66,00	63,00–65,00
Tendenz: ruhig stetig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)		
Dez.	197,50–199,00	191,00–192,00
Jan.	201,50–203,00	195,25–198,75
Nr. 2 RSS Dez.	189,50–190,50	187,50–188,50
Nr. 3 RSS Dez.	186,00–187,00	184,00–185,00
Nr. 4 RSS Dez.	179,60–180,00	177,00–178,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)		
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	12. 11.	9. 11.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	136,02–136,40	134,95–135,14
drittfolg. Monat	133,96–134,15	132,71–132,90
Zink: Basis London		
laufend. Monat	237,24–237,43	237,05–237,23
drittfolg. Monat	239,11–239,30	239,54–237,73
Produz.-Preis	266,29	267,26
Reinzinn 99,9%	3946–3985	3942–3981

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	12. 11.	9. 11.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke		
(DEL-Notiz)*)	409,94–411,81	408,02–409,89
Blei in Kabeln	143,75–144,75	142,75–143,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbabsteller.

Messingnotierungen

	12. 11.	9. 11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	389,00–391,00	388,00–390,00
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	432,00–437,00	431,00–437,00
MS 63	420,00–425,00	419,00–424,00

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	9. 11.	8. 11.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,27	29,27

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	12. 11.	9. 11.
Leg. 225	372–378	370–375
Leg. 226	374–380	372–377
Leg. 231	407–411	405–408
Leg. 233	417–421	415–418

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	12. 11.	9. 11.
Platin (DM je g)	34,208	34,158
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 350	33 350
Rücknahmepr.	32 600	32 600
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 560	33 620
Rücknahmepr.	32 720	32 780
verarbeitet	35 200	35 360
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 950	33 070
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	747,90	745,20
Rücknahmepr.	725,80	723,20
verarbeitet	780,70	777,90

Internationale Edelmetalle

	12. 11.	9. 11.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	345,85	345,80
15.00	345,75	346,80
Zürich mittags	345,90–346,40	345,70–346,20
Paris (Fr/1-kg-Barren) mittags	101 050	101 250
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	606,55	607,75
3 Monate	621,15	621,95
6 Monate	634,75	635,30
12 Monate	663,70	664,20
Platin (£-Feinunze) London	9. 11.	8. 11.
fr. Markt	265,55	265,30
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	116,15	116,55

New Yorker Preise	9. 11.	8. 11.
Gold H & H Ankauf	346,80	347,10
Silber H & H Ankauf	768,00	770,00
Platin fr. Händlerpr.	337,00–340,00	337,00–340,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	146,50–147,50	149,00–150,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Nov.	765,50	773,70
Dez.	768,50	776,50
Jan.	775,20	783,70
März	787,00	795,00
Mai	800,50	809,00
Juli	813,00	823,00
Sept.	828,30	837,50
Umsatz	23 000	25 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	9. 11.	8. 11.
Nov.	60,50	51,05
Dez.	60,70	61,30
Jan.	61,30	61,90
März	62,30	62,95
Mai	63,35	63,95
Juli	64,45	65,10
Sept.	65,55	66,20
Umsatz	8000	7500

Londoner Metallbörse

	12. 11.	9. 11.
Aluminium (£/t)		
Kasse	933,00–934,00	928,50–929,50
3 Monate	958,00–959,00	953,00–953,50
Blei (£/t) Kasse	363,50–364,50	363,00–364,00
3 Monate	358,00–358,50	357,50–358,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1083,0–1083,5	1080,5–1081,0
3 Monate	1107,0–1107,5	1103,0–1103,5
abends Kasse	–	1084,0–1085,0
3 Monate	–	1107,0–1107,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1090,0–1091,0	1088,5–1090,0
3 Monate	1108,0–1109,0	1108,0–1110,0
Zink (£/t) Kasse	634,00–634,50	638,50–639,00
3 Monate	639,00–639,50	643,00–643,25
Zinn (£/t) Kasse	9470–9490	9555–9565
3 Monate	9480–9485	9550–9555
Quecksilber ($/Fl.)	–	300–310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	80–85



JUDO / Die Damen kämpfen um Olympia-Start

Per Autotelefon mit dem IOC in Mexiko verhandelt

OLAF BROCKMANN, Wien

Mit Leichtigkeit könnten die Judo-Damen die alten Herren des Olympischen Komitees (IOC) auf's Kreuz legen. Doch am liebsten nähmen Vize-Weltmeisterin Barbara Claßen (Grenzach-Wyhlen) und ihre Kameradinnen den IOC-Präsidenten Antonio Samaranch in den Würgegriff, und zwar so lange, bis dem Spanier die Luft ausginge und er sein Ja-Wort stammelte: eben die Zustimmung für die Aufnahme des Frauen-Judos ins olympische Programm für die Spiele 1988 in Seoul.

Nach Ansicht von Heinz Kempa („DDR"), dem Generalsekretär des Judo-Weltverbandes, hängt in dieser Frage alles von Samaranch ab. „Wenn der sich stur stellt, können wir nichts machen", erklärte er. Und Samaranch war es auch, der die Tür zum olympischen Programm für die weiblichen Judokas wieder geöffnet hat, nachdem sie in Los Angeles bereits zugeschlagen worden war. In einem Gespräch mit Kurt Kucera, dem Europapräsidenten, hatte der Spanier versichert, das Thema werde noch einmal erörtert und erst Ende November in Lausanne endgültig entschieden.

Mit einem Kompromißvorschlag hatte der Österreicher Kucera den Stimmungswandel bei Samaranch bewirkt. Der IOC-Präsident hatte sich wegen einer Aufblähung des olympischen Programms gegen das weibliche Geschlecht gewehrt. Doch der Weltverband reagierte. Von 1985 an werden die Kampfzeiten im Halbfinale und Finale statt sieben nur noch fünf Minuten betragen. Außerdem schlug Kucera vor, das olympische Turnier der Männer zu verkleinern (nur noch 32 Starter pro Klasse), dafür aber 16 Damen in jeder Gewichtsklasse aufzunehmen. Die Dauer des Judo-Programms bliebe die gleiche. Die einzigen schwerwiegenden Argumente von Samaranch waren damit entkräftet.

Kurt Kucera läßt nichts unversucht, „seine" Mädchen bei Olympia an den Start zu bringen. Während der Weltmeisterschaften in Wien suchte er ständig den Kontakt mit Samaranch, der bei einer IOC-Tagung in Mexiko-Stadt weilte. In langen Überseegesprächen versuchte Kucera den Spanier zu überzeugen. Beinahe grotesk dabei war diese Situation: Während eines Heurigen-Abends für die Offiziellen der Judo-Weltmeisterschaften im Weinort Grinzing sprach Kucera gar durch ein Autotelefon von Stadtsportrat Mrkvicka mit dem Sekretär von Samaranch.

Der Erfolg trieb den Österreicher zu diesem ungewöhnlichen Schritt. Die Judo-Frauen hatten in Wien die Auflagen des IOC erfüllt: zum drittenmal wurden Weltmeisterschaften ausgetragen und mit 161 Teilnehmerinnen aus 33 Ländern wurde die geforderte Internationalität bei weitem übertroffen. „Jetzt gibt es keine stichhaltigen Argumente mehr gegen uns", sagte Kucera.

Die weiblichen Judokas hatten beim Abschlußbankett im Wappensaal des Wiener Rathauses Grund zum Feiern. Das sportliche Niveau ist erneut deutlich gestiegen: höhere Aggressivität und größere Schnelligkeit, bessere Technik und Taktik. „Wir gehören zur olympischen Familie", fordert deshalb auch die Belgierin Ingrid Berghmanns selbstbewußt. Sie, die mit ihrem Finalsieg über Barbara Classen zum drittenmal den Titel in der All-Kategorie gewonnen hatte, ist die Größte im Judo-Lager der Damen. Schon jetzt bereitet sich das blonde Mädchen aus Brüssel fast profimäßig auf eventuelle olympische Lorbeeren vor. Als Angestellte eines Judo-Zentrums hat sie auch alle Möglichkeiten.

Die deutschen Damen sind dagegen noch lupenreine Amateure. Ihr Abschneiden bei der WM war entsprechend, denn die anderen sechs Mädchen neben Barbara Claaßen schieden vorzeitig aus. Frauen-Wartin Hannelore Schreiner (Saarlouis) forderte denn auch im Hinblick auf Olympia Konsequenzen: „Wenn wir den Anschluß zur Spitze nicht verlieren wollen, dürfen wir nicht so amateurhaft arbeiten. Wir benötigen dringend einen hauptamtlichen Trainer."

LEICHTATHLETIK / Die große Hilfsaktion der Schweizerin Cornelia Bürki

Zola Budd: Endet die Odyssee der Südafrikanerin nun sogar in Zürich?

KLAUS BLUME, Bonn/Zürich

Das ist die Geschichte einer Odyssee der südafrikanischen Weltrekordläuferin Zola Budd (18). Die barfuß von Rekord zu Rekord strebende Ausnahme-Athletin kam im Frühjahr dieses Jahres auf Initiative der englischen Zeitung „Daily Mail" und der amerikanischen Sport-Werbeagentur McCormick mit ihren Eltern nach London. Dort erhielt sie innerhalb kürzester Zeit einen englischen Paß, so daß sie bei den Olympischen Spielen in Los Angeles als britische Staatsangehörige an den Start über 3000 m gehen konnte.

In diesem Rennen kam es zu einer unbeabsichtigten Rempelei zwischen Zola Budd und der von ihr verehrten amerikanischen Favoritin Mary Dekker. Die Amerikanerin kam zu Fall, verlor damit die schon sicher geglaubte Goldmedaille und beschimpfte die Südafrikanerin anschließend in der Öffentlichkeit.

Zola Budd kehrte nach England zurück, verstört, verängstigt, verzweifelt. Denn in den englischen Zeitungen fand eine Kampagne gegen sie statt, in der immer wieder darauf hingewiesen wurde, sie solle Großbritannien wieder verlassen. „Zola go home", schrieb der „Daily Express". Als ihre Eltern nach fast 30jähriger Ehe obendrein die Scheidung einreichten, brach für Zola Budd eine Welt zusammen. Sie verließ England und versteckte sich mit ihrer Mutter in der Nähe von Stellenbosch in Südafrika auf der Farm von Freunden.

Die Schweizer Läuferin Cornelia Bürki, eine gebürtige Südafrikanerin, kennt Zola Budd von ihren Trainingsaufenthalten in ihrer alten Heimat seit vielen Jahren. Cornelia Bürki zur WELT: „Ich traf sie in Los Angeles vor dem Start zum 3000-m-Finale. Es war nicht mehr das lustige, so kindliche Mädchen, das ich in Südafrika kennengelernt hatte. Zola stand ganz verloren und allein in der englischen Mannschaft da. Und so habe ich mich um sie gekümmert. Sie erzählte mir, sie wolle weg aus England, sie habe schon öfters ihre Koffer gepackt, um einfach auszureißen. Doch ihr Exklusivvertrag mit der englischen Zeitung ‚Daily Mail' ließ das nicht zu."

Als Zola Budd nun nach Südafrika zurückkehrte, rief Cornelia Bürki die Freundin an. Sie unterbreitete ihr den Vorschlag, sich künftig bei ihr in Rapperswil in der Schweiz niederzulassen, um endlich zur Ruhe zu kommen. Cornelia Bürki: „Sie war im Moment richtig überrascht. Kein Wunder, denn sie hat in letzter Zeit so vielen falschen Freunden vertraut und sich dabei selber aus den Augen verloren. Ich habe ihr gesagt, laß dir Zeit und wäge alles genau ab. Ich schlage dir vor, am 30. Dezember beim traditionellen Silvesterlauf in Zürich zu starten, dann können wir alles Endgültige beratschlagen."

Eine Südafrikanerin mit britischem Paß, die künftig die Schweizer Staatsangehörigkeit besitzen wird? „Warum nicht", sagt Cornelia Bürki. Und über die Zukunft ihrer südafrikanischen Freundin in der Schweiz sprach Cornelia Bürki mit Res Brügger, dem Chef des berühmten Zürcher Sportfestes. Brügger, Direktor einer renommierten Schweizer Versicherung, hat sich bereit erklärt, Zola Budd in seinem Unternehmen unterzubringen. Cornelia Bürki: „Wenn sie mit Schweizern zusammenarbeitet, lebt sie ja nicht mehr so isoliert wie im Sommer in London. Gleichzeitig sollte Zola dann in Zürich Deutschunterricht nehmen."

Cornelia Bürki, die seit 14 Jahren in der Schweiz lebt und beim olympischen 3000-m-Lauf in Los Angeles den fünften Platz belegte, ärgert sich vor allem darüber, daß alle jene, die einst in England mit Zola Budd ihre Geschäfte machten, sie nach dem Debakel von Los Angeles schmählich im Stich gelassen haben.

Cornelia Bürki: „Es ist doch eine Ungeheuerlichkeit, wenn die ‚Daily Mail' heute behauptet, es habe keine Verbindung zwischen ihr und der Familie Budd gegeben. Ich selbst war doch in Südafrika dabei, als sich die Redakteure dieser Zeitung drei Wochen lang von früh bis spät um die Vermarktung von Zola Budd bemüht haben."

Es sei auch nicht wahr, daß Zola Budd ein Verhältnis mit ihrem Trainer Peter Lambuschague gehabt habe. Cornelia Bürki: „Zola hat in Südafrika einen 18jährigen Jungen zum Freund. Sie hat sich auch niemals, wie jetzt überall zu lesen war, von ihrem Trainer getrennt."

Daß sie zum Spielball der Verbände und Geschäftemacher geworden ist, habe Zola Budd tief verletzt. Cornelia Bürki sagt: „Aber noch viel mehr hat es sie getroffen, daß die Ehe ihrer Eltern nach fast 30 Jahren Bestand deshalb auseinandergegangen ist. Zola macht sich ungeheure Vorwürfe, sie sei am Auseinanderbrechen ihrer Familie ausschließlich und ganz alleine schuld. Was sie jetzt braucht, ist viel Ruhe und Zuspruch von wirklichen Freunden."

Der südafrikanische Verband hat ihr zumindest Ruhe zugesichert – drei Monate hat sie Bedenkzeit, für wen sie künftig starten will.

Weltrekordläuferin Zola Budd aus Südafrika: Nachdenken über eine ungewisse Zukunft. FOTO: UPI

STAND PUNKT

Holmes – ein Opfer seiner Siege

Der Mann ist ein Siegertyp. Zum 46. Mal ist Larry Holmes als Sieger aus dem Ring geklettert. Noch drei Siege mehr, dann wird er einen Rekord brechen, den immer noch Rocky Marciano hält.

Marciano war der bislang der letzte amerikanische Schwergewichtsweltmeister weißer Hautfarbe und stets darauf bedacht, nicht als „dummer Faustkämpfer" belächelt zu werden. Deshalb bildete er sich und trat rechtzeitig als ungeschlagener Meister zurück, nachdem er es zu Wohlstand und Ansehen gebracht hatte. Rocky Marciano starb 46jährig bei einem Flugzeugabsturz. Ein Schicksal wie es vielen seiner Vorgänger und Nachfolger erspart blieb. Vielleicht, weil er nicht alt genug wurde - vielleicht, weil er stets vorgebeugt hatte.

Larry Holmes, der Mann, der Marcianos Rekord brechen will, weiß um die Gefahren des Boxsports. In seinem Alter sei selbst gegen schwächere Boxer das gesundheitliche Risiko zu groß, sagte er schon vor zwei Jahren. Nach 41 Profikämpfen, als ungeschlagener Weltmeister aller Klassen, als angesehener Geschäftsmann und anerkannter Nachfolger von Muhammed Ali hätte er sich aus diesem zweifelhaften Geschäft zurückziehen können. „Etwas Leichtes zum Abschied" wünschte er sich 1982. Einen letzten Kampf.

Fünf hat er seitdem bestritten und er kommt immer noch nicht davon los. „Ich kämpfe nur noch wegen des Geldes," beruhigt sich der Weltmeister, der inzwischen für den obskuren Verband Internationale Box-Federation (IBF) kämpft und Gegner mit ominösem Ruf wählt wie zuletzt James „Knochenbrecher" Smith.

Larry Holmes hat den Absprung verpaßt. Ein Rekord-Sieger will er werden. Wahrscheinlich wird er nur die Rekordliste derjenigen verlängern, die ein Opfer ihrer Siege wurden.

ul

FUSSBALL / Hohngelächter für den deutschen Meister VfB Stuttgart

Herzklopfen der Funktionäre vor dem Spiel gegen den Hamburger SV

MARTIN HÄGELE, Stuttgart

Die Zeitung hat Karl-Heinz Förster gestern morgen recht schnell aus der Hand gelegt. „Ein Stück aus dem Tollhaus" („Stuttgarter Zeitung"), „Der VfB im Tiefschlaf – Deutscher Meister ha-ha-ha" („Stuttgarter Nachrichten") oder der Max-Merkel-Verriß in „Bild", nein danke, mit alledem wollte sich der Kapitän des VfB Stuttgart nicht den Appetit beim Frühstück vergällen lassen.

„Man sollte nicht zu viel Negatives lesen", hat Karl-Heinz Förster dann zu sich gesagt, zu Trainingsanzug und Turnschuhen gegriffen. In frischer Waldluft unter strahlender Herbstsonne hat er versucht, sich beim Joggen „von dieser schlimmen Enttäuschung freizumachen". Förster: „Das 3:4 in Schalke war ein schwerer Schlag. Aber wir müssen diesen Samstag vergessen – sonst brauchen wir gegen den HSV erst gar nicht einzulaufen."

Die Neuauflage jenes Spiels, das einst im Mai dem VfB Stuttgart die Meisterschaft beschert hat. Doch auch den Gedanken an den schönsten Tag in seinem Leben verdrängt Karl-Heinz Förster. Das ist ein Blatt irgendwo weit hinten in seinem Album, Vergangenheit. „Wir müssen gewinnen" – die Gegenwart.

Liegt's an Försters Lebensphilosophie, erst mal das Gute zu sehen. Försters Optimismus kann einen schon von den Socken holen. Man reagiert mit sprachlosem Staunen, wenn der Nationalstopper erklärt: „Bis zur Winterpause müssen wir uns auf einem UEFA-Cup-Platz orientieren." So weit, so gut. Doch dann fährt Karl-Heinz Förster fort: „Aber wir dürfen auch den Blick ganz nach oben nicht verlieren."

„Deutscher Meister ha-ha-ha" hatte es am Wochenende in den Ohren der Stuttgarter Spieler gegellt. Jener Hohn ist Karl-Heinz Förster nicht unter die Haut gegangen. In der Bundesliga sei heuer alles möglich, meint er, auch der Vorsprung der Bayern sei noch nicht uneinholbar.

Förster weiß sich in seiner Meinung mit einigen seiner Kollegen einig. Vor allem mit seinem Freund Asgeir Sigurvinsson. Der Isländer: „Der Fehlstart, der uns passiert ist, das kann auch dem FC Bayern München passieren. Die brauchen nur mal zwei, drei Spiele hintereinander zu verlieren."

Die schwäbischen Durchhalteparolen klingen kernig und trotzig. Was sie wert sind oder wert waren, wird man wohl schon heute abend nach dem HSV-Spiel wissen. Und es scheint auch dem Ex-Bayern Sigurvinsson klar zu sein, daß man solche Sätze wie die obigen in Stuttgart höchstens noch einmal verkaufen kann. Im Falle einer Niederlage gegen die Hamburger stünde man äußerst bescheiden im Hemd. Sigurvinsson: „Und wenn wir dann am Samstag nach Gladbach müssen, gucken wir schon wieder in den Keller."

Die Woche, in der beim VfB Stuttgart endgültig die Wende zu alten Zeiten gefeiert werden sollte, lag den schwäbischen Fans schon am Samstag schwer im Magen. Karten gibt's noch in allen Kategorien, kein Topzuschlag und trotzdem gegen den HSV nicht ausverkauft.

VfB-Geschäftsführer Ulrich Schäfer traut sich kaum an die Auswirkungen einer neuerlichen Niederlage zu denken. Er geht mit Herzklopfen ins Neckarstadion. „In Schalke haben sich unsere Leute abschlachten lassen wie die Hammel. Wenn so etwas im eigenen Haus geschehen würde, das wäre eine Katastrophe."

NACHRICHTEN

Heute Bundesliga-Spiele

Düsseldorf (dpa) – Der 13. Spieltag der Fußball-Bundesliga beginnt heute abend mit folgenden drei Begegnungen: VfB Stuttgart – Hamburger SV, Bayer Uerdingen – Bayer Leverkusen, Borussia Dortmund – Eintracht Braunschweig (alle 20 Uhr).

Golf: Langer Zweiter

Kapalua (dpa/UPI) – Nach schwachem Start beendete der Anhausener Golf-Profi Bernhard Langer (274 Schläge) das gut besetzte Golf-Turnier in Kapalua/Hawaii mit dem zweiten Platz hinter dem Schotten Sandy Lyle (266 Schläge).

Billard: Deutsche siegten

Amersfoort (sid) – Mit 6:4 gewann die Auswahl des Deutschen Billard-Bundes überraschend das Finale um die Bilard-Europameisterschaft im Fünfkampf gegen den dreimaligen Titelträger Niederlande.

Auktions-Rekord

Ankum (sid) – Die von Europameister Paul Schockemöhle und Partner Ullrich Kasselmann durchgeführte Auktion für Reit- und Springpferde in Ankum erbrachte den Rekordumsatz von 4,2 Millionen Mark für 46 angebotene Pferde. Den europäischen Rekordpreis von 650 000 Mark bot der US-Trainer George Morris für den fünfjährigen Hannoveraner Schimmel-Wallach Aerobic.

Handball: Damen Dritte

Trondheim (sid) – Mit 27:23 besiegte die deutsche Handball-Nationalmannschaft der Frauen Gastgeber Norwegen und belegte damit den dritten Platz beim Polarcup-Turnier in Trondheim. Das Finale gewann die UdSSR mit 26:24 gegen Olympiasieger Jugoslawien.

Lendl siegte zweimal

London (sid) – Gleich zwei Wettbewerbe gewann Ivan Lendl aus der CSSR beim Tennis-Grand-Prix-Turnier in London. Im Einzel besiegte er Linkshänder Andres Gomez (Ekuador) 7:6, 6:2, 6:1 und gewann dann zusammen mit Gomez das Doppel-Endspiel gegen seine Landsleute Pavel Slozil/Thomas Smid mit 6:2, 6:2.

Auch Spandau schied aus

Budapest (sid) – Nach dem ASC Duisburg verpaßte auch der deutsche Meister Spandau 04 Berlin den Einzug ins Finale des Wasserball-Europapokals. Er unterlag dem ungarischen Meister Vasas Budapest in der Verlängerung 9:10. Die reguläre Spielzeit endete wie im Hinspiel mit 8:8.

ZAHLEN

GOLF

Turnier in Kapalua/Hawaii (450 000 Dollar): 1. Lyle (England) 266 Schläge (68+64+69+65), 2. Langer (Deutschland) 274 (70+69+68+67), 3. Stadler (USA) 276, 4. Faldo (England), Norman (Australien), Crenshaw (USA) je 277.

VOLLEYBALL

Bundesliga. Damen: Lohhof – Schwerte 3:1, Feuerbach – Vilsbiburg 3:0, Oythe – Stuttgart 3:1, Hamburg – Rüsselsheim 2:3.

REITEN

Weltcupspringen in Amsterdam, Endstand nach dem Stechen: 1. Melliger (Schweiz) Beethoven 0 Fehler/33,18 Sek., 2. Whitaker (England) Owen Gregory 0/34,99, 3. Rüping (Deutschland) Silbersee 0/37,70, 4. Frühmann (Schweiz) Bandit 4/35,43, 5. Nooren (Holland) Mont Blanc 4/37,88.

EISHOCKEY

Bundesliga, 14. Spieltag: Schwenningen – Rosenheim 5:2, Köln – Landshut 9:4, Düsseldorf – Rießersee 4:4, Kaufbeuren – Essen-West 6:4, Mannheim – Iserlohn 6:2.

HANDBALL

Polarcup. Damen in Trondheim, letzter Spieltag: Frankreich – Holland 14:17, Norwegen – Deutschland 23:27, Jugoslawien – UdSSR 24:26. – Tabellenspitze: 1. UdSSR 10:0, 2. Jugoslawien 8:2, 3. Deutschland 6:4. – **Bundesliga**, Herren, 6. Spieltag: Bergkamen – Düsseldorf 13:27.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 30, 31, 32, 35, 40, 41, Zusatzspiel 20. – **Rennquintett:** Rennen B: 28, 23, 35. (Ohne Gewähr).

P. Boulez, Avantgardist

Plädoyer für den Geschmack

Sollte man ihn als einen der frühesten Pioniere der Neuen Musik, als Vertreter der „Darmstädter Schule" vorstellen, dessen Komposition „Le Marteau sans Maître" auf symbolische Verse von René Char nun schon zum klassischen Opus der Neuen Musik geworden ist, auf des Messers Schneide stehend zwischen streng serieller Organisation und der neuen improvisatorisch-aleatorischen Freiheit? Oder sollte man darauf hinweisen, daß sich dieser 1925 im französischen Montbrison geborene Komponist, Theoretiker und Organisator schon 1961 bei seinen Darmstädter Vorträgen zu dem veralteten Prinzip des Geschmacks bekannte? „Eleganz ist weder in der Musik noch in der Dichtung verachtenswert; ich gebrauche das Wort gern wie die Mathematiker und Physiker, wenn sie so glänzend von der Eleganz einer Schlußfolgerung eines Beweises reden..."

Dieser Komponist hatte erst Mathematik und technische Wissenschaften studiert. Seine Vorstellung

Kulturwelt – ARD, 23.20 Uhr

von einer enzyklopädischen Systematik, in die das musikalische Material zu bringen sei und aus der auf den mannigfachsten Ebenen geregelte Beziehungen folgen, das Mißtrauen gegen alles Ungeformte, seine beiläufig wirkende Selbstverständlichkeit im Einsatz von technischem Raffinement haben nicht nur mit dem Vorbild Anton Weberns zu tun, dem er sich verpflichtet fühlt, sondern auch mit rationalistischen französischen Traditionen. Im Sachregister zu seinen „Werkstatt-Texten" fehlt der Begriff der „Meditation" – dafür gilt ihm „Struktur" als Schlüsselwort. Andererseits belebte er 1981 in Donaueschingen in seinem Werk „Réponse" für Solisten, Kammerensemble, Computerklänge und Live-Elektronik gewissermaßen ein mittelalterliches Prinzip, indem diese Komposition ohne Partitur nur aus Stimmen entstand.

Von 1970 an war er zeitweise Leiter der New Yorker Philharmoniker; in Paris organisierte er den „Domaine Musical" als avantgardistische Konzertreihe und Vorstufe seines Lebens-



Pionier der Neuen Musik: Pierre Boulez FOTO: FRIEDRICH RAUCH

werkes, des Pariser Instituts IRCAM – „Institut de Recherche et Coordination Acoustique/Musique". Diese Einrichtung für Experimente und Koordination akustischer und musikalischer Art liegt neben dem neufuturistischen „Centre Pompidou" in der Erde, abgeschottet von Umweltgeräuschen und Erschütterungen: kein Elfenbeinturm, sondern eher ein symbolistisches Bergwerk im Sinne von Novalis oder Jules Laforgue.

Es sind gerade die jungen Komponisten, die es mit den verschiedensten Arbeits- und Kompositionsaufträgen dorthin zieht, denn das IRCAM verfügt über die modernsten Apparaturen für das, was man noch sehr vage und ahnend als „Computermusik" bezeichnet.

1979 hatte IRCAM zur Ausstellung „Paris–Moscou 1900–1930" die Aufgabe, ein Programm mit russischer Musik dieses Zeitraumes auf die Beine zu stellen, an dem der Unterzeichnete mitplante. Leider ist ein großer Teil dieser Musik, etwa von den Futuristen Nikolaj Roslavetz und Arthur Lourié, sowjetischerseits nicht erwünscht, und die sowjetischen Mitveranstalter verlangten, das Musikprogramm zu streichen. Doch Hausherr Pierre Boulez entschied: „Das Musikprogramm bleibt."

Das Musikprogramm blieb und wurde zu einem großen Triumph für die russische Musik. Was mir damals einen unvergeßlichen Eindruck machte: Mit dem Nachtzug von Köln kam ich zu sehr früher Stunde, gegen sieben Uhr morgens, zum IRCAM. Wer da als erster zur Stelle war und mir aufschloß, das war keine Sekretärin und kein Pförtner. Als erster im Institut war der Chef selbst: Pierre Boulez. DETLEF GOJOWY

KRITIK

Geblieben ist die Einsamkeit

Man sollte das im Fernsehen öfter machen, zurückgreifen auf einen vor Jahrzehnten gesendeten Report und dasselbe Problem, möglichst an denselben Stellen vergleichend, noch einmal nachzeichnen. So machte es der Südwestfunk mit dem Bericht „Kein Platz für alte Leute" aus dem Jahre 1959. Das damalige Autorenteam Dieter Menninger und Gottfried Gülicher zog jetzt, nach einem Vierteljahrhundert, aus, um zu erfahren, ob jetzt „mehr Platz für alte Leute" zur Verfügung steht **Nach Jahr und Tag** (ARD).

Was ist nun besser geworden? Es ist vieles besser geworden, die alten Menschen sitzen nicht mehr in baufälligen Häusern, nicht mehr in Baracken und Holzverschlägen. Neue Altenheime „mit menschlichem Antlitz" sind entstanden. Die Unterbringung in Schlafsälen wird kaum noch praktiziert. Doch wichtiger erscheint angesichts der adretten Schale des Alten-Lebens heute die Frage: Was von den Übeln ist geblieben?

Nun, geblieben ist die Einsamkeit. *Gewiß haben Seniorenvereinigungen* viel zur Sozialisierung der alten Menschen beigetragen, aber die Familie ist noch nicht betroffen: „Niemand besucht mich", sagt eine alte Frau. „Sie kommen einmal im Jahr", klagt eine andere. Was fehlt, ist der Kontakt zur Familie, zu den alten Bindungen, zu den Nachbarn und, ja auch zu den Nachbarstraßen und Häusern. Aber es zeichnet sich ein neuer Trend ab: Das „Abschieben" ins Altenheim läßt nach.

Das Übel, das von der Öffentlichkeit behoben werden könnte, ist die klägliche Personalausstattung der Heime. Mancherorts ist der alte Mensch auch im Heim der gleichen Hilflosigkeit ausgesetzt wie draußen. Denn: Länger als 12 Stunden täglich kann keine Heimschwester arbeiten, und für mehr Personal ist das Geld nicht da (oder neuerdings vom Etat gestrichen). VALENTIN POLCUCH

Propaganda aus Managua

Die wichtigste Nachrichtensendung des ZDF, **Heute** um 19 Uhr, eröffnete am Sonntag mit einer Nachricht, die keine Nachricht war. Ohne Übergang wurde ein Agitationsfilm gesendet. Es war ein von Mitleid mit den angeblich so friedliebenden kommunistischen Herrschern Nicaraguas triefender Streifen, wie ihn die östliche „Aktuelle Kamera" nicht besser hätte bringen könnte.

So ein tapferes kleines Volk, das sich mit Küstenbooten wie Nußschalen gegen die dräuende US-Fregatte im Abendlicht zu schützen sucht und das von einem „Spionageflugzeug" (oder ist es ein Aufklärungsflugzeug?) gar böse bedrängt wird. Als hochwichtige Information erfuhr man, daß eine Gruppe friedensbewegter US-Bürger ihm mit Megaphonen zu Hilfe eilt. Man erfuhr nicht, welche Bedrohung von diesem lächelnden Ortega für El Salvador und die anderen Nachbarn ausgeht.

Das ZDF hat sich die Propaganda aus Managua zu eigen gemacht, eine US-Invasion stehe unmittelbar bevor. Zwischen Nußschale und Fregatte schwamm eine Ente. DETLEV AHLERS

STUDIO

Die ARD hat 45 **abendfüllende Walt-Disney-Filme** eingekauft, mit deren Ausstrahlung im Frühjahr 1985 begonnen wird. Von „Mary Poppins" über „20 000 Meilen unter dem Meer" bis hin zu „Elliott, das Schmunzelmonster" reicht die Palette. Die Degeto-Film GmbH in Frankfurt erwarb als Filmeinkaufsfirma der ARD die 45 Filme sowie mehrere Serien von der Firma „Buena Vista International" in Burbank (Kalifornien) im Auftrag der Landesrundfunkanstalten.

Der Vertrag enthält zwei Titel aus dem berühmten Fundus an programmfüllenden Zeichentrickfilmen, mit denen Disney Weltruhm erlangte: Die farbigen Trickfilme „Alice im Wunderland" sowie „Dumbo, der fliegende Elefant". Außerdem gehören zahlreiche Cartoons mit Micky Maus, Donald Duck und Goofy zu dem Filmpaket. Besondere Attraktionen sind auch Titel wie „Das schwarze Loch", „Der Drachentöter", „Tron" sowie die Komödien „Ein toller Käfer" und „Herbie groß in Fahrt". dpa





ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Eiszeit
Schauspiel von Tankred Dorst und Peter Zadek
12.10 Stahlgewitter
Es berichtet Günter Ederer
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Die zerteilte Zeit
Marlene Reidel, Grafikerin
Film von Beate Rose
16.55 Spaß am Dienstag
Mit Ix und Yps, einer Zaubergräte und zwei Bären
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Expeditionen ins Tierreich
Heinz Sielmann zeigt:
Der Fahnenschwanz und seine Verwandten / Aus dem Leben der Baum- und Erdhörnchen
21.00 Monitor
Ein Kniefall vor der Industrie? – Wie die Krebsgefahr durch Formaldehyd verharmlost wird / Müllverbrennungsanlagen in Nordrhein-Westfalen / *„Opus dei" – Ein Geheimbund macht sich breit* / Gift in Beckensteinen
Moderation: Klaus Bednarz
21.45 Dallas
Wendepunkte
22.30 Tagesthemen
23.00 ARD-Sport extra
Fußball: 1. Bundesliga. Vorgezogene Spiele: VfB Stuttgart – Hamburger SV, Bayer Uerdingen – Bayer Leverkusen und Borussia *Dortmund – Eintracht Braunschweig*
23.20 Kulturwelt
Notenschlüssel
Vor 17 Jahren noch wollte er die Opernhäuser in die Luft gesprengt wissen, was zu seinem Vorteil nicht geschah. Der Komponist und Dirigent Pierre Boulez steht im Mittelpunkt der heutigen Sendung. Peter Wapnewski besuchte den Musiker in seiner unterirdischen Pariser „Villa Wahnfried".
0.05 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Die Schlümpfe
Jokys himmlische Idee
16.20 Schüler-Express
Ein Hit wird Video
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: The Star Sisters
17.45 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Heiße Wickel – kalte Güsse
Der Unterdrückte
19.00 heute
19.30 Der letzte Zivilist
Zweiter und letzter Teil des deutsch-französischen Fernsehfilms
Als es bei einem Erntedankfest auf seinem Gut zu einer Störaktion der SA kommt, kann auch Bäuerle seine Augen vor der politischen Realität nicht länger verschließen. Die Verstrickungen und Intrigen spitzen sich zu, bis schließlich ein großes Unglück geschieht...
21.02 Tierporträt
Der Nashornleguan, beobachtet von Thomas Wiewandt
21.15 WISO
Turbulenzen – Verscherbelt Bonn die Lufthansa? / Sanfter Zwang – *Arbeit für Sozialempfänger / Widerstand* – MdB Grünbeck gegen „gläserne Taschen" / Terminsache – *Tips für freiwillig Versicherte*
Moderation: Friedhelm Ost
21.45 heute-journal
22.05 Spielraum
Die Vertreibung der Stille – Überall und jederzeit Musik
Von der allgegenwärtigen Musikberieselung – beim Einkaufen, bei der Arbeit, beim Essen und – per Walkman – auch unterwegs
Moderation: Peter Huemer
Anschl. heute



Herta (Karin Baal) sagt ihrem Sohn Hans (Thomas Schücke), daß er sein Studium beenden muß (Der letzte Zivilist – ZDF, 19.30 Uhr) FOTO: KÖVESDI

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Gerd H. Pelletier aus Japan
20.45 Rückblende
Vor 90 Jahren geboren: Lisa Tetzner – eine deutsche Märchenerzählerin
21.00 Formel Eins
21.45 Ein Mann mit dem Vornamen „Auto"
Bericht von Werner Goling
22.15 Monitor im Kreuzfeuer
23.00 Deutschlandbilder
...das hält der Wald nicht aus
23.45 Schach-WM '84
Karpow – Kasparow
0.15 Letzte Nachrichten

NORD
19.15 45 Fieber
20.00 Tagesschau
20.15 Autor-Scooter
21.15 Task Force Police
Kopf und Herz
22.05 Juristenstammtisch
Thema: Willkür oder Gerechtigkeit bei der Verteilung von Subventionen?
22.50 Schach dem Weltmeister
23.20 Nachrichten

HESSEN
19.00 Formel Eins
19.45 Tips für Schule und Beruf
20.00 Und immer lockt das Weib
Französischer Spielfilm (1956)
Mit Brigitte Bardot u. a.
Regie: Roger Vadim
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Deutschlandbilder
Der Kulturfilm im Dritten Reich
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Krebs bei Kindern
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Forum Südwest
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Mark(t) und Pfennig
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Der Tod kennt keine Wiederkehr
Amerikanischer Spielfilm (1973)
23.10 Science Report
23.25 Nachrichten

BAYERN
19.00 In den Wind geschrieben
Amerikanischer Spielfilm (1956)
20.35 Reisegeschichten aus der Südsee
20.45 Die Sprechstunde
Krebs bei Kindern
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Von der Westkirche zur Weltkirche
23.20 Rundschau

Lortzings „Zar und Zimmermann" im Münchner Gärtnerplatz-Theater

Wenn ein Fürst zum Tarzan wird

Wer zuletzt lacht... Lortzings „Zar und Zimmermann" im Münchener Gärtnerplatz-Theater. Lächelnd eine Spielzeit zu beginnen, ist für den Theaterintendanten angenehm, für das Publikum erfrischend. Ob es allerdings klug und weise genannt werden kann, mit dem etwas derben, ungehobelten *Humor* von Lortzings Komischer Oper „Zar und Zimmermann" zu starten, darf bezweifelt werden. Hellmuth Matiasek, der Direktor des Münchener Staatstheaters am Gärtnerplatz, hatte in seiner *Inszenierung der Lortzing-Oper* wohl auch Angst vor allzuviel Singspieldeftigkeit und Klamauk. Er nahm den Text von Lortzing allzu ernst und die Sänger an die Kandare.

Über so viel Zügeln schien er ganz zu vergessen, die biedermeierlichen Charaktere auszuleuchten und ihr romantisch verträumtes Seelenleben darzustellen. Schließlich lag 1837, im Entstehungsjahr des „Zar und Zimmermann", der „Wildschütz" bereits in der freien Leipziger Luft, der von den Reibungsflächen der damaligen Gesellschaft erzählt, von den Schwierigkeiten der rechtschaffenen Kleinbürger mit der Obrigkeit.

Im „Zar und Zimmermann" läßt sich bekanntlich der Zar herab, als Zimmermann auf einer Werft in den Niederlanden zu arbeiten, zum Wohle seines Volkes selbstverständlich. Wenn Peter, der Herrscher aller Reußen, im dritten Akt sein „Sonst spielt ich mit Zepter..." anstimmt, klingen Wehmut und Abschiedsschmerz von den kleinen Leuten mit. Es heißt für den aufgeklärten Herrscher: zurück ins Regierungsgeschäft.

Matiasek hält nichts vom Zwiespalt im Herrscher. Er setzt den zimmernden Zaren vor das Modell eines Segelschiffes, das hin und her schaukelt. Im *Hintergrund* sind bunte Schiffsrümpfe auf ein Rollo gepinselt, den Bühnenbildner Hans Schavernoch als universalen Raumteiler in den Schnürboden gehängt hat.

Der junge Zar, alias Walter Köninger, darf sich wie ein Tarzan an Trossen von Bord eines Schiffes schwingen. Säbel rasseln und Gesandte stelzen hochherrschaftlich über die Bühne, die durch den überdimensionalen Rollo auf Butzenscheibenmaß gestutzt wird. Eva-Christine Reimer spielt als Marie die Rolle des bürgerlichen rechtschaffenen Gegenpols zur haltlosen Oberschicht. Schade, daß ihr Freier Peter Iwanow nicht einen Schuß Figaro hat, der dem zaristischen Pläneschmieden in die Quere kommt. Hans-Jörg Weinschenk bleibt eine Buffo-Type vom laufenden Meter, ungelenk und stumpf.

Die Inszenierung des „Zar und Zimmermann" steht und fällt mit der Rolle des Bürgermeisters van Bett. Rainer Scholze singt und spielt ihn rundum überzeugend. Er reißt den zweiten und dritten Akt an sich, ohne sich auffällig in den Vordergrund zu schieben. Das ist das Verdienst der Regie, die ihm bewußt die Hemdsärmeligkeit stutzte. Hätte Matiasek an das Ausfeilen der anderen Charaktere ebensoviel Mühe verwandt, hätte man über die überladene Bühne und die schütteren Stimmen der Sänger hinwegsehen und -hören können. So bleibt halt nur eine unterbelichtete Produktion mit schmucken Details, doch ohne einheitliches Gesicht.

Nicht unschuldig daran ist der Dirigent Wolfgang Bothe, der bei Lortzing keine Details entdecken konnte, die ihm wert schienen, ausgefeilt und bearbeitet zu werden. Die Phrasierungen sind *ordentlich*, die Tempi korrekt. Bothe läßt im Gleichschritt durch die Partitur marschieren. Das Publikum klatschte kräftig Beifall. Helmut Matiasek kann zufrieden lächeln: wer nichts wagt, gewinnt am Gärtnerplatz. FERRY KEMPER

Pariser Literaturpreise: Goncourt an M. Duras, Renaudot an Annie Ernaux

Das Jahr der schreibenden Damen

Das Überraschende am Goncourtpreis 1984 ist nicht die Preisträgerin *Marguerite Duras*, sondern daß ihn diese Dichterin erst jetzt erhält. Aber Marguerite Duras war eben einfach nicht mehr zu übersehen. Das preisgekrönte Buch, der Roman „L'Amant" („Der Liebhaber"), beherrscht seit Wochen sämtliche Bestsellerlisten Frankreichs.

Auch in Deutschland ist Marguerite Duras, die in diesem Jahr siebzig Jahre alt wurde, wohlbekannt. Ihren Durchbruch erzielte sie 1958 mit „Moderato Cantabile", einem Buch, das später auch von Peter Brook verfilmt wurde.

Der Erfolg gründete damals auf der Neugier für eine Fau, die das Drehbuch für Renais' Film „Hiroshima mon Amour" geschrieben hatte und dadurch mächtig ins Gerede gekommen war. Aber bald wurde es wieder still um die Duras. Ihre Kurzromane verweigerten jede Popularität, wurden immer gedrängter im Stil, erinnerten nun geradezu an Bekkett, auch wenn Sprache und Thematik einer extrem anderen Welt angehörten.

Die Duras schildert keine Gefühle, sondern nähert sich dem Innenleben ihrer Figuren durch ununterbrochenen Perspektivenwechsel, durch Einkreisen des „Geheimnisses". Es entsteht eine irreal wirkende Atmosphäre, ein labiler Schwebezustand, der etwas Befremdliches und Unheimliches hat.

Das reizte vor allem die Theaterleute, und da auch die Dialoge der Duras-Bücher von *meisterlicher* Präzision waren, machte man daraus immer wieder Theaterstücke und Filme, bis die Dichterin schließlich selbst Filme zu drehen begann (sie sind soeben in fünf Videokassetten von der Kulturabteilung des französischen Auswärtigen Amtes als „kritische Ausgabe" herausgebracht worden.)

Wie in ihren Romanen entstehen auch in ihren Filmen regelmäßig zu „nature morte" erstarrte Szenen, die oft durch eine winzige Asymmetrie, eine kleine Bewegung im Hintergrund großen Reiz erhalten. Es ist nicht das Experiment um des Experimentes willen, was an den Filmen der Duras fasziniert, sondern der Versuch, eine neue, aus der Zeit herausgelöste Erzählweise zu etablieren.

Im Mittelpunkt stehen meist Frauen, die in ihrem Verhältnis zum Mann zu wesenlosen Objekten werden, obwohl sie sich dagegen wehren. Nicht zufällig ist Marguerite Duras zum Idol einer bestimmten elitären Fraktion des Feminismus geworden. Und über die feministische Thematik kam sie jetzt auch zum Roman zurück, eben zu dem preisgekrönten Buch „L'Amant".

„Le Monde" erklärte schon vor längerem das Jahr 1984 zum Marguerite-Duras-Jahr; dessen Höhepunkt ist nun die gestrige Goncourtpreisverleihung geworden. Die Verleihung an Marguerite Duras wird in den Annalen des Goncourt festgeschrieben bleiben, in denen sonst so viele zu Recht vergessene Autoren stehen.

Angetreten gegen Frau Duras war Annie Ernaux, die bei der Abstimmung die zweithöchste Stimmenzahl erhielt und der man dann traditionsgemäß den Renaudot-Preis zusprach. Titel des neuen Renaudot-Buches: „La Place". CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

Der Pinscher als solcher

K. R. B. – Man hatte ihn schon vergessen, da feierte er – in der Bundestagsdebatte über Kulturpolitik – plötzlich Wiederauferstehung: der „Pinscher". Ludwig Erhard hatte seinerzeit auf eine wirtschaftspolitische Kritik Rolf Hochhuths, die der ökonomisch höchst beschlagene Bonner Regierungschef für völlig inkompetent hielt, mit dem Ausdruck „Pinscher!" reagiert. Jetzt, nach so langer Zeit, hielt es Alfred Dregger für nötig, sich namens seiner Fraktion ausdrücklich von dem Ausbruch des damaligen CDU-Kanzlers zu distanzieren. Er nannte ihn eine „äußerst unglückliche Bemerkung".

Dabei habe ich jahrelang darauf gewartet, daß irgendein Kultur debattierender Politiker auf die Zeitschrift „Tagebuch" gestoßen wäre, die von Leopold Schwarzschild herausgegeben wurde, und zwar auf die Nummer vom 3. 5. 1930. Der kulturbeflissene Politiker oder sein Kulturhelfer hätten dort entdeckt, daß Alfred Döblin die Herausgeber der kommunistischen „Linkskurve", Johannes R. Becher, Ludwig Renn und einige andere, auch schon einmal „Pinscher" genannt hat.

Diese Kommunisten hatten in der „Linkskurve" Döblins „Alexanderplatz" verächtlich als ein „künstlich gepreßtes Laboratoriumsprodukt" bezeichnet. Döblin nun zitiert in seiner Antwort einige schrecklich verquaste Stilproben aus der „Linkskurve" und fügt dann vergnügt hinzu:

„Wenn meine Angaben im Roman stimmen, so bitte ich Herrn Becher um Entschuldigung, ich bin nun mal so vertrottelt – wenn ich Alexanderplatz meine, sage ich Alexanderplatz, und wenn ich Quatschkopf meine, sage ich Becher. Es gibt ein Bilderbuch, Sie kennen es: Das Gesicht der herrschenden Klasse. Das Gesicht der beherrschten Klasse zu geben, wäre ungeheuer nötig – aber das würde die Realität ergeben, und die ist Pinschern und Schwächlingen furchtbar peinlich."

Hätte mich nun mein Deutschlehrer 1930 gefragt, was ich zu dieser Entgleisung Döblins zu sagen habe, wäre meine vergnügte Antwort gewesen: „Zu klein und zu schwach, die Pinscher, verglichen mit dem Kaliber Döblin. Sie wissen doch, Herr Studienrat, wie man hier bei uns einen nennt, der sich übernimmt: der will mit den großen Hunden pissen gehen."

Dem armen Erhard in die Ewigkeit nachgerufen: Auch Alfred Döblin hat Leute, die er (ob zu Recht oder Unrecht) für nebbich hielt, „Pinscher" genannt; es war eine glanzvolle Kulturdebatte, damals, anno Domini 1930.

Feldherr, Stratege, Schriftsteller: Zu Franz Herres Biographie über Moltke

Dioskuren vor Königgrätz

Leben und militärische Karriere des späteren Generalfeldmarschalls und Chefs des Generalstabes Helmuth Graf Moltke bieten ein ungewöhnliches Bild. Bis nahe an seinen 66. Geburtstag war der Mann der Armee wie der Öffentlichkeit kaum bekannt. Daran änderte auch der Umstand nichts, daß er seit dem Herbst 1857, zunächst geschäftsführend, an der Spitze des preußischen Generalstabs stand.

Dann, nach dem 3. Juli 1866, kam er gleichsam über Nacht durch die von ihm geplante und von ihm geleitete Schlacht von Königgrätz an der böhmischen Elbe, dem nahezu vernichtenden Sieg über Österreich, zu nationalem Ruhm. Und der Ruhm steigerte sich ins Internationale und Weltweite, als Moltke in der nicht vorausgesehenen Schlacht bei Sedan 1870 mit der Gefangennahme einer der beiden französischen Hauptarmeen und des bei dieser weilenden Kaisers der Franzosen die Entscheidung im Einigungskrieg der Deutschen gegen Frankreich herbeiführte – wenn auch noch nicht das Ende des Krieges.

Für die Deutschen seiner Zeit wurde Moltke nun neben dem Staatsmann Bismarck und dem Kriegsminister Roon, der die neue preußische Armee der Siege von 1864 gegen Dänemark, 1866 gegen Österreich und 1870/71 gegen Frankreich geschaffen hatte, zu einer Symbolfigur der Macht und der Herrlichkeit. Ihm wurden Denkmäler errichtet, aber merkwürdig: Über den Menschen Moltke und seinen – sehr interessanten – biographischen Hintergrund erfuhr man so gut wie nichts. Auch später blieb das Schrifttum über Moltke ausgesprochen dünn. Erst jetzt, nämlich durch die ausführliche und überaus gründliche Biographie Franz Herres, lichtet sich der Nebel um eine der interessantesten Figuren des späten Preußens.

Herre, leitender Rundfunkredakteur, doch von Haus aus Historiker, Schüler von Schnabel in München, war für das Unternehmen einer Moltke-Biographie bestens legitimiert durch ein ausgezeichnetes Buch über Wilhelm I., „den letzten König von Preußen" und ersten Deutschen Kaiser. Herres „Moltke" stellt so etwas wie eine Konsequenz aus diesem Buch dar. Denn Wilhelm I. hatte seinerzeit die Ernennung Moltkes zum Generalstabschef gegen viel Widerstand durchgesetzt und damit nicht nur entscheidenden Einfluß auf dessen Laufbahn und Leben, sondern auch auf die weitere Geschichte Preußens und Deutschlands genommen.

Moltke stammte aus einer alten mecklenburgischen Familie, die freilich schon seit Anfang des 18. Jahrhunderts nicht mehr vom Glück gesegnet zu sein schien. Nur der Ast, der sich gleich vielen anderen mecklenburgischen Familien in Dänemark verwurzelt und dort den Lehnsgrafentitel erreicht hatte, hielt den Besitz noch in gewohntem Stand. Moltkes Vater, der es in dänischem Dienst bis zum Generalleutnant brachte, war, menschlich gesehen, ein Liederjahn und Spieler. Er heiratete eine Lübekker Patrizierstochter; die Ehe wurde rasch unglücklich. Doch einer der Söhne aus dieser tragischen Verbindung sollte sich als soldatisches Genie erweisen – eben Helmuth Moltke. Und Helmuth war nicht nur ein ungewöhnlich begabter Stratege, er zeigte auch ausgedehnte philologische und literarische Interessen und betätigte sich nebenher als Zeichner und Maler.

Der junge Mann, in Parchim in Mecklenburg geboren, wurde vom Vater in die Königlich dänische Landkadettenanstalt gesteckt, eine unmenschliche Zuchtanstalt. Als er endlich den dänischen roten Spenzer mit dem blauen Königlich preußischen Rock vertauschte, befand Prinz Wilhelm von Preußen – der spätere König-Kaiser – den „Dänen" zunächst als „keine gute Acquisition".

Moltke wurde dennoch, wie vor ihm die Staatsmänner Stein und Hardenberg, die Strategen Blücher (Mecklenburger gleich Moltke) und Gneisenau, „Wahlpreuße". Das Gleiche kann man von seinem Biographen Herre nicht sagen. Preußen und dem von diesem geschaffenen „kleindeutschen Reich" steht der gebürtige Bayer aus dem Allgäu mit entschiedener, wenn auch respektvoller Distanz gegenüber, was aber seinem Buch keinen Abbruch tut.

Moltkes preußische Karriere in der Armee bot lange Zeit nichts Ungewöhnliches, sieht man ab von einem ausgedehnten Aufenthalt als Studienreisender und dann als Militärberater im schon verdämmernden Osmanenreich; immerhin beschrieb Moltke später seine türkischen Eindrücke in einem glänzenden Buch, das heute zu den Klassikern der Reiseliteratur des 19. Jahrhunderts gehört.



Wahlpreuße aus Dänemark: Helmuth Graf Moltke (1800-1891) FOTO: DIE WELT

Nach Preußen zurückgekehrt, entwarf er die Strategie des Feldzuges gegen Dänemark 1864, was ihm aber zunächst nicht honoriert wurde. Erst in der zweiten Phase des Feldzuges, als der militärisch hochbefähigte Prinz Friedrich Karl von Preußen den Oberbefehl erhielt, wußte sich dieser des Rates seines „intellektuellen" Stabschefs richtig zu bedienen. In den großen Kriegen von 66 und 70/71 hatte Moltke dann endlich das Glück, im „Obersten Kriegsherrn", nach preußischer Sitte der Monarch, einen wirklich verständnisvollen Mann zu finden. Wilhelm und Moltke bildeten damals ein Dioskurenpaar, wie es Preußen zu seinem Heil schon einmal in Blücher-Gneisenau gehabt hatte.

Moltke hat, wie Herre richtig schildert, Kriege nicht gern geführt, aber als Mittel der Politik, zur Durchsetzung „idealistischer Machtziele", für unumgänglich gehalten. In dieser Gesinnung hat er auch eine, ja, zwei Generationen von Generalstabsoffizieren erzogen, die den abstrakten Plan nie über das einzelne militärische Individuum stellen sollten. Moltke hat stets vor der reinen Plangläubigkeit gewarnt. Der schönste Aufmarschplan sei in dem Moment am Ende, wenn die Armee in das Dunkel, die Ungewißheit der Schlachtentwicklung einträte. So seine Weisheit, die nicht zuletzt allen Anbetern des später viel diskutierten „Schlieffenplanes" strikt zuwiderlief.

Herre weist ganz richtig darauf hin, daß Moltke im Zeitalter des Idealismus groß geworden sei und sich dann dem Zeitalter der Realpolitik nur unter Schmerzen gefügt habe. Darüber sei er, fährt er fort, in hohem Alter „unausweichlich noch zum Militaristen" geworden. Aber was soll das heißen? Moltke, Jahrgang 1800, im August 1888 endlich in Pension gegangen, hat typisch militaristisches Handeln im Dienst nicht mehr erlebt. Noch lag die politische Führung in der Hand Bismarcks. Erst als dieser gestürzt wurde, triumphierte die Aberweisheit, daß die Politik den Erfordernissen des Krieges respektive den Belangen der Armee zu dienen habe.

Daß Herre diese Konstellation nicht deutlich genug herausarbeitet, daß er beispielsweise nicht auf die Differenz zwischen Moltke und seinem „militaristischen" Generalquartiermeister Graf Waldersee eingeht, ist ein Mangel. Er schmälert den Verdienst seines ausgezeichneten Buches aber nur wenig.

WALTER GÖRLITZ

Franz Herre: Moltke. Der Mann und sein Jahrhundert. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart. 408 S. 39,80 Mark

Quasi-heraldische Fabelwesen: Kolorierter Holzschnitt von Gilvan Samico. Aus der Bonner Ausstellung FOTO: KATALOG

Bonn zeigt zeitgenössische Kunst aus Brasilien

Seele des Mato Grosso

Es ist vielleicht der Jaguarkopf mit wollüstig-grellroten Lippen und den schräggeschminkten Augen eines Vamps, der auf dem Hintergrund explosiver Farb- und Musterkombinationen lauert: Ihm würde man am entschiedensten das Attribut „brasilianisch" in dieser „Ausstellung der Gegensätze" im Bonner Wissenschaftszentrum zuweisen. Dort zeigen derzeit acht zeitgenössische Künstler aus Brasilien Malerei und Schmuckarbeiten – eine Seltenheit hierzulande. Es ist eine Auswahl, die sich nicht auf einen Nenner bringen läßt.

So dominieren Sinnlichkeit und Aggression, das Dämonische alter Kulturen und die diesseitige Heiterkeit des heutigen Brasilien in den Ölgemälden João Sebastião Costas aus dem Mato Grosso. In den Gouachen von Ana Letycia Quadros aus Rio de Janeiro fällt dagegen die introvertierte Gelassenheit auf. Ein einziger kühler Lichtwirbel sind die Acrylfarbenbilder Urian Agria de Souzas aus Belém.

Starke Leuchtkraft der Farben zeichnet die abstrakt-expressionistischen Gemälde Antonio Sérgio Beneventos aus, während Gilvan Samico auf seinen streng symmetrischen, sparsam kolorierten Holzschnitten quasi-heraldische Fabelwesen, Menschen in Volkstrachten, Symboltiere wie Fisch und Taube zu phantastisch-ausdrucksvollen Bildern arrangiert.

Den stärksten Eindruck hinterlassen die Schmuckstücke von Dirceu Krepels aus São Paulo. Aus edlem Metall und sanftfarbigen Halbedelsteinen schneidet er Gesichter und Masken, die er als „Dramen meiner Seele" versteht.

Das Faszinierende dieser brasilianischen Kunst ist die lebendige Verbindung der eigenen alten Kulturen – der indianischen und afrikanischen wie der spanischen – mit Tendenzen zeitgenössischer europäischer und amerikanischer Kunst. (Bis 25. Nov.; Mettlach: 30. Nov. bis 6. Jan.; anschließend Waiblingen; Katalog kostenlos.)

SUSANNE PLÜCK

JOURNAL

Foto-Symposion über „Kunst und Kommerz"

DW. Düsseldorf

Kritiker und Künstler lieben die Unterscheidung zwischen Kunst und Kommerz, mit der sie unterstellen, daß das Erfolgreiche immer das Minderwertige sei. Das gilt in ganz besonderem Maße für die künstlerische Fotografie, die es ablehnt, mit gleichen Maßstäben wie die verschmähte Auftragsfotografie gemessen zu werden. Deshalb wurde für das 5. Internationale Foto-Symposion Schloß Mickeln (veranstaltet von der Volkshochschule Düsseldorf) das Thema „Fotografie zwischen Kunst und Kommerz" gewählt. Dabei werden u.a. Klaus Honnef und Karla Fohrbeck darzustellen versuchen, wie wenig solche groben Unterscheidungen geeignet sind, der Fotokunst und den Fotografen zu nützen.

Zur Erinnerung an HAP Grieshaber

DW. Stuttgart

Mit der Ausstellung „HAP Grieshaber – Ein Lebenswerk 1909–1981" erinnert Stuttgart im Kunstgebäude am Schloßplatz an das Werk des Künstlers, der vor allem durch seine farbigen Holzschnitte bekanntwurde. Die Ausstellung ist bis zum 18. November zu sehen und wird anschließend im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe vom 16. Januar bis 10. März 1985 gezeigt. Sie umfaßt mehr als 300 Werke, vorwiegend Holzschnitte, aber auch Zeichnungen, Aquarelle und Gouachen. Der Katalog kostet in der Ausstellung 40 Mark, im Buchhandel 68 Mark.

Disney-Retrospektive bei der Mostra 1985

AFP, Venedig

Das gesamte Werk Walt Disneys, insgesamt rund 500 Filme, wird im kommenden Jahr im Rahmen der Filmfestspiele von Venedigf zu sehen sein. Die eigentliche Mostra findet vom 26. August bis 6. September statt. Füer die Festspiele wurden mehrere Änderungen beschlossen. Der „Silberne Löwe" für ein Erstlingswerk wird in Zukunft nicht mehr vergeben. Die den berühmten Meistern des italienischen Films gewidmete Auswahl „Venezia ieri" sowie die Unterhaltungsfilme der Sektion „Venezia notte" sind künftig nicht mehr im Programm. Statt dessen wird eine Auswahl unter dem Titel „Venezia Giovani" mit Werken junger italienischer Filmschaffender gezeigt.

Werner Weber 65

Solange er – bis 1973 – Feuilletonchef der „Neuen Zürcher Zeitung" war, hörte man mehr von ihm in der literarischen Öffentlichkeit als seitdem. Aber er ist nach wie vor der maßgebende Kritiker in der Schweiz, auf dessen Urteil nicht nur seine schriftstellernden Landsleute, sondern auch ihre österreichischen und deutschen Kollegen den allergrößten Wert legen. Ob Weber es gerne hört oder nicht: Er ist schon lange zum „Literaturpapst der Schweiz" avanciert.

Nach 25 Jahren bei der Zeitung nahm der heute 65jährige dann eine neue Herausforderung an: Er wurde Professor für Literaturkritik an der Universität Zürich. Darunter leiden vielleicht etwas seine aktuellen Äußerungen zur belletristischen Titelproduktion, nicht indes sein reiches essayistisches Werk, wie es etwa in Betrachtungen über Keller und Fontane oder über literaturtheoretische Fragen vorliegt.

Eines dürfte feststehen: Die Wirksamkeit Werner Webers ist nach wie vor überall zu spüren; nur verläuft die Linie heute statt aus der Redaktionsstube zum Leser aus dem Seminar zu seinen Studenten, Multiplikatoren der Zukunft. J. S.

Kurt Desch †

sta. Bonn

Er zählte auf dem Höhepunkt seiner Karriere zu den glanzvollen Erscheinungen unter den westdeutschen Verlegern der Nachkriegszeit. Er war nicht nur wirtschaftlich überaus erfolgreich, in seinem Programm versammelte viele Namen, die etwas bedeuteten, darunter Hans Werner Richter, Robert Neumann, Hermann Kesten, Hans Habe oder aus dem Ausland Evelyn Waugh, Morris L. West, Jean Cocteau, Romain Rolland, Alberto Moravia. Kurt Desch (81), dessen Tod am vergangenen Mittwoch erst jetzt bekannt wurde, erhielt 1945 (als erster) von der amerikanischen Besatzungsmacht eine Verlagslizenz. Als er das Unternehmen 1973 verkaufte, hatte er rund 4100 Titel mit einer Gesamtauflage von 41 Millionen Exemplaren herausgebracht; im angeschlossenen Theaterverlag wurden 158 deutschsprachige und 208 ausländische Autoren betreut. Der Verkauf führte zu gerichtlichen Auseinandersetzungen mit einer Reihe von Schriftstellern, die den Unternehmer beschuldigten, ihnen Honorare vorenthalten zu haben. Trotzdem gilt, daß Kurt Desch die literarische Szene der Bundesrepublik wesentlich bereichert hat.

D. Pownalls Stück „Meisterklasse" in Düsseldorf

Boulevard mit Blutspur

Die angelsächsischen Länder haben seit jeher eine engere Anteilnahme am Schicksal der sowjetischen Musik entwickelt, der eines mit ihnen im Krieg verbündeten, großen Musiklandes. Im Grunde dort kam Schostakowitsch mit seiner „Leningrader Sinfonie" zu internationalem Ruhm, und dort schrillten auch zuerst die Alarmglocken, als es dann 1948 den sowjetischen Neutönern ideologisch an den Kragen ging: Alexander Werth berichtete in London über diesen „Musical uproar in Moscow", und der Musikwissenschaftler Norman Kay versuchte sich an einer hellsichtigen Analyse dieses Kulturkampfes, als man bei uns den Namen Schostakowitsch gerade buchstabieren lernte.

Und so ist es nun auch wieder ein englischer Autor, der auf die naheliegende Idee kam, diesen Konflikten dramatische, um nicht zu sagen: komödiantische Qualitäten abzugewinnen, sie auf heiterer Ebene zu überwinden. David Pownall ist in Liverpool geboren, Selfmade-Autor und Theaterpraktiker, und sein Stück „Master Class", in dem Stalin und sein Kulturkommissar Schdanow in einer (erfundenen) Nachtsitzung bei viel Wodka die Komponisten Prokofjew und Schostakowitsch über die wahre, realistische volkstümliche Kunst zu belehren suchen, ist ein Jahr lang en suite am Londoner Haymarket Theatre gelaufen, bevor es jetzt am Düsseldorfer Schauspielhaus in der Regie von Rolf Stahl zur deutschen Erstaufführung kam.

Manchem hierzulande wird das Stück nicht schmecken: einmal soll man ja diese Vorgänge entspannungsfromm als Betriebsunfall vergessen, so als ob der Schoß nicht noch entsetzlich fruchtbar wäre, aus dem das kroch, und dann mißfällt uns Dokumentarspiel-gewohntem und Historie-beflissenem Publikum auch die leichte Machart, in der hier Verbürgtes und Erfundenes, Früheres und Späteres, Russisches und Britisches, blutig Ernstes und übermütig Chaotisches durcheinanderkommt. Dieses Stück schlägt auf eine offenbar unzulässige Weise den Bogen vom Tasso zum Boulevardtheater, so wie es Shakespeare getan hat. An das Vorbild Hochhuth darf man nicht denken, und an das Vorbild Gogol auch nicht – eher noch an Harold Pinter. Es ist keine Aktion mit dem Anspruch auf Echtheit, sondern ein „Joke", der nach der Pause sogar Längen zu ertragen nötigt.

Schostakowitsch (von Bert Oberdorfer dargestellt) sieht aus, wie ihn Alexander Werth in seinem Buch „Rußland im Krieg" schildert: wie ein Schuljunge, den man zum ersten Mal in einen dunklen Anzug gesteckt hatte. Der greise, an einem Schlaganfall laborierende Prokofjew wird von Karlheinz Vietsch in subtiler Würde verkörpert. Diese beiden Komponistenfiguren sind aber letztlich doch Randakteure eines exzentrischen Spiels, das hier die Macht in ihrer zeitlosen Dummheit liefert, verkörpert in Stalin (Wolfgang Reinbacher) und seinem Kulturkommissar Schdanow (Dieter Prochnow).

Fronten der Überzeugungen werden zwischen den Machthabern und den Komponisten scheinbar aufgebaut, die in Wirklichkeit doch auf Dilettantismus und Eitelkeiten hinauslaufen; aber auch die Anpassungsbereitschaft der Komponisten erfährt ihre kritische Spiegelung – freilich kam sie unter nackter physischer Gefahr, unter der Bedrohung mit persönlicher Liquidierung zustande. Wie Menschen umkommen konnten, das wird manchmal nur in Nebensätzen gesagt. So ist es ein Boulevardtheater mit untergründiger Blutspur, über das hier gelacht werden kann.

Die Dialoge sind gleichfalls britisch und locker – nichts vom wichtigtuerischen byzantinischen Zeremoniell; man redet westlichen Klartext statt parteichinesischer Girlanden, was manchen unbedarften Hörer irreführen mag. Man muß sich in Erinnerung rufen, daß das Spiel trotz aller echten Textzitate nicht als dokumentarisch beurteilt werden kann, sondern als „erfundene Wahrheit", deren komödiantische Sachverhalte nur Symbole für Geschichtliches und Tatsächliches sein können. In solcher Verkürzung ist z. B. eine Szene, die im Gespräch über eine Ikone fundamentale Grundzüge des überpersönlichen sowjetischen Kunstideals enthüllt, von unnachahmlicher Eleganz.

DETLEF GOJOWY

Köln: Alfred Jarrys „König Ubu" als Pantomime

Das stumme Monster

Ein gefräßiger, dummer, egoistischer, geldgieriger und geiler Spießbürger ist dieser Ubu, Enfant terrible des als ebensolches angesehenen Alfred Jarry, der 1896 bei seiner Uraufführung in Paris die Franzosen empörte. Unter den Premierengästen befanden sich auch Mallarmé und W. B. Yeats, der ahnte, daß dieser Theaterabend das Ende einer gesamten Kunstära darstellte. Mit der Idee, diesen „König Ubu" als pantomimische Farce aufzuarbeiten, geht der Wahl-Kölner Milan Sladek schon seit mehr als zehn Jahren schwanger. Die Geburt fand jetzt auf der Bühne seines Theaters Kefka statt. Eine schwere war's, und das Kind ist leider nicht gut geraten.

Jarrys Stück vom in jeder Beziehung unmäßigen Ubu, der den polnischen König ermordet, sich selbst zum Regenten krönt, seine Untertanen ausbeutet und massakriert, bezieht einen großen Teil seiner Wirkung durch die Sprache, den unflätigen Wortwitz seiner Figuren, ihre anzüglichen sexuellen Bemerkungen. Das ist eine wesentliche Dimension, die dem stummen „König" fehlt. Und so wird dieser Ubu auch ein Lehrstück über die Grenzen des Pantomimentheaters. Denn trotz Sladeks ausgezeichnetem Spiel kann die Sprache nicht ersetzt werden. So hinterläßt die stumme Version keinesfalls die provozierende Wirkung, derer Jarrys Drama auch heute durchaus noch fähig ist.



Milan Sladek (links) und Isidoro Fernandez in dem Kölner „Ubu" FOTO: MICHAEL FEHLAUER

Den fehlenden Ton versucht – vergeblich – die „Musik" von Matthias Buch zu ersetzen, eine permanente Geräuschkulisse aus unverständlichen, gegen den Rhythmus intonierten Wortfetzen, Schnalz- und Schmatzlauten. Nach der anfänglichen Verblüffung und dem kurzen Vergnügen an dieser Idee verflacht sie alsbald zu einem nervenden Tonteppich, der – drei Stunden lang ununterbrochen zu hören – an der Geduld zerrt und kaum zur Erhellung der Vorgänge beiträgt.

Sladek in der Titelrolle ist ein grünhäutiges Monster mit fettem Bauch und übergroßem Geschlechtsteil: unmißverständliche Hinweise auf seine Lieblingsbeschäftigungen. Seine Frau (Isidoro Fernandez), im komplementären Rot geschminkt, ist sein treffliches Pendant. Selbstverständlich sind die visuellen Komponenten der Figuren und des Stücks goldrichtig getroffen, wie überhaupt überall dort, wo schon Jarry gestisch arbeitet und ohne Sprache auskommt, Sladek mit der Umsetzung in sein ureigenes Medium keinerlei Schwierigkeiten hat. So gelingen ihm Bilder von symbolträchtiger Bedeutung (Ubus Thron ist einem weiblichen Geschlechtsteil nachgebildet) und Szenen von bizarrer, alptraumhafter Schönheit. Aber sie bleiben seltsam isoliert im Gesamtablauf, wirken lediglich durch sich selbst, vermögen sich der Struktur des Ganzen nicht einzugliedern.

Das Ensemble arbeitet mit der gewohnten Verläßlichkeit, doch der Schlußapplaus ist eher höflich als begeistert. „Sie haben eine wunderbare Gestalt vor uns aufgestellt, aus einem seltenen und hartgriffigen Ton. Die Gestalt geht ein in das Repertoire und kommt mir nicht aus dem Sinn." Mit diesen Worten beglückwünschte Mallarmé den Autor nach der Premiere. Diese Gestalt aus „hartgriffigem Ton" ist uns der Pantomime Sladek entschieden schuldig geblieben.

RAINER NOLDEN

Kassel: Ein Renaissancespektakel wird neu entdeckt

Manierismus in Weiß

Und nichts anders wird vom Publikum gewünscht, begehrt und bewundert außer das Wunder der Intermedien." So jubilierte ein Zeitgenosse über die Resonanz der „Prophezeiung des goldenen Zeitalters und der Schrecken der Hölle", eines hochkarätigen Renaissancespektakels, das 1589 in Florenz aus Anlaß der Hochzeit des Ferdinand von Medici mit Christine von Lothringen über die Bühne der Uffizien ging. Man muß dem Kasseler Staatstheater Dank wissen, daß es das Wagnis mit der Wiederaufführung auf sich genommen hat. Das ausgehende 16. Jahrhundert kannte solche Intermedien als Vor- und Nebenform der frühen Oper, zunächst noch als musiktheatralische Divertissements, die während der Pausen einer Commedia Abwechslung bringen sollten.

Die sechs florentinischen Intermedien von der „Prophezeiung des goldenen Zeitalters" sind eigentlich das erste gelungene musiktheatralische Teamwork und vermutlich auch das letzte von Rang. Sieben Komponisten steuerten die Instrumentalsymphonien,die Canzonetten, Madrigale und vielstimmigen Chorsätze bei. Cristofano Mauvezzi vor allem, dann auch Luca Marenzio, Giulio Caccini, Emilio de Cavlieri oder Jacopo Peri; anstelle der verlorengegangenen Schlachtmusik herrscht für einige Minuten das musikdramatische Genie Claudio Monteverdis. Seine Zeitgenossen stehen ihm an expressiver Dichte kaum nach.

Statt des ursprünglichen Schauspieltextes mußten in der Kasseler Einstudierung Passagen aus Niccolo Machiavellis „Il Principe" herhalten. Damit hat sich Herbert Wernicke, Regisseur und Ausstatter, zunächst einmal eine provozierende Konzeption sichergestellt. Der Sprecher (Wolfgang Strohmeyer), ein soignierter Herr der modernen Wohlstandsgesellschaft, ein selbstgefälliger Theaterprinzipal, der sich zunächst einmal eine Arie aus Verdis „Rigoletto" vorsingen läßt (Janos Korda verweist darauf, daß es auch an Häusern der niedrigen Gagenklasse achtbare Belcantosänger gibt), fungiert als Mittelsmann zum Heute und Jetzt. Auch hier, hinter dem scheinbar so lauteren Verfahren, beginnt die Schlitzohrigkeit der Bearbeiter.

Wie in der vielstimmigen Madrigalwelt die Monotonie des Theatergesangs vorausklingt, so läßt Herbert Wernicke die zynischen Lehrsätze Machiavellis deklamieren und zielt auf die gesellschaftliche und politische Situation heute. Sein dekorativer Manierismus in Weiß, direkt und gradlinig, befriedigt vor allem die voyeuristische Lust. Natürlich interessieren Wernicke nicht die historischen Voraussetzungen und Arbeitsbedingungen der Camerata am Vorabend der Oper, er analysiert den Mechanismus der Machtergreifung und -erhaltung, die Schändung der Freiheit und die bloß dekorative Funktion der Kunst als Ergebnis der selbstverschuldeten Abhängigkeit des Künstlers von seinem Auftraggeber. Und um den Preis des aktuellen Lehrstücks inszeniert Wernicke auch mal an der Musik und am allegorischen Text vorbei.

Das musikalische Aufgebot war respektabel. Hier ist vor allem Samuel Bächli zu bewundern, der – anders Nikolaus Harnoncourt – die von Ludger Rémy vorgelegte Bearbeitung auf modernen Instrumenten spielen ließ und die zwei Dutzend Musiker auf kammermusikalische Qualität gesetzt hatte, nicht nur auf den solistischen Plätzen. Es wurde makellos und tonschön musiziert, unmittelbar und vital.

Der Chor, von Hubert Dapp akribisch vorbereitet, beherrschte den Madrigalspiegel der Zeit ohne Not. Martha Sharp, Mildred Tyree und Julia Juon war der eher ariose Teil der Intermedien anvertraut. Craig Fields, Vicus Slappert und René Classen brachten auch mal etwas von ihrer Opernerfahrung mit ins Spiel, und das tat weder der Szene noch der Musik Abbruch, stellte vielmehr unter Beweis, wie bedeutend und vielschichtig diese Musik ist. Fast 400 Jahre hat es gedauert, bis sie wiederentdeckt wurde. Kein Ruhmesblatt für die Literaturkenntnis und ihre Risikobereitschaft der Spielplan-Programmierer nördlich und südlich der Alpen.

HEINZ LUDWIG

Bald Start ins All von „Wolkenkratzern“ aus

Raumflughafen für geheime Raketenmissionen geplant

WOLFGANG WILL, Vandenberg

Wolkenkratzer auf Rädern sind das Herz des entstehenden Militär-Raumfahrtkomplexes der USA im kalifornischen Vandenberg, von wo aus die „Discovery“ – derzeit auf Satellitenfang im All – binnen Jahresfrist erstmals zu einer geheimen Mission starten soll. *Vandenberg hat mit Format* und Methode, wie Raumflugzeuge im Kennedy Space Center in Florida für den Start präpariert werden, nichts mehr gemein. Die US-Luftwaffe hat aus Geheimhaltungsgründen ein faszinierendes Konzept entwickelt.

Inmitten einer Geraden – einem Schienenstrang *ähnlich – steht die* Startrampe. Von der einen Seite wird der mobile 27 Stockwerke hohe Serviceturm, nach drei Seiten von Stahl- und Betonwänden eingeschlossen, auf Rädern, die auf Schienen laufen, herangefahren. Von der anderen Seite wird auf gleiche Weise die gigantische Raumflugzeug-Montagehalle herangerollt. Beide Wolkenkratzer auf Rädern können miteinander verbunden werden, umschließen Raumflugzeug und Startrampe völlig, so daß jeder Einblick verwehrt und jeder Abhörversuch unmöglich ist.

Ein drittes Hochhaus auf Rädern ist die Nutzlasthalle, 6000 Tonnen schwer und 47 Meter hoch. In ihr werden die geheimen militärischen Weltraumfrachten präpariert. Diese gewaltige Halle kann auf ihren Rädern direkt in das größere Montagegebäude fahren, das zu diesem Zweck über eine dreiteilige, sich wie eine Garagentür nach oben öffnende 39 Meter breite Pforte verfügt.

Im Kennedy Space Center in Florida wird die gesamte Startkombination – Raumflugzeug, Treibstofftank und zwei Zusatz-Feststoffraketen – im großen Montagegebäude zusammengesetzt. In ihm wird auch letzte Hand an die Fracht gelegt. Dann befördert ein gigantischer Raupenschlepper das ganze über etwa fünf Kilometer zur Startrampe am Rande des Atlantik. Anders in Vandenberg: Dort kommen die Gebäude, die Wolkenkratzer auf Rädern, zum Raumflugzeug auf der Startrampe gerollt.

Die gesamte Anlage, die zu vier Fünfteln fertiggestellt ist, kostet um die drei Milliarden Dollar. Von hier aus will die US-Luftwaffe jährlich bis *zu zehn Raumflugzeuge auf Geheim*mission schicken, entweder, um Aufklärungssatelliten, „Himmelsspione“ genannt, zu starten oder Weltraumwaffensysteme zu erproben. Die geographische Lage Vandenbergs ermöglicht es im Gegensatz zum Kennedy Space Center, Polar-Umlaufbahnen zu erreichen, von denen aus praktisch die ganze Welt einschließlich aller Teile der Sowjetunion überflogen werden kann.

Die „Discovery“ wird ihren Heimathafen ab Ende nächsten Jahres in Vandenberg haben, nach drei Probeflügen von dort, die in Florida enden, auch dort landen. Eine fünf Kilometer lange Rollbahn ist bereits einsatzbereit. Die Nasa wird für die Militärmissionen weiterhin die Piloten stellen, aber mehr und mehr kommen dann die Geheim-Astronauten der US-Luftwaffe zum Einsatz. Es gibt derzeit 27 solcher Luftwaffenexperten, doch soll ihre Zahl auf wenigstens 50 erhöht werden. Das Nasa-Astronautenkorps umfaßt derzeit etwa 80 Männer und Frauen. (SAD)

Der Jagd auf die kleinen Sänger den Kampf angesagt

Italiens Naturschützer fordern Maßnahmen gegen Wilderer

KLAUS RÜHLE, Rom

Italiens Naturschützer führen einen schweren Kampf. Ihre Gegner sind Hunderttausende von Sonntagsjägern, ein Heer von Wilderern, die Jagdwaffen-Industrie und die laschen und oft umgangenen Gesetze zum Schutz der spärlichen Fauna. Das gültige Gesetz soll endlich reformiert und den europäischen Normen sowie der Konvention von Bern angepaßt werden. Doch die Widerstände im Parlament sind so stark, daß die Naturschutzverbände eine verhängnisvolle Aufweichung des Schutzprinzips befürchten. So scheint die Jagd auf Kleinvögel mit Hilfe von Netzen weiterhin zulässig zu bleiben.

Hinzu kommt, daß in vielen Landesteilen bisher Sonderregelungen gelten, die der hemmungslosen Vogeljagd Tür und Tor öffnen. Die in Italien bisher noch wenig organisierten Grünen haben im Verein mit den Vogel- und Naturschutzvereinigungen beim Staatsrat gegen die Jagdkalender von nicht weniger als acht Regionalregierungen Beschwerde eingelegt. Darunter befindet sich die Region Friaul-Venetien, wo die massive Jagd auf Kleinvögel unbehindert weitergeht, weil Polenta mit gebratenen Vögeln dort als Leibgericht gilt.

Schlimm sieht es auch in Apulien aus, wo der regionale Jagdkalender unter anderem das Fangen von Vögeln selbst im August – das heißt in der Nistzeit – zuläßt.

In der Provinz Trient, die zusammen mit Südtirol eine autonome Region bildet, soll Ende November ein Volksentscheid über die geforderte Abschaffung eines örtlichen Gesetzes von 1964 entscheiden. Dieses Gesetz hatte den Schutz der Fauna dem Jägerverband anvertraut, der nach Ansicht der Vogelschutzorganisation schlechten Gebrauch davon machte.

Wie dringlich eine Reform der gesamten Naturschutzmaterie mit Hilfe klarer gesetzlicher Maßnahmen ist, zeigen die fortgesetzten Sabotagen durch skrupellose Wilderer. Dieser Tage wurde im Naturschutzpark der Abruzzen ein 120 Kilo schweres Prachtexemplar der wenigen dort noch existierenden Braunbären erschossen. Und auf Sardinien fiel fast zur selben Zeit ein volles Dutzend der seltenen Mufflons Wilderern zum Opfer. Beide Tierarten stehen unter strengen Schutzgesetzen, gegen die leider immer wieder verstoßen wird. Durch verstärkten Einsatz von Hegern und Beobachtungsposten soll den Wilderern so schnell wie möglich das Handwerk gelegt werden.

WETTER: Weiterhin trocken

Wetterlage: Ein umfangreiches Hochdruckgebiet mit dem Schwerpunkt über Rußland und dem Baltikum bestimmt auch in den nächsten Tagen das Wetter in Deutschland.



Vorhersage für Dienstag:

Im Süden vormittags gebietsweise Nebel, später heiter und trocken. Höchsttemperaturen 8 bis 11 Grad, Tiefstwerte 4 bis null Grad, in Bayern örtlich bis minus 3 Grad. Im übrigen Bundesgebiet und Raum Berlin sonnig und trocken. Höchsttemperaturen um 10 Grad, Tiefstwerte in Nordwestdeutschland um 5 Grad, sonst 3 bis minus 2 Grad. Mäßiger, am Tage böig auffrischender Wind aus Südost.

Weitere Aussichten:

Trocken, wenig Temperaturänderung.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	8°	Kairo	24°
Bonn	10°	Kopenh.	7°
Dresden	8°	Las Palmas	22°
Essen	11°	London	15°
Frankfurt	8°	Madrid	13°
Hamburg	5°	Mailand	11°
List/Sylt	5°	Mallorca	19°
München	7°	Moskau	-9°
Stuttgart	8°	Nizza	19°
Algier	18°	Oslo	5°
Amsterdam	11°	Paris	14°
Athen	16°	Prag	6°
Barcelona	19°	Rom	16°
Brüssel	14°	Stockholm	5°
Budapest	5°	Tel Aviv	24°
Bukarest	5°	Tunis	20°
Helsinki	-1°	Wien	5°
Istanbul	9°	Zürich	6°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 7.38 Uhr, Untergang: 16.34 Uhr; Mondaufgang: 21.03 Uhr, Untergang: 13.19 Uhr

*in MEZ, zentraler Ort Kassel





Dem Stadtplaner ein „Stein im Magen“: Discotheken und Kneipen wie in der Düsseldorfer Altstadt (oben). Aber ist Lärm aus einer Gaststätte der Umgebung wirklich abträglicher als die Unauffälligkeit eines Sexshop?

FOTOS: PETER MITCHELL/POLY-PRESS

Warum so mancher Kneipe die Stunde schlägt . . .

Ein Bier zum Prost oder Lolita zum Trost: Wo liegt der größere Schaden fürs deutsche Stadtbild verborgen? Im Biere, natürlich. Vom „Institut für Urbanistik“ um ihre Meinung gefragt, hielten deutsche Städteplaner nicht hinterm Berg. Von 172 erfaßten Planungsämtern bezeichneten 29 Verwaltungen die Gaststätten als aufdringlich. Nur 13 bezeichneten die Institute der Sexwelle so, und fünf schlossen das flanierende Straßengewerbe in diese Kategorie mit ein.

Nun sind die Deutschen dem Bier seit jeher zugetan – häufig lärmend. Auch sind die Stadtplaner ehrliche Beamte, und zugegeben: Leicht ist es, Rotlicht mit beliebigem Exterieur gefällig zu umhüllen. Wer aber störte sich nicht an Mopedlärm und dem Geruch verbrannten Fettes?

Gaststätten, Spielhallen, die Diskotheken und Discount-Märkte, kurz, die ganze Bandbreite der „Anonymität und Enthemmung von Sozialkontrolle“ schossen in den vergangenen Jahren scheinbar unkontrolliert aus dem Boden. Der Umfragebefund: Lediglich ein Viertel der 172 erfaßten deutschen Städte verfügt über einen Bebauungsplan für Vergnügungsstätten und deren Umfeldgestaltung. Über drei Viertel der befragten Stadtplanungsämter aber haben mit einer Häufung solcher Vergnügungsstätten zu tun, und fast zwei Drittel erblicken darin immerhin ein Schwerpunktproblem.

Dem unerwünschten Vergnügen rückten die befaßten Ämter bisher lieber mit dem Paragraphendickicht zu Leibe. Besonders beliebt ist die Verweigerung einer Betriebsgenehmigung wegen „nicht erfüllter Stellplatzverpflichtung“. In 48 Städten wurde auf diese Weise unerwünschten Betreibern von Spielhallen ein Schnippchen geschlagen und in 38 Städten die Eröffnung von Gaststätten hintertrieben. Dabei fällt auf, daß Gleiches nur in zehn Städten für Sexkinos befunden wurde. Spielautomatenbesitzern binden die Behörden *gerne mit* dem Paragraph 331 der Gewerbeordnung – „übermäßige Ausnutzung des Spieltriebs“ – die Hände.

Dem anderen, mächtigeren Trieb begegneten die Verwaltungen dann in immerhin 12 Städten erfolgreich mit dem Paragraph 34 des Baugesetzes – die Häuser fügten sich nicht „in die Eigenart der näheren Umgebung unter Berücksichtigung der für die Landschaft charakteristischen Siedlungsstruktur“. Nach dem bekannten Motto „Wem die Stunde schlägt“ überlebten ferner in 59 Städten Gaststätten und in 49 Städten Diskotheken nicht die vorgezogene Sperrstunde.

Der Befragung der Planungsämter sollen nun detaillierte Fallstudien und schließlich einmal ein vom „Institut für Urbanistik“ erarbeiteter Leitfaden für Kommunen und Kommunalpolitiker im Kampf mit dem „Vergnügen“ und seinen Stätten folgen. T. W. K.

Fast jeder zweite geht schon vor 65 in die Rente

E. N. Bonn

Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hat ermittelt, daß in der Bundesrepublik Deutschland bereits 38 Prozent aller Männer im Alter zwischen 55 und 65 Jahren nicht mehr erwerbstätig sind. Sie beziehen schon Rente oder sind arbeitslos.

Wie sich diese Anteile auf die Bundesländer verteilen, ist bisher nicht feststellbar, da das Wiesbadener Amt zu diesem Ergebnis nach einer Sonderauswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 kam, deren Zahlen nur dem Statistischen Bundesamt vorliegen. Der Anteil der nicht mehr im Erwerbsleben stehenden Männer liegt bei den 55- bis 57jährigen bei 16 Prozent, bei den 64jährigen bei 80 Prozent.

Selbständige, so erklärt das Bundesamt, scheiden im Durchschnitt wesentlich später aus als Arbeitnehmer etwa in Handel und Industrie oder Angestellte. In der Altersgruppe der 55- bis 57jährigen Männer war nur jeder sechste selbständig tätig, in der Gruppe der 64jährigen fast jeder zweite.

Sehr unterschiedliche Antworten über den überwiegenden Lebensunterhalt der freiwillig aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedenen ergaben sich zwischen Männern und Frauen. Während fast alle Männer erklärten, daß sie von Renten und Pensionen leben, sagten die Frauen der in Frage stehenden Altersgruppe, daß ihr Lebensunterhalt weitgehend von Ehegatten oder Familienangehörigen finanziert werde.

Bei den Frauen zwischen 55 und 64 Jahren, so das Bundesamt in Wiesbaden, ist der Anteil der Nichterwerbstätigen naturgemäß wesentlich höher, weil ein großer Teil entweder nie oder nur in jüngeren Jahren im Erwerbsleben stand. Allerdings stamme bei den 62- bis 63jährigen Frauen der größte Teil des Einkommens aus *Renten und Pensionen.*

Ärger auf der Euro-Spur

Wien verschärft Kontrollen und meldet Bedenken an

TORSTEN W. KRAUEL, Bonn

Eigentlich sollte sie der Grenzkontrolle ein Ende bereiten, die „Europlakette“ mit dem großen „E“ – E wie *ehrlich* – an der Windschutzscheibe. Statt dessen winkt der Zoll an österreichischen Übergängen immer häufiger ehrliche E-Spur-Fahrer heraus. Der Grund: So mancher beim Schmuggel ertappte Autobesitzer war so „ehrlich“, die Entfernung des aufgeklebten, gut haftenden Schildes „vergessen“ zu haben, als er die zollpflichtigen Waren in den Kofferraum packte. Die E-Spur sei zum Schmug-



gelpfad verkommen, klagte der österreichische Automobilclub ÖAMTC. Allein am Übergang Walserberg nach Salzburg seien im Oktober 120 Schmuggler auf der E-Spur erwischt worden. Dazu das Bundesfinanzministerium in Bonn: Man könne diese *Behauptung weder bestätigen* noch dementieren. Es werde schließlich weniger kontrolliert. Der Schmuggel sei das Problem der Österreicher.

Wozu das E-Schild? Es sollte den Beamten an der Grenze signalisieren: Der Plaketteninhaber hat nichts zu verzollen und es sind nur *EG-Bürger* oder Österreicher im Fahrzeug. Im Schrittempo darf der so Ausgezeichnete dann ohne Halt den Zoll passieren.

Was in der allgemeinen Euphorie scheinbar nicht beachtet wurde, war der kleine Mehrwertsteuer-Unterschied zwischen den beiden Staaten. In Österreich beträgt diese Steuer für eine Reihe von Waren nämlich 32 Prozent. Folgen blieben nicht aus.

Kaum jedoch war die Meldung über den Schmuggel *draußen* im Lande, da sollte plötzlich alles ganz anders aussehen. Zuallererst dementierte der ÖAMTC die *Nachricht:* Schmuggel, das sei zu hoch gegriffen. Das Wiener Finanzministerium hingegen bestätigte der WELT, der ÖAMTC sei für die Nachricht verantwortlich, man wolle ihr auch nicht widersprechen. Es werde tatsächlich mehr „geschmuggelt“. Dennoch sei aus Wien eine generelle Kontrollweisung an die Zollstellen nicht ergangen. Da handele es sich wohl um „selbständige Handlungen“. Doch sei die Zahl der „Aufgriffe“ solcher Schmuggler zurückgegangen, weil weniger kontrolliert werde. Die Behinderungen auf der E-Spur rührten daher, daß auch Autos ohne E-Plakette, eben nicht berechtigte Autofahrer, Bürger aus Nicht-EG-Staaten ebenso wie Besitzer zollpflichtiger Waren, die *die meist freie E-Spur befahren.* Im übrigen gebe es nur Stichproben.

In Bonn weist das Bundesinnenministerium die Schmuggelvorwürfe zurück, und die Oberfinanzdirektion München kann solche ebenfalls nicht erkennen. Übereinstimmende Auskunft: Maßnahmen gegen den angeblichen Schmuggel finden nicht statt.

Dennoch haben sich deutsche wie österreichische Stellen dieses Problems angenommen. Im kommenden Januar soll in Wien ein erster Erfahrungsbericht mit der E-Spur vorliegen, und dann werde man mit den Deutschen reden. Geredet haben mit Bonn offensichtlich schon die Franzosen: Hier und da, war vom Innenministerium zu vernehmen, beklage sich Paris über Schmuggelei auf der E-Spur. Auch interministerielle Besprechungen habe es schon gegeben, hieß es im Auswärtigen Amt. Aber eigentlich sei es ein marginales Problem.

Antitürkische Ausschreitungen in Frankreich

AFP, Paris

Elf türkische Gastarbeiter wurden am Wochenende in Frankreich Opfer gewalttätiger Ausschreitungen, von denen eine offensichtlich rassistische Motive hat. Drei Türken wurden binnen zwölf Stunden erschossen und acht weitere mit teilweise lebensgefährlichen Verletzungen in Krankenhäuser eingeliefert.

Weil er „keine Ausländer leiden“ konnte, schoß der 22jährige arbeitslose Frédéric Poulay am Sonntag abend mit einem Jagdgewehr blindlings in eine von Türken besuchte Teestube in der westfranzösischen Kleinstadt Chateaubriant. Er zielte von der Straße her auf Schatten *hinter einer Fensterscheibe.* Die Familienväter Salih Kaynar und Abdullah Yiloir wurden tödlich getroffen, fünf der rund 15 Gäste wurden verletzt, einer davon schwer. Der Schütze ließ sich widerstandslos von der sofort alarmierten Polizei festnehmen. Er begründete seine Tat als Ausdruck seiner „Wut gegen alle Ausländer, die keine Europäer sind“. Der junge Mann will keiner politischen Partei oder Bewegung angehören.

In Chateaubriant protestierten am Montag vormittag rund 500 Personen gegen diese Äußerung von Rassismus. Die Beschäftigten der zwei größten lokalen Unternehmen erklärten sich mit den türkischen Kollegen solidarisch. In der 15 000 Einwohner zählenden Gemeinde herrschte am Montag einstimmig Empörung und Erschütterung.

Der Mord aus Rassismus erfolgte einen Tag nach dem Tod eines türkischen Gewerkschafters in Epone, westlich von Paris. Der 29jährige Ozgun Kemal, Mitglied der kommunistisch-orientierten CGT-Gewerkschaft, wurde vor den Toren seines Werkes von einem Wächter erschossen. Drei Landsleute wurden durch Bauchschüsse verletzt, einer davon lebensgefährlich.

Harte Strafen nach Tod der Saatkrähen

dg. Gelnhausen

Zwei hessische Landwirte, die Krähen vergiften wollten und dabei ein Vogelsterben *ausgelöst hatten,* sind wegen Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz zu drei Monaten Freiheitsentzug auf Bewährung verurteilt worden. Sie müssen außerdem eine Geldbuße von 3000 Mark an eine gemeinnützige Umweltorganisation zahlen. Die Angeklagten hatten mehrere Kilo *Hafer* mit einem *Liter* des Giftes E 605 getränkt, um gesetzlich geschützte Saatkrähen zu vergiften. Sie wollten damit nach eigenen Angaben die „Krähenplage“ einer nahen Kreismülldeponie von ihren Feldern fernhalten. Insgesamt starben jedoch 1700 Vögel, zu neunzig Prozent Buchfinken, an dem Gifthafer. Nach Meinung des Hanauer Staatsanwaltes Nebel war es der erste Prozeß in der Bundesrepublik, bei dem es um einen Gesetzesverstoß dieser Größenordnung ging. (Amtsgericht Gelnhausen, Aktenzeichen 2 Js 5800/84)

Drittes Herz

AFP, Pittsburgh

Ein zweijähriges Mädchen hat am Sonntag zum zweitenmal innerhalb von zwei Tagen ein fremdes Herz eingepflanzt bekommen. Ihr Zustand sei besorgniserregend, erklärten die Ärzte am Kinderkrankenhaus von Pittsburgh (US-Bundesstaat Pennsylvania). Dem Kind waren am Freitag in zwölfstündiger Operation ein fremdes Herz und eine fremde Leber eingesetzt worden, der zweite Eingriff dieser Art in den USA.

Eisenbahn-Unglück

dpa, Großenlüder

Beim Zusammenstoß einer Rangierlok mit drei Triebwagen der Bundesbahn sind gestern morgen in Großenlüder (Kreis Fulda) 22 Menschen verletzt worden. Das Unglück ereignete sich in unmittelbarer Nähe des Großenlüderer Bahnhofs. Sechs Schwerverletzte wurden nach Angaben der Polizei vom Montag ins Krankenhaus gebracht. Der Lokomotivführer hat offenbar ein Signal übersehen.

Toter Disko-Besitzer

dpa, Hamburg

Der Tote, der am vergangenen Freitag in einer auf dem Hamburger Osterbek-Kanal schwimmenden Tonne *gefunden* wurde, ist identifiziert. Wie die Hamburger Polizei mitteilte, handelt es sich um einen 44jährigen Diskotheken-Besitzer aus Pinneberg. Von den Tätern fehlte gestern noch jede Spur.

Zuchtnerze „befreit“

dpa, Den Haag

Unbekannte Täter haben am Sonntag aus den Käfigen einer Zuchtfarm in Vriezenveen (Ostniederlande) 600 Nerze entwendet und freigelassen. Einige Dutzend der Tiere wurden in der Umgebung der Farm inzwischen tot aufgefunden.

Sauna-Club-Urteil

dpa, Stuttgart

Wegen Zuhälterei in 51 Fällen und Förderung der Prostitution in 97 Fällen hat das Landgericht Stuttgart gestern einen 43jährigen Kaufmann aus Waiblingen (Rems-Murr-Kreis) zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und vier Monaten verurteilt. Seine 33jährige Ehefrau erhielt ein Jahr Freiheitsstrafe mit dreijähriger Bewährungsfrist und 8000 Mark Geldbuße. Acht Mitangeklagte kamen ebenfalls mit Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr oder 3600 Mark Geldstrafe davon.

Sizilianische Vettern

rtr, Palermo

Die Vettern Salvo, zwei der reichsten Geschäftsleute Siziliens, sind gestern verhaftet worden. Die Polizei teilte mit, Nino und Ignazio Salvo stünden unter dem Verdacht, Verbindungen zur Mafia zu haben.

„Kranker“ Christbaum

AP, München

Ein „kranker“ Christbaum am Marienplatz vor dem Münchner Rathaus soll in diesem Jahr an das Waldsterben erinnern. Ein Sprecher der Stadtverwaltung sagte gestern, dies sei der „ausdrückliche Wunsch“ der Stadt.

ZU GUTER LETZT

„Spenden sind dringend notwendig, steuerabzugsfähige Spendenquittungen auf Wunsch“. Aus dem Impressum des Organs der hessischen Grünen „Grüne Hessenzeitung“.